



bmask

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ



MVRR SR
MINISTERSTVO PRÁCE, SOCIÁLNEHO
ROZVOJA A REGIONÁLNEHO
ROZVOJA SLOVENSKEJ REPUBLIKY

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Das Projekt "Fachkräftemonitoring (FAMO) – Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei" wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im "Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei–Österreich 2007-2013" gefördert und vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie vom Ministerium für Bauwesen und Regionalentwicklung der Slowakischen Republik kofinanziert.

FAMO – Fachkräftemonitoring Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung

Peter Huber

Wissenschaftliche Assistenz: Maria Thalhammer

November 2009

FAMO – Fachkräftemonitoring

Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung

Peter Huber

November 2009

Begutachtung: Peter Mayerhofer • Wissenschaftliche Assistenz: Maria Thalhammer

Das Projekt "Fachkräftemonitoring (FAMO) – Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei" wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im "Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei–Österreich 2007-2013" gefördert und vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie vom Ministerium für Bauwesen und Regionalentwicklung der Slowakischen Republik kofinanziert.

Inhalt

Diese Studie analysiert – neben einem Literaturüberblick über Ex-ante- und Ex-post-Bewertungen der EU-Erweiterung von 2004 – die Entwicklung der Wirtschaft in Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei seit der EU-Erweiterung 2004 unter besonderer Berücksichtigung der CENTROPE-Region. Insbesondere wird untersucht, wieweit seit der Erweiterung sichtbare Wachstumsimpulse zu verzeichnen waren und ob in Teilregionen der CENTROPE Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt auftraten. Wie die makroökonomische Untersuchung zeigt, war die Phase seit der Erweiterung bis ins Jahr 2008 durch ein hohes Wachstum und eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage geprägt, sodass der Aufholprozess der CENTROPE-Region in den neuen EU-Ländern (insbesondere in der Slowakei) fortgesetzt und zum Teil auch beschleunigt wurde. Die CENTROPE ist wirtschaftlich jedoch noch immer schwächer integriert als andere Grenzregionen der EU, insbesondere hinsichtlich der grenzüberschreitenden Mobilität der Arbeitskräfte. Wie eine Analyse der Pendel- und Migrationsbewegungen seit der Erweiterung zeigt, dürften hier auch die Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung (verglichen mit Ex-ante-Prognosen) bewirkt haben. Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, die Ende 2008 alle Volkswirtschaften der CENTROPE traf, kann als zentrales gemeinsames Problem aller wirtschaftspolitischen Akteure in der Region bezeichnet werden.

Rückfragen: Peter.Huber@wifo.ac.at, Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

2009/279/S/WIFO-Projektnummer: 4108

© 2009 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> •
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37425&typeid=8&display_mode=2

FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung

Kurzzusammenfassung

Die CENTROPE-Länder und -Regionen waren seit der Erweiterung bis ins Jahr 2008 durchwegs durch ein hohes Wachstum und eine sich deutlich bessernde Arbeitsmarktlage geprägt. Seit dem Jahr 2004 hat sich auch der Aufholprozess der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten fortgesetzt und zum Teil beschleunigt. Das spektakulärste Beispiel hierfür sind die slowakischen CENTROPE-Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit rapide zurückgegangen und die Beschäftigungsquote deutlich gestiegen ist. Eine Ausnahme ist hingegen Westtransdanubien. Hier stagnierten die Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten und auch das Wachstum war in dieser Region geringer als in anderen Teilen der CENTROPE. Strukturell blieb die CENTROPE aber auch während der Hochkonjunktur eine heterogene Region in der neben der "Ost-West-Bruchlinie" auch ausgeprägte strukturelle Unterschiede, wie jene zwischen städtischen Regionen (z. B. Wien-Bratislava), Industrieregionen (z. B. der Großteil der CENTROPE-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten) und eher ländlich-agrarischen Gebieten (wie z. B. dem Burgenland) bestehen.

Die CENTROPE-Region ist auch wirtschaftlich immer noch schwächer integriert als andere Grenzregionen der EU, die bereits eine längere Tradition offener Grenzen haben. Dies betrifft vor allem die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte. Einzig zwischen der Tschechischen und Slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen, die aber auf die historischen Verbindungen dieser Länder und nicht auf die Integrationspolitik der letzten Jahre zurückzuführen sind. Für die Region insgesamt ist dabei, aufgrund der Emigration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, die Emigration in andere europäische Regionen bedeutsamer als die Wanderung zwischen den CENTROPE-Regionen. Durch diese Emigration verloren dabei sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile in den neuen Mitgliedstaaten hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Innerhalb der CENTROPE ist der österreichische Regionsteil dabei eindeutig das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung. Allerdings ist auch hier die Zuwanderung aus anderen Regionen immer noch wichtiger als jene aus den CENTROPE-Ländern.

Während die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE somit für den Großteil des Zeitraums seit der Erweiterung ausgesprochen positiv verlief, traten gegen Ende des Jahres 2008 alle Wirtschaften der CENTROPE in eine massive Rezession ein. Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise ist daher sicherlich das zentrale gemeinsame Problem aller wirtschaftspolitischen Akteure der Region. Daneben zeigen sich allerdings auch einige andere gemeinsame Problemlagen: So sind die Forschungsressourcen und auch die Infrastruktur- und Humankapitalausstattung im europäischen Vergleich in der CENTROPE immer noch gering. Die gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Probleme der Region sind hingegen vor allem die geringe Erwerbsquote der Älteren, eine steigende Jugendarbeitslosigkeit und auch die Langzeitarbeitslosigkeit.

FAMO – Fachkräftemonitoring

Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

Peter Huber

Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Die Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 – ein Literaturüberblick	3
2.1	<i>Ex-ante-Untersuchungen und Erwartungen</i>	3
2.1.1	Studien zu Migrationspotentialen	5
2.1.2	Auswirkungen der Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt	6
2.1.3	Regionale Unterschiede in der Betroffenheit	11
2.2	<i>Die Übergangsregeln im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Dienstleistungsfreiheit</i>	13
2.2.1	Anwendung der Übergangsregeln im Zeitraum 2004 bis 2006	15
2.2.2	Anwendung der Übergangsregeln 2006 - 2009	16
2.2.3	Anwendung der Übergangsregeln ab 2009	17
2.3	<i>Ex-post-Bewertungen</i>	17
3.	Wirtschaftliche Entwicklung 2000 bis 2008 im Vergleich	25
3.1	<i>Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und der CENTROPE-Länder 2000 - 2008</i>	25
3.1.1	Wirtschaftswachstum 2004 - 2008	26
3.1.2	Arbeitsmarktentwicklung	31
3.2	<i>Regionale Unterschiede in der CENTROPE-Region</i>	35
3.3	<i>Regionale Arbeitsmärkte in den CENTROPE-Regionen</i>	41
3.3.1	Beschäftigungsentwicklung	41
3.3.2	Arbeitslosenquoten	43
3.3.3	Beschäftigungsquoten	47
3.4	<i>Zusammenfassung</i>	48

4.	Pendeln und Migration seit der Erweiterung	51
4.1	<i>Ein Überblick anhand der europäischen Arbeitskräfteerhebung</i>	51
4.1.1	<i>Migration</i>	52
4.1.2	<i>Pendeln</i>	56
4.2	<i>Die österreichische Entwicklung 2000 - 2008</i>	60
4.2.1	<i>Wanderungsbewegungen</i>	60
4.2.2	<i>Umgehung der Übergangfristen?</i>	66
4.2.3	<i>Arbeitslosigkeit und Verdrängung von ausländischen Arbeitskräften</i>	68
4.3	<i>Zusammenfassung</i>	71
5.	Zusammenfassung und Politikempfehlungen	73
5.1	<i>Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region</i>	74
5.2	<i>Analyse für Migrationsbewegungen</i>	75
	Literaturhinweise	78

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 2.1:	Ex-ante-Studien zur EU-Erweiterung	4
Übersicht 2.2:	Ergebnisse von Mikroökonomischen Untersuchungen zur Auswirkung von Migration auf heimische Arbeitskräfte in Österreich	8
Übersicht 2.3:	Die makroökonomischen Auswirkungen der Wanderungen aus den NMS 8	22
Übersicht 2.4:	Prognosen des Zuwachses der Bevölkerung aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei in den EU 15-Ländern 2008 - 2020	23
Übersicht 3.1:	Wohlstand in Zentraleuropa	26
Übersicht 3.2:	BIP-Wachstum und Arbeitslosigkeit in den CENTROPE Ländern 2004 - 2008 und Prognosen 2009 - 2011	28
Übersicht 3.3:	Außenhandel in den CENTROPE-Ländern	29
Übersicht 3.4:	Industrieproduktion in den CENTROPE Ländern	29
Übersicht 3.5:	Sektoranteile an der Beschäftigung in der CENTROPE-Region (2007)	37
Übersicht 3.6:	Patentanmeldungen und Beschäftigtenanteil im Hochtechnologiebereich in CENTROPE	40
Übersicht 3.7:	Beschäftigungswachstum in der CENTROPE-Region nach Bildung und Geschlecht (2000 - 2008)	41
Übersicht 3.8:	Anteil und Wachstum der Teilzeitbeschäftigung in der CENTROPE-Region (2000 - 2008)	42
Übersicht 3.9:	Beschäftigungswachstum in der CENTROPE-Region nach Sektoren (2000 - 2008)	43
Übersicht 4.1:	Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE	53
Übersicht 4.2:	Struktur der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE	54
Übersicht 4.3:	Struktur der in CENTROPE-Ländern gebürtigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort und Wohnort in der EU 27	55
Übersicht 4.4:	Demographische Struktur der in der EU 27 lebenden EmigrantInnen im erwerbsfähigen Alter aus den CENTROPE-Ländern	56
Übersicht 4.5:	Wohnbevölkerung der CENTROPE im erwerbsfähigen Alter nach Arbeitsort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort	57
Übersicht 4.6:	Beschäftigte der CENTROPE nach Wohnort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort	58
Übersicht 4.7:	Demographische Struktur der PendlerInnen in der CENTROPE	59
Übersicht 4.8:	Unselbständig Beschäftigte AusländerInnen in Österreich nach Ländern und Ländergruppen	61
Übersicht 4.9:	Zu- und Abwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländern und Ländergruppen	62
Übersicht 4.10:	Zu- und Abwanderung von ausländischen Staatsbürgern aus und nach Österreich nach Bundesländern Ländern und Ländergruppen	64

Übersicht 4.11: Zu- und Abwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Bundesländern, Ländern und Ländergruppen	65
Übersicht 4.12: Entwicklung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen Staatsbürgern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Österreich	67
Übersicht 4.13: Arbeitslose AusländerInnen nach Nationalitäten	68

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 2.1: Index potentiell benachteiligter Branchen nach Regionen	12
Abbildung 2.2: Index potentiell bevorzugter Branchen nach Regionen	13
Abbildung 2.3: Wohnsitze von AusländerInnen aus den NMS 8 in Ländern der EU 15 im Jahr 2007	20
Abbildung 2.4: Anteil der Bevölkerung aus den NMS 8 an der Gesamtbevölkerung (in %) nach alten EU-Mitgliedstaaten 2006	21
Abbildung 3.1: Entwicklung der neuen EU-Mitgliedstaaten Zentraleuropas	27
Abbildung 3.2: Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000 bis 2008 (2007)	32
Abbildung 3.3: Beschäftigungsquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000-2008	33
Abbildung 3.4: BIP pro Kopf in der CENTROPE 2006	36
Abbildung 3.5: Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE	38
Abbildung 3.6: F&E-Ausgaben in % des BIP	39
Abbildung 3.7: Arbeitslosenquoten und Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den NUTS 2-Regionen der CENTROPE 2000-2008	44
Abbildung 3.8: Beschäftigungsquoten der Beschäftigung in den NUTS 2-Regionen der CENTROPE 2000 - 2008	48
Abbildung 4.1: Entwicklung der Unternehmensanmeldungen in Österreich	67
Abbildung 4.2: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten in % der unselbständigen Erwerbspersonen	69
Abbildung 4.3: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten Im Burgenland und in Österreich	70

1. Einleitung

Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten im Mai 2004 wurde in Österreich ausgesprochen kontrovers diskutiert. Dabei wurde von den Befürwortern dieser Erweiterungsrunde – abgesehen von der außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung – immer wieder betont, dass Österreich insgesamt zu den größten wirtschaftlichen Profiteuren der Erweiterung unter den alten EU-Mitgliedsländern zählt. Von Kritikern wurden hingegen vor allem die potenziellen negativen Verteilungswirkungen angesprochen. Dabei standen die möglichen Auswirkungen von Migration und Pendeln, der Dienstleistungsfreiheit und regionale Auswirkungen im Mittelpunkt des Interesses.

Ex-ante Evaluierungen zur EU-Erweiterung beurteilten dabei die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die regionalen Chancen und Gefahren der EU-Erweiterung durchaus differenziert. Insbesondere wurde erwartet, dass die Auswirkungen der Erweiterung auf die Regionen des österreichischen Teils der CENTROPE unterschiedlich verlaufen würden. Wie auch für Österreich insgesamt kommen Studien (*Palme - Mayerhofer, 2001*) zu dem Ergebnis, dass die großen Städte der Region (insbesondere Wien) aufgrund einer günstigen Spezialisierung zwar Wettbewerbsvorteile hätten, aber auch besonders viel von der zu erwartenden Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern erhalten würden, während die ländlichen Regionen aufgrund ihrer sektoralen Spezialisierung einen Wettbewerbsnachteil hätten, aber nur einen geringen Teil der Migration erhalten würden.

Die vorliegende Studie, welche eine Teilstudie des transnationalen Projektes "FAMO – Fachkräftemonitoring" ist und auf vorangegangenen Studien im Rahmen des LAMO (Labour Monitoring)-Projektes (*Huber et al., 2007*) aufbaut, stellt die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE-Region seit dem Zeitpunkt der Erweiterung dar. Zentrale Fragestellung ist dabei, ob es in den Jahren seit der Erweiterung (also im Zeitraum 2004 bis 2008) zu sichtbaren Auswirkungen auf makro-ökonomischer Ebene in den EU-Ländern, Österreich und der CENTROPE-Region gekommen ist. Insbesondere interessieren uns hier mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Wir beginnen unsere Darstellung im nächsten Kapitel mit einem Überblick über die Literatur zur EU-Erweiterung und die institutionellen Rahmenbedingungen, dabei wird zum einen auf die (ex-ante) Literatur vor der Erweiterung eingegangen, zum anderen wird aber auch auf Studien eingegangen, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Erweiterung widmen. Zentrales Ergebnis dieses Literaturüberblickes ist, dass die EU-Erweiterung allenfalls in Großbritannien und Irland und einigen der bedeutenderen Sendeländer (die Baltischen Staaten bzw. Polen) zu deutlichen makro-ökonomischen Effekten geführt hat. Aber selbst in jenen Studien, die für diese Länder Effekte feststellen, sind diese zumeist eher gering, sodass davon auszugehen ist, dass es weder in den neuen noch in den alten EU-Mitgliedsländern der EU zu

starken Verwerfungen am Arbeitsmarkt aber auch zu keinen exorbitanten Gewinnen gekommen ist.

Kapitel 3 beschreibt anschließend die makroökonomische Entwicklung der CENTROPE-Region seit dem Zeitpunkt der Erweiterung, wobei hier zum einen auf die Entwicklung der CENTROPE-Länder, zum anderen aber auch auf die Entwicklung der einzelnen CENTROPE-Regionen (auf Ebene der NUTS 2-Regionen) eingegangen wird.

Kapitel 4 widmet sich anschließend der Zuwanderung seit der Erweiterung. Hierbei wird gezeigt, dass die Übergangsfristen zumindest relativ zu den ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung bewirkt haben. Überdies zeigen sich zumindest in Österreich auch Anzeichen einer zunehmenden Konkurrenz verschiedener Zuwanderergruppen untereinander. Kapitel 5 fasst die Ergebnisse der Studie zusammen und präsentiert erste Politikschlussfolgerungen, die aus der vorliegenden Analyse gezogen werden können.

2. Die Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 – ein Literaturüberblick

2.1 Ex-ante-Untersuchungen und Erwartungen

Die intensive öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der EU-Erweiterung hatte zur Folge, dass in der Vorbereitung auf die Beitrittsverhandlungen viele Studien (*Pichelmann et al.*, 1998, *Walterskirchen - Dietz*, 1998, *Palme et al.* 1999, *Mayerhofer - Palme*, 2001, 2001a) in Auftrag gegeben wurden, deren Ziel es war, Informationen hinsichtlich der für Österreich sensiblen Themen zu generieren. Während diese Studien zum Teil zu divergierenden Ergebnissen kamen, gab es doch einige zentrale Tendenzen. So zeigten alle Studien, dass die Erweiterung für Österreich insgesamt positive Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt haben würde. Zum Beispiel simulierte *Breuss* (2001, 2002a, 2002b) die makro-ökonomischen Auswirkungen der Erweiterung anhand des Oxford Economic Forecasting Modells. Er zeigte, dass Österreich in den ersten fünf Jahren nach der EU-Erweiterung unter allen alten EU-Mitgliedstaaten am meisten profitierte. Ähnlich zeigen auch frühere Studien von *Keuschnigg - Kohler* (1999) und *Breuss - Schebeck* (1998), die allerdings noch von unterschiedlichen Beitrittszeitpunkten und -szenarien ausgehen, dass Österreich von der Erweiterung durch ein höheres Bruttoinlandsprodukt und auch ein stärkeres Beschäftigungswachstum profitieren sollte.

Allerdings waren die prognostizierten Effekte der EU-Erweiterung in diesen Studien im Vergleich zu den Gewinnen aus dem EU-Beitritt Österreichs (1995) oder aus der Ostöffnung (1989-2003) eher gering. Nach *Breuss* (2001) sollte das Bruttoinlandsprodukt Österreichs aufgrund der Erweiterung der EU um die Mittel- und Osteuropäischen Länder in den ersten 6 Jahren nach der Erweiterung um rund 0,15% pro Jahr schneller wachsen als ohne Erweiterung. Im Vergleich dazu zeigten ähnliche Simulationen von *Breuss - Schebeck* (1998) für die Ostöffnung in den Jahren 1989 bis 2003 einen Wachstumsgewinn von rund einem halben Prozentpunkt (d. h. etwa das drei- bis vierfache der Osterweiterung) pro Jahr an. Der Beitritt Österreichs zur EU führte laut *Breuss* (2006) zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,3% pro Jahr (etwa doppelt so hoch wie die Simulationen der EU-Osterweiterung).¹⁾

Die Ursache für diese im Vergleich zu den anderen Integrationsepisoden der neunziger Jahre eher geringen gesamtwirtschaftlichen Effekte war, dass der Außenhandel zwischen den neuen und den alten EU-Mitgliedstaaten bereits in den Jahren vor dem Beitritt weitgehend liberalisiert wurde. Aus diesem Grund waren die Erwartungen hinsichtlich etwaiger Ausweitungen des Handelsvolumens zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS) und Österreich durch den Beitritt eher gering und bezogen sich nur auf die handelsschaffenden Effekte von Senkungen in den Transaktionskosten (z. B. durch den Wegfall von Grenzkontrollen). *Egger*

¹⁾ Allerdings kommen einige ex-post-Evaluierungen (z. B. *Biffi*, 1996) zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Effekte des österreichischen EU-Beitritts überschätzt wurden.

(2000) schätzt dabei anhand eines Gravitäts-Modells, dass diese Reduktion zu einem Handelswachstum von langfristig etwa 0,5% beitragen würde.²⁾

Übersicht 2.1: Ex-Ante-Studien zur EU-Erweiterung

Autoren	Methode	Ergebnisse
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen		
Breuss (2001)	Makro-Simulation anhand des OEF Modells unter Berücksichtigung von Außenhandel, Faktorwanderung und Produktivitätsgewinnen	Erweiterung bringt ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von +0,15% pro Jahr
Keuschnigg - Kohler (1999)	Makro-Simulation anhand eines CGE Modells	Langfristiger BIP-Anstieg von 1,1%
Breuss - Schebeck(1998)	Makro-Simulation anhand des WIFO Makromodells	Erweiterung bringt ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von +0,13% pro Jahr
Außenhandel		
Egger (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Exportzuwachs von rund +0,5%
Egger (1999)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Exportzuwachs von rund +1,6%
Direktinvestitionen		
Egger (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Zuwachs der Direktinvestitionen wird +1,5% pro Jahr betragen
Migration- und Pendeln		
Fassmann - Hintermann (1997)	Befragung	Tatsächliches Migrationspotential von 150.000 Personen 31.000 - 42.000 ZuwanderInnen pro Jahr
Walterskirchen - Dietz (1998)	Extrapolation bisheriger Erweiterungen	Langfristiges Potential 150.000 bis 200.000
Boeri – Brücker (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	30.000 - 40.000 MigrantInnen in den ersten Jahren
Huber (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Langfristig ca. 90.000 TagespendlerInnen
Brücker - Huber (2003)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	30.000 - 40.000 MigrantInnen in den ersten Jahren

Q: WIFO-Zusammenstellung.

Somit verblieben als relevante Veränderungen durch die EU-Erweiterung nur Binnenmarkteffekte (durch die Marktausweitung bedingte Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit Casella, 1996), Faktorwanderungen (Migration und ausländische Direktinvestitionen) sowie Änderungen in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung, von denen vor allem die Dienstleistungsfreiheit und die potenzielle Zuwanderung als die sensibelsten Bereiche im Erweiterungsprozess empfunden wurden.³⁾

²⁾ Weitere auf Gravitäts-Modellen basierende Schätzungen des Handels mit den neuen EU-Mitgliedstaaten wurden von Egger (1999) vorgelegt. Diese Studie prognostizierte zum Teil etwas höhere Handelszuwächse, was neben methodischen Unterschieden auch auf die Berücksichtigung von anderen Beitrittsszenarien zurückzuführen ist.

³⁾ Zu den potentiellen Produktivitätssteigerungen aufgrund der Erweiterung existiert unseres Wissens keine einzige ex-ante-Studie zu Österreich. Breuss (2001) geht davon aus, dass aufgrund der EU-Erweiterung die Arbeitsproduktivität in den kleinen alten EU-Staaten um 4% steigt. Zu den potentiellen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Direktin-

2.1.1 Studien zu Migrationspotentialen

Zu den wohl am dichtest erforschten Themen gehörte dabei die Abschätzung der Zuwanderung (Migration und Pendeln). In einem Literaturüberblick aus dem Jahr 2001 zählte *Huber (2001)* insgesamt 6 Studien, die für Österreich Prognosen hinsichtlich des Migrations- bzw. Pendlerpotentials aufstellten⁴⁾ Die in diesen Studien prognostizierten Potentiale unterschieden sich dabei am Anfang der Debatte aufgrund unterschiedlicher Methoden und Beitrittsszenarien zum Teil erheblich. Insbesondere bestanden in der Literatur zur Erweiterung immer zwei Methoden zur Schätzung von Migrationspotentialen, die zum Teil zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führten. Ökonometrische Schätzungen des Migrationspotentials (*Brücker - Franzmeyer, 1997, Dietz - Walterskirchen, 1998*) gehen dabei zumeist von einer Umlegung in der Literatur bestehender oder selbst geschätzter Koeffizienten aus, wobei Einkommensdifferenziale als die primäre Triebfeder für Migration gesehen werden. Die wohl einflussreichste dieser Untersuchungen legten *Brücker - Boeri (2000)* vor. Nach den Ergebnissen dieser Studie sollten im ersten Jahr nach der Erweiterung etwa 40.000 Personen nach Österreich wandern. Diese Zahl würde dann sukzessive abnehmen. 18 Jahre nach der Erweiterung wären nur mehr ca. 5.000 Migranten zu erwarten. Der Bestand an in Österreich wohnhaften Staatsbürgern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten wäre im Jahr 2020 um etwa 350.000 Personen höher als vor der Erweiterung.

Neben ökonometrischen Schätzungen bestand eine zweite Forschungstradition zur Abschätzung von Migrationspotentialen in der Befragung der Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten. In einem sehr einflussreichen Beitrag zu dieser Literatur befragten *Fassman - Hintermann (1997)* 4.392 Personen aus der Tschechischen Republik, Slowakei, Polen und Ungarn. Sie unterschieden dabei zwischen einem "generellem Migrationspotential" (jene, die überhaupt in Betracht zogen zu migrieren), einem "wahrscheinlichen Migrationspotential" (jene, die schon Informationen über ihr Zielland eingeholt hatten) und einem "tatsächlichen Migrationspotential" (jene, die bereits um Beschäftigungsbewilligung angesucht hatten, eine Wohnung suchten oder sonstige Schritte in Richtung einer Migration unternommen hatten). Nach den Ergebnissen dieser Studie beträgt das generelle Migrationspotential 22% der Bevölkerung der neuen EU-Mitgliedstaaten, das wahrscheinliche Migrationspotential 11,7% und das reale Migrationspotential etwa 1,5%.

Überdies wurde in Österreich auch mit einem nicht unerheblichen zusätzlichen Impuls aus grenzüberschreitendem Pendeln gerechnet. Aufgrund seiner geographischen Besonderheiten (Nähe der urbanen Ballungsräume Wien, Linz, Graz zur Grenze der neuen EU-Mitgliedsländer, hohe Bevölkerungsdichte in einigen der an Österreich grenzenden Regionen der neuen EU-Mitgliedsländer) bestand nämlich auch die Erwartung, dass es in Österreich (und hier

vestitionen gibt es eine Studie von *Egger (2001)*, in der auf der Grundlage eines Gravitäts-Modells ein Anstieg der Direktinvestitionen um rund 1,5% pro Jahr prognostiziert wird.

⁴⁾ Seit diesem Zeitpunkt wurde in Österreich zumindest eine zusätzliche österreichweite Prognose (*Brücker - Huber, 2003*) vorgenommen.

insbesondere in der Ostregion⁵⁾ zu wesentlich stärkeren grenzüberschreitenden Pendelverflechtungen kommen würde als in vielen anderen Regionen an der ehemaligen Außengrenze der EU. Besonders nachteilig erwies sich dabei, dass sich Prognosen grenzüberschreitender Pendlerströme als deutlich unzuverlässiger erwiesen als Migrationsprognosen, sodass man am Ende der Debatte zwar von einer konsensualen Schätzung von langfristig etwa 100.000 PendlerInnen nach Österreich ausging, wobei allerdings bis zuletzt erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Prognose verblieben und auch unklar blieb, in welchem Zeitraum sich diese Potentiale realisieren können.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass vor dem Beitritt der Erweiterung erwartet wurde, dass ohne Übergangsfristen in den ersten Jahren nach der Erweiterung pro Jahr rund 30.000 bis 40.000 MigrantInnen nach Österreich wandern würden, und überdies es langfristig auch zu zusätzlichen Pendelverflechtungen im Ausmaß von rund 100.000 Personen kommen könnte.

2.1.2 Auswirkungen der Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Diese für Österreich recht hohen Zahlen, die in ihrer Größenordnung in etwa der Zuwanderung der frühen 1990er Jahre entsprochen hätten, in der der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt von rund 5% auf über 10% anstieg, führte auch zu einer heftigen Diskussion über die Auswirkungen der Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Dabei wurde oftmals befürchtet, die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte könnte zu erhöhter Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen der heimischen Arbeitskräfte führen. Diese Befürchtungen kennzeichnen allerdings nicht nur die öffentliche Debatte in Österreich, sondern auch die Diskussion in vielen anderen Ländern, was sich auch in einem großen Interesse der wissenschaftlichen Literatur an diesem Thema spiegelt. So werden in den wohl umfassendsten neueren Literaturüberblicken zum Thema Zuwanderung und Auswirkungen am Arbeitsmarkt von *Longhi et al.* (2004, 2006 und 2008) insgesamt 48 internationale Studien identifiziert, die in den letzten 2 Jahrzehnten erschienen und sich anhand von mikroökonomischen Methoden mit dieser Frage beschäftigten. Im Gegensatz zu den Erwartungen in der öffentlichen Debatte tut sich diese Literatur allerdings schwer einen signifikanten negativen Einfluss der Zuwanderung auf Löhne und Beschäftigungswahrscheinlichkeit heimischer Arbeitskräfte zu finden. Die in der Arbeit von *Longhi et al.* (2004) verwendeten Meta-Analysen deuten daraufhin, dass nach Kontrolle für unterschiedliche methodische Vorgehensweisen im Durchschnitt aller Studien eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung von rund einem Prozentpunkt kurzfristig zu einer Verringerung der Löhne der einheimischen Arbeitskräfte um ca. 0,1 Prozent führt (*Longhi et al.*, 2006), wobei dieser Effekt in europäischen Untersuchungen um 0,3 Prozentpunkte höher liegt. Addiert man dies zu $-0,119$ für den Schätzer über alle Studien erhält man einen Koeffizienten von etwas über $-0,4$. Ähnlich finden *Longhi et al.* (2006), dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der

⁵⁾ Dies sind die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Beschäftigung um einen Prozentpunkt das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko einer Person um rund 0,02 Prozent erhöht. In der ergänzenden Studie des Jahres 2008 zeigen diese AutorInnen schlussendlich, dass der Effekt der Zuwanderung auf eine Vielzahl anderer Variablen, wie die Arbeitslosigkeitsdauer und Partizipation ebenfalls eher gering ist, wobei allerdings der Effekt auf die Partizipationsrate etwas höher ist als jener auf die Löhne, und überdies alteingesessene ausländische Arbeitskräfte von der Zuwanderung neuer ausländischer Arbeitskräfte stärker betroffen sind.

Auch für Österreich existieren einige individualdatenbasierte Untersuchungen zum Thema "Auswirkungen der Zuwanderung auf Löhne und Arbeitslosigkeit". Diese konzentrieren sich zumeist auf den Zeitraum von 1989 bis 1992, in dem in Österreich rund 100.000 Arbeitskräfte zuwanderten. Sie finden oftmals nur geringe Auswirkungen der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und betonen vor allem die Verteilungswirkungen. In einer kurzen Zusammenfassung lassen sich dabei folgende Punkte als gemeinsamer Nenner herausarbeiten:

- Die Auswirkungen der Migration auf die heimischen Arbeitskräfte sind zumeist eher gering und oftmals auch statistisch nicht signifikant, sodass im Allgemeinen von nur sehr geringen Effekten der Zuwanderung auf die Löhne und Beschäftigungswahrscheinlichkeit heimischer Arbeitskräfte ausgegangen werden kann.
- Die Auswirkungen der Zuwanderung unterscheiden sich nach Zeitperioden recht erheblich. Die Effekte (pro ZuwanderIn) sind in Zeiten sehr hoher Zuwanderung (zum Beispiel in der Periode 1989 bis 1992) wesentlich stärker (und auch statistisch eher signifikant) als in Phasen langsamerer Zuwanderung (wie zum Beispiel dem Zeitraum 1992 bis 1994).⁶⁾
- Generell profitieren hoch qualifizierte Arbeitskräfte von der Zuwanderung niedrig qualifizierter Arbeitskräfte. Ihre Löhne steigen. Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte hingegen kommen durch Zuwanderung weiterer niedrig qualifizierter Arbeitskräfte unter einen zunehmenden Konkurrenzdruck. Ihre Löhne fallen.
- Immobiler Arbeitskräfte, die auf erhöhten Konkurrenzdruck nicht durch eine Abwanderung aus ihrer Industrie und (oder) Region reagieren können, werden von Migration stärker betroffen als andere. Dementsprechend hat eine räumliche oder industrielle Konzentration der Zuwanderung auch räumlich oder industriell differenzierte Auswirkungen auf immobile Arbeitskräfte.

Winter-Ebmer - Zweimüller (1994 und 1996) beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Migration auf junge österreichische Arbeitskräfte. Zunächst (1994) wird der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeitsrisiko dieser Arbeitskräfte und regionaler, industrieweiter und firmenspezifischer Zuwanderung untersucht. Die Resultate zeigen nur im Jahr 1988 einen signifikanten Einfluss der industrieweiten Zuwanderung auf das Arbeitslosigkeitsrisiko. Regionale und firmenspezifische Zuwanderung bleiben insignifikant. Für das Jahr 1991 bleiben auch Industrie-

⁶⁾ Dies mag unter anderem auch darauf zurückzuführen sein, dass die Effekte einer Zuwanderung in Phasen sehr hoher Zuwanderung auch leichter von anderen Einflüssen auf die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung zu trennen sind, und somit leichter statistisch signifikante Zusammenhänge gefunden werden können.

einflüsse insignifikant. Die Auswirkungen unterscheiden sich allerdings zwischen Arbeitsmarktgruppen. Junge Arbeiter werden stärker betroffen als junge Angestellte, Saisonbranchen sind ebenfalls überproportional betroffen.

Übersicht 2.2: Ergebnisse von Mikroökonomischen Untersuchungen zur Auswirkung von Migration auf heimische Arbeitskräfte in Österreich

AutorIn	Betrachtete Gruppe	Abhängige Variable	Ergebnis
Winter-Ebmer – Zweimüller (1994)	ArbeiterInnen im Alter 15-57 Jahre	Eintritt in die Arbeitslosigkeit	Erhöhung des AusländerInnenanteils um eine Standardabweichung führt zu einer Erhöhung des Arbeitslosigkeitsrisikos um 0,9 Prozent- punkte
		Dauer der Arbeitslosigkeit	Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% führt zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeits- dauer um 4% bis 6%
Winter-Ebmer – Zimmermann (1996, 1996a)	Junge Arbeitnehme- rInnen unter 35 Jahren	Individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko	Kleine und oft insignifikante Auswirkungen auf das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko
Huber - Hofer (2001)	ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 19 und 56 Jahren	Lohnwachstum	Signifikante Effekte der Zuwanderung nur für ArbeiterInnen. Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% verringert das Lohnwachstum um -0,2%
		Industriewechsel und Nicht-Beschäftigungs- risiko	Bei ArbeiterInnen steigt das Arbeitslosig- keitsrisiko signifikant, bei Angestellten nicht
Winter-Ebmer - Zimmermann (1998)	Sektorale Beschäftigung	Beschäftigungswachstum der heimischen Arbeitskräfte	Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% senkt das Beschäftigungswachstum der Einheimischen um -0,1%
		Lohnwachstum	Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% senkt das Lohnwachstum der Einheimischen um -0,1 bis -0,2%
Prettner – Stiglbauer (2007)	Sektorale Beschäftigungsdaten	Beschäftigung	Migration hat keine signifikanten Auswirkungen auf Beschäftigung der Inländer, ist aber positiv mit der Gesamtbeschäftigung korreliert
		Arbeitslosigkeit	Migration hat keine signifikanten Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit der Inländer, ist aber positiv mit der Gesamtbeschäftigung korreliert
Huber - Hofer (2001)	ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 19 und 56 Jahren	Lohnwachstum	Signifikante Effekte der Zuwanderung nur für Arbeiter. Für Frauen hat Zuwanderung keinen signifikanten Effekt
		Industriewechsel und Nicht- Beschäftigungsrisiko	Signifikante Effekte der Zuwanderung auf das Arbeitslosigkeitsrisiko nur für Arbeiter. Für Frauen hat Zuwanderung keinen signifikanten Effekt

Q: Bock-Schappelwein et al. (2009).

In weiterer Konsequenz untersuchen *Winter-Ebmer - Zweimüller (1996)* die Lohnwirkungen auf junge ArbeiterInnen. Sie finden einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen der Zuwanderung und dem Lohnniveau junger Arbeitskräfte. Dies kann entstehen, wenn unter sonst gleichen Bedingungen zuwandernde ausländische Arbeitskräfte ebenso wie junge inländische in Branchen mit höheren Löhnen wandern. Der Zusammenhang zwischen Lohn-

wachstum und Zuwanderung ist hingegen negativ. Die Lohndynamik wird von ZuwanderInnen gebremst.

Winter-Ebmer - Zweimüller (1996) untersuchen alle österreichischen Arbeitskräfte. Zuwanderung in der Industrie erhöht die Arbeitslosigkeit der Männer. Für Frauen bleiben die Koeffizienten insignifikant. Bezüglich der Lohnanpassung deutet die Mehrheit der Ergebnisse auf einen positiven Einfluss der Zuwanderung auf die Löhne hin. Allerdings unterscheiden sich die Effekte zwischen hoch und niedrig qualifizierten Arbeitskräften. Hochqualifizierte erhalten einen Lohnzuwachs, während bei Niedrigqualifizierten der Lohn sinkt. Für junge Arbeitskräfte und die in mittleren Altersgruppen sowie für hoch qualifizierte ArbeiterInnen sind die Auswirkungen am positivsten. Bei den älteren und niedrig qualifizierten ArbeiterInnen sind die negativen Lohnwirkungen am deutlichsten zu sehen.

Die Untersuchung von *Winter-Ebmer - Zweimüller (1999)* analysiert das Arbeitslosigkeitsrisiko und die Dauer der Arbeitslosigkeit und berücksichtigt sowohl Außenhandels- als auch Migrationsauswirkungen. Die Veränderung des AusländerInnenanteils einer spezifischen Industrie erhöht das Arbeitslosigkeitsrisiko nur, wenn keine Branchendummies in der Spezifikation eingeführt werden.

Huber - Hofer (2001) untersuchen die Zuwanderung in der Periode 1991 bis 1994 und somit einen Zeitraum einer etwas moderateren Zuwanderung als die Arbeiten von *Winter-Ebmer - Zweimüller (1996)*. Änderung des AusländerInnenanteils haben laut dieser Untersuchung nur auf die Löhne der ArbeiterInnen einen signifikanten negative Effekte, und Zuwanderung erhöht auch nur das Arbeitslosigkeitsrisiko der ArbeiterInnen. Die festgestellten Effekte scheinen hier allerdings gering zu sein. Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um einen Prozentpunkt verringert das Lohnwachstum der ArbeiterInnen um 0,2 Prozentpunkte. Ähnlich finden auch *Huber - Hofer (2001)*, dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung nur für Arbeiter einen negativen Einfluss auf die Löhne hat. Diese Studie erweitert die Analyse auch auf Frauen. Hier zeigen sich allerdings keine signifikanten Auswirkungen auf das Lohnwachstum und das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko.⁷⁾

Schlussendlich folgen Untersuchungen von *Winter-Ebmer - Zimmermann (1998)* sowie *Brandel - Hofer - Pichelmann (1994)* mit etwas anderen methodologischen Ansätzen. *Winter-Ebmer - Zimmermann (1998)* benützen Branchendatensätze um die Auswirkungen der Zuwanderung auf Beschäftigung und Löhne zu untersuchen. Sie finden keine signifikanten Auswirkungen auf den Lohnsatz, aber signifikante Einflüsse auf die Beschäftigung in einer Branche.

Auf Grundlage dieser Untersuchungen wurde daher zumindest in der akademischen Forschung erwartet, dass die verstärkte Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten eher geringe Auswirkungen auf den gesamten österreichischen Arbeitsmarkt haben würde, dass es aber in einzelnen Teilbereichen (insbesondere bei den

⁷⁾ Allerdings konzentriert sich diese Studie wie annähernd alle hier zitierten Arbeiten aufgrund von Datenproblemen auf die Auswirkungen in der Sachgüterproduktion. Dies ist für die Identifikation der Effekte von Zuwanderung auf Frauen von Nachteil, weil der Anteil der weiblichen Beschäftigten in diesem Sektor deutlich geringer ist als in den Dienstleistungen. Damit bleibt ein wesentlicher Teil des Arbeitsmarktes unberücksichtigt.

niedrig qualifizierten, immobilen und bei den bereits in Österreich wohnhaften ausländischen Arbeitskräften) durchaus zu einem erhöhten Konkurrenzdruck kommen könnte.

Diese Befunde werden auch durch eine neuere Studie von *Bock-Schappelwein et al. (2009)* weitgehend bestätigt. Diese Studie untersucht die Auswirkungen der Zuwanderung nach Österreich seit dem Jahr 2000 anhand eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells und anhand von mikro-ökonomischen Schätzungen. Nach ihren Ergebnissen legte durch die Zuwanderung der 2000er Jahre die Beschäftigung im betrachteten Simulationszeitraum (15 Jahre) um über 3,5%, die Wertschöpfung um über 3% zu. Verglichen mit der Zuwanderung der neunziger Jahre zeigen sich die Konsequenzen der besseren Ausbildungsstruktur der ZuwanderInnen. Der Anstieg der Erwerbsbevölkerung beträgt in der Zuwanderungsperiode Anfang der 2000er Jahre nur rund 70% des Anstiegs zu Beginn der neunziger Jahre. Der Effekt auf das BIP liegt nach 15 Jahren aber bei über 85% (und die Beschäftigung bei 81%) des Effektes in den 1990er Jahren. Im Durchschnitt über alle ArbeitnehmerInnen steigen die Löhne gegenüber dem Basisszenario nach 15 Jahren um 0,4% schwächer. Der maximale Anstieg der Arbeitslosigkeit im betrachteten Zeitraum beträgt nach fünf Jahren 0,5 Prozentpunkte und ist nach 15 Jahren mit 0,1 Prozentpunkten fast gänzlich verschwunden.

Die Simulationen lassen somit den Schluss zu, dass Zuwanderung zwar in den ersten Jahren spürbare Effekte auf den Arbeitsmarkt hat, langfristig sind diese negativen Effekte auf Arbeitslosigkeit und Lohn allerdings gering, sodass hier vor allem der Anstieg der Wertschöpfung erwähnenswert ist. Überdies zeigen die Simulationen, dass sowohl aus kurz- bis mittelfristiger als auch aus langfristiger Perspektive eine besser qualifizierte Zuwanderung und eine über die Zeit gleichmäßig verteilte Zuwanderung bei qualifikationsadäquater Beschäftigung der MigrantInnen zu makroökonomisch besseren Ergebnissen führt als eine gering qualifizierte oder aber auch sehr sprunghafte Zuwanderung.

Neben den makroökonomischen Simulationen wurden in dieser Studie aber auch mikroökonomische Untersuchungen zu den Auswirkungen der Zuwanderung vorgenommen. Hierbei werden auch Verteilungsaspekte in Betracht gezogen. Diese deuten dabei auf nur wenige statistisch signifikante Auswirkungen der Zuwanderung der Jahre 1999 bis 2005 auf den österreichischen Arbeitsmarkt hin. Die Mehrheit der Ergebnisse der in dieser Studie vorgenommenen Schätzungen zeigt, dass in diesem Zeitraum Zuwanderung keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Lohnhöhe und die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit hatte. Die geschätzten Koeffizienten stehen allerdings im Einklang mit jenen in der Makrosimulation. Sie deuten darauf hin, dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung um einen Prozentpunkt – was bei gegenwärtigem Beschäftigtenstand einer Zuwanderung von rund 35.000 Arbeitskräften entspricht – das Lohnwachstum über einen Dreijahreszeitraum um 0,3 (bei den Frauen) bis 0,4 (bei den Männern) Prozentpunkte verringern würde. Diese Elastizität entspricht genau jener aus den Makrosimulationen.

Diese Auswirkungen sind dabei vor allem bei immobilen Arbeitskräften, die dem steigenden Konkurrenzdruck durch ausländische Arbeitskräfte nicht durch Branchenwechsel entgehen

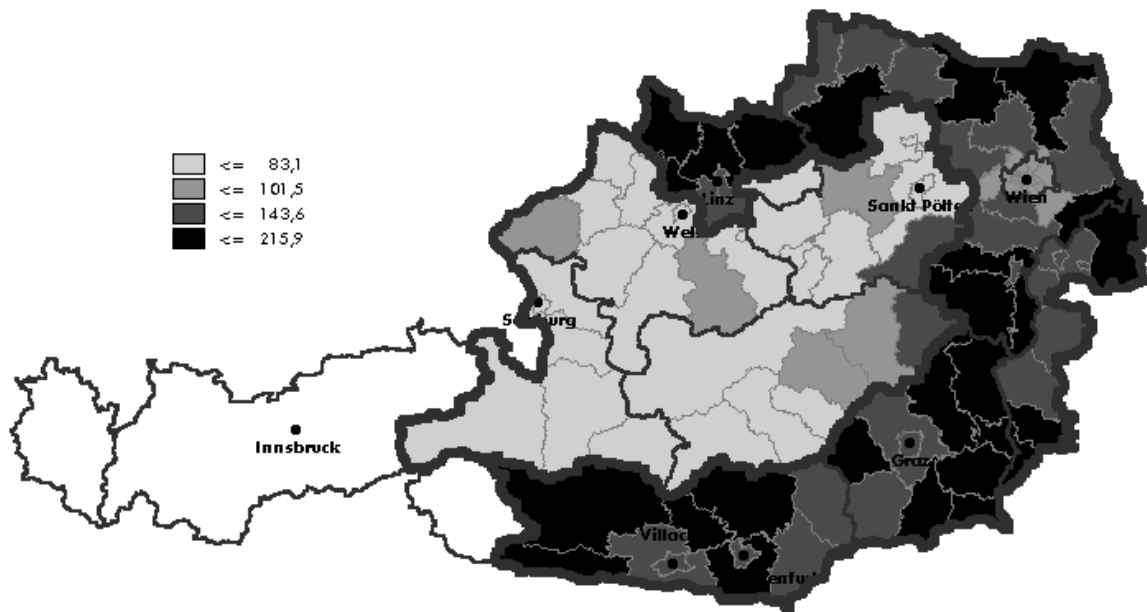
konnten, und Arbeitskräften in Branchen mit einem hohen MigrantInnenanteil zu beobachten.

Moderat sind hingegen die mittelfristigen Auswirkungen (über 3 Jahre) auf die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Ein Anstieg des AusländerInnenanteils senkt die Beschäftigungswahrscheinlichkeit, nur bei den Frauen. Hier sinkt die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit bei einem Anstieg des AusländerInnenanteils um einen Prozentpunkt um 0,6 Prozentpunkte. Überdurchschnittlich hohe Effekte ergeben sich bei weiblichen Arbeitskräften mit einem hohen Lohn, Frauen in Branchen mit einem hohen AusländerInnenanteil und bei alteingesessenen AusländerInnen. Die in den Makrosimulationen festgestellten Effekte von Zuwanderung auf die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren nach der Zuwanderung dürften daher – aufgrund der in Österreich nach wie vor stabilen Beschäftigungsverhältnisse und auch der immer noch bestehenden Senioritätsregeln – weniger dadurch entstehen, dass ArbeitgeberInnen bei einer Zuwanderung bestehende inländische Arbeitskräfte kündigen, sondern weil in Phasen einer solchen Zuwanderung arbeitslose in- und ausländische Arbeitskräfte bei der Arbeitsplatzsuche verstärkt in Konkurrenz zueinander treten.

2.1.3 Regionale Unterschiede in der Betroffenheit

Neben migrationspolitischen Überlegungen standen in der österreichischen Erweiterungsdebatte aber auch regionalpolitische Themen im Mittelpunkt. Der Grund hierfür war einerseits, dass alle Studien auch zeigten, dass die MigrantInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern (und noch stärker die PendlerInnen) räumlich stark auf die Ostregion (Wien, Niederösterreich und Burgenland), die Südregion (Kärnten und Steiermark) und insbesondere auf die Metropole Wien konzentriert wären. Andererseits wurde diese starke Betonung regionalpolitischer Themen auch von Fragen hinsichtlich der Dienstleistungsfreiheit getrieben. Da auch hier die gesammelte Evidenz darauf hindeutete, dass österreichische Anbieter in weniger humankapitalintensiven Dienstleistungsbranchen, die gerade in den peripheren Grenzregionen Österreichs lokalisiert sind, einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Anbietern der neuen EU-Mitgliedsländer hatten, und überdies gerade im grenznahen Bereich auch niedrigschwellige Eintrittsformen in den Auslandsmarkt (etwa durch den Einkaufsverkehr und/oder grenzüberschreitende Leistungserbringung) den Wettbewerbsdruck erhöhen können, ergab sich eine regional recht differenzierte Problemlage. Für die grenznahen urbanen Ballungsräume wurde erwartet, dass sie zwar – aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der dort angesiedelten Branchen – von den wachstumssteigernden Effekten der Erweiterung besonders profitieren aber aufgrund der hohen Attraktivität für Zuwanderung auch mit einer Angebotsausweitung am Arbeitsmarkt rechnen sollten; für die eher ländlich-peripheren Grenzregionen wurde hingegen mit einer geringeren Zuwanderung aber stärkeren Wettbewerbseffekten gerechnet (Landesmann et al., 2001 und Mayerhofer - Palme, 2001a).

Abbildung 2.1: Index potentiell benachteiligter Branchen nach Regionen



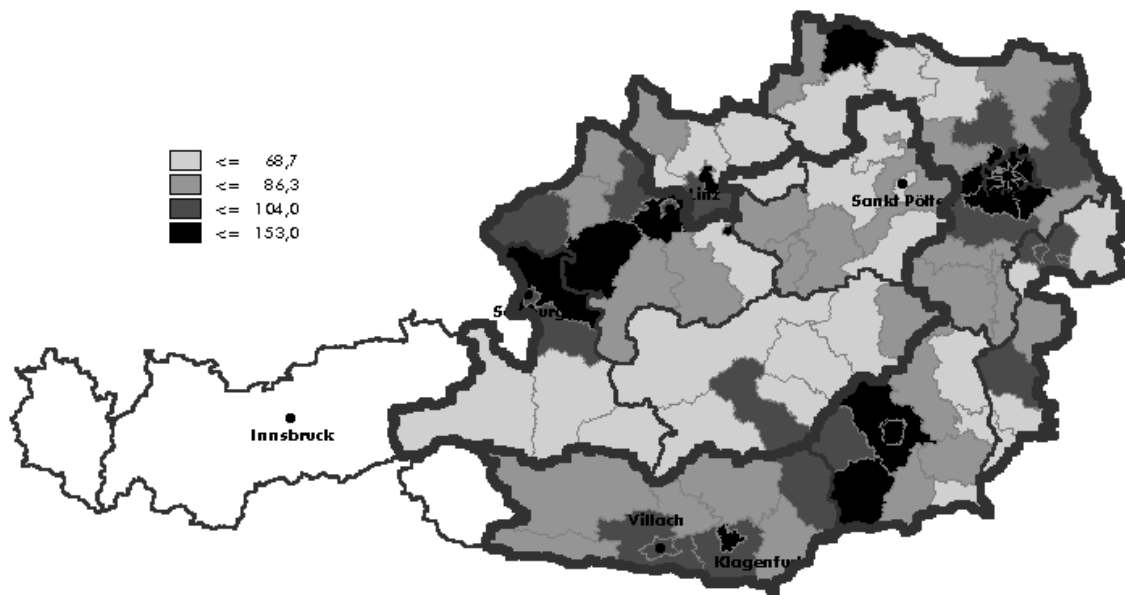
Q: Mayerhofer - Palme (2001). – 100 ist der durchschnittliche Anteil potentiell benachteiligter Branchen in Österreich.

Insbesondere untersuchten Mayerhofer - Palme (2001, 2001a) anhand der Anteile der Beschäftigten in bevorzugten und benachteiligten Branchen die unterschiedliche sektorale Betroffenheit der Regionen⁸⁾ durch die EU-Erweiterung, wobei regional handelbare Dienstleistungen nur in Grenzregionen mit ihrem Vor- bzw. Nachteilstyp eingehen. Dabei zeigt sich, dass (siehe Abbildungen 2.1 und 2.2)

- Grenzregionen insgesamt einen höheren Besatz sowohl an benachteiligten als auch an bevorzugten Branchen aufweisen, wobei vor allem der Besatz an benachteiligten Branchen in den Grenzregionen deutlich höher ist. Der Grund hierfür liegt im großen Besatz an Branchen der regional handelbaren Dienstleistungen in den Grenzregionen, unter denen auch ein großer Teil von benachteiligten Branchen besteht.
- unter den Grenzregionen ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der Spezialisierung auf bevorzugte und benachteiligte Branchen besteht. In städtischen Grenzregionen ballen sich überproportional viele Vorteilsbranchen, während es gerade in den ländlichen Branchen zu einer Ballung von Nachteilsbranchen kommt.

⁸⁾ Abgesehen von der sektoralen Betroffenheit untersuchen Mayerhofer - Palme (2001a) auch die regionale Betroffenheit, indem sie die Ausstattung der Regionen mit verschiedenen Standortfaktoren betrachten. In dieser Untersuchung zeigt sich, dass gerade die ländlichen Regionen hinsichtlich sowohl traditioneller als auch moderner Standortfaktoren benachteiligt sind. Allerdings zeigten gerade diese ländlichen Regionen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten auch das höchste Beschäftigungswachstum unter den österreichischen Bezirken. Die Ursache hierfür waren aber nicht die Globalisierungstendenzen, sondern vor allem Ausweitungen des Marktgebietes für regional handelbare Dienstleistungen, die auch eine Belieferung der städtischen Regionen ermöglichten. Die ländlichen Regionen profitierten vor allem dann, wenn sie in der Nähe großer Städte lagen.

Abbildung 2.2: Index potentiell bevorzugter Branchen nach Regionen



Q: Mayerhofer - Palme (2001). – 100 ist der durchschnittliche Anteil potentiell bevorzugter Branchen in Österreich.

2.2 Die Übergangsregeln im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Dienstleistungsfreiheit

Ex-ante-Evaluierungen zur EU-Erweiterung beurteilten daher die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die regionalen Chancen und Gefahren durchaus differenziert. Im Beitrittsvertrag wurden allerdings hinsichtlich jener Bereiche, die in den ex-ante-Studien als wesentliche Regimeänderungen (Migration, Pendeln, Dienstleistungsfreiheit) nach dem Beitritt identifiziert wurden, Übergangsregelungen vereinbart. Laut Beitrittsvertrag übernehmen die neuen EU-Mitgliedstaaten alle Rechte und Pflichten aus der EU-Mitgliedschaft (den gesamten Acquis), sofern im Beitrittsvertrag keine Ausnahmen (Übergangsregelungen) vereinbart wurden. Von den vielen im Beitrittsvertrag formulierten Übergangsregelungen, die überdies für einzelne Staaten unterschiedlich sind, waren die Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und die damit eng verknüpften Übergangsfristen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit für Österreich wohl die Wesentlichen. Im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte betreffen sie ausschließlich Artikel 39 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.^{?)} Für jene Länder, die diese Übergangsfristen anwenden, bedeutet dies im Wesentlichen, dass Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten auch nach dem Beitritt eine Arbeitserlaubnis benötigen, die nach Maßgabe des nationalen

^{?)} Von den Übergangsregelungen nicht betroffen sind (mit einigen Ausnahmen für einzelne Länder) die Bestimmungen hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungen, dem Transfer von Leistungsansprüchen aus dem Sozialversicherungssystem und der Verbesserung grenzüberschreitender Arbeitsmarktvermittlung.

Rechte vergeben wurde. Der Zugang zum Arbeitsmarkt der alten EU-Mitgliedstaaten blieb daher auch nach dem Beitritt im eigenen Hoheitsbereich.¹⁰⁾

Allerdings haben die alten EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer "Erklärung zur Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen" zugesagt, dass sie sich bemühen werden, den StaatsbürgerInnen der neuen EU-Mitgliedsländer "nach nationalem Recht verstärkt Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, um die Angleichung an den Besitzstand zu beschleunigen". Außerdem dürfen einmal gewährte Rechte nicht wieder zurückgenommen werden. Dies bedeutet, dass sich im Geltungszeitraum der Übergangsregelungen der Zugang der Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedstaaten zum Arbeitsmarkt nicht verschlechtern darf (so genanntes Verschlechterungsverbot). Außerdem müssen nach dem Beitrittsvertrag Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedsländer eine Präferenz gegenüber anderen Staaten erhalten.

In Österreich wurden diese Bestimmungen durch das EU-Erweiterungsanpassungsgesetz umgesetzt. Dieses sieht vor, dass (Nowotny, 2007) StaatsbürgerInnen der neuen Mitgliedstaaten nach dem Beitritt zur EU keinen Aufenthaltstitel nach Fremdenrecht mehr benötigen aber weiterhin vom Quotensystem des Ausländerbeschäftigungsgesetzes erfasst werden. Dies bedeutet insofern eine (leichte) Bevorzugung der StaatsbürgerInnen der neuen Mitgliedstaaten als sie eine Beschäftigungsbewilligung erhalten können, wenn die regionale Geschäftsstelle des AMS dies erlaubt. Überdies wurden die regionalen Geschäftsstellen angewiesen StaatsbürgerInnen aus den neuen Mitgliedstaaten sofern möglich zu bevorzugen.

Überdies wurde im Beitrittsvertrag auch normiert, dass (sofern nationale Bestimmungen nicht günstigere Regelungen beinhalten):

1. Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedsländer, die zum Zeitpunkt des Beitritts bereits mehr als 12 Monate ununterbrochenen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, einen sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.
2. Familienangehörige einer ArbeitnehmerIn, der am Tag des Beitritts bereits mehr als 12 Monate einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat hatte, nach dem Beitritt sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben.
3. ArbeitnehmerInnen, die während der Übergangsfristen mindestens 12 Monate ununterbrochenen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, danach einen unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

¹⁰⁾ Auch der Umgehung der Freizügigkeit über die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, die vor allem bei Dienstleistungen in grenznahen Gebieten (also insbesondere in Österreich und Deutschland) möglich wäre, wird durch die Übergangsregelungen begegnet. Für Österreich und Deutschland wurden für einige der wichtigsten dieser Bereiche ebenfalls Übergangsbestimmungen ausgehandelt. In Österreich werden von diesen, neben dem besonders wichtigen Baugewerbe (NACE Gruppen 451 bis 454), auch einige kleinere Branchen (Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen (NACE 0141), Be- und Verarbeitung von Natursteinen (0267), Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen (2811), Schutzdienste (7460), Reinigung von Gebäuden (7470), Hauskrankenpflege (8514) und Sozialwesen (8532)) erfasst. Überdies kann der möglichen Umgehung der Übergangsregelungen durch nationalstaatliche Regelungen begegnet werden. So ist zum Beispiel in Österreich das Ausländerbeschäftigungsgesetz, welches während der Übergangsfristen weiterhin auf die StaatsbürgerInnen der neuen EU-Mitgliedsländer anzuwenden ist, auch auf selbständige Personen anzuwenden, deren Tätigkeiten mit denen unselbständig Beschäftigter übereinstimmen.

4. Familienangehörige einer ArbeitnehmerIn, die während des Zeitraums der Anwendung der Übergangsregelungen bereits mehr als 18 Monate einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat haben, und Familienangehörige von Arbeitnehmern, die mindestens für 12 Monate ununterbrochen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, ab dem dritten Jahr nach dem Beitritt, Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Da sich Österreich bereits frühzeitig für eine Anwendung der Übergangfristen entschied und diese auch bis 2011 verlängert hat, war die Diskussion nach dem Ende der Beitrittsverhandlungen vor allem durch die Frage geprägt, wie diese Übergangfristen am besten zu implementieren sind und ob es im Laufe der Übergangfristen aufgrund der Ausnahmen und der Umgehungsmöglichkeiten zu nennenswerten Wanderungsbewegungen kommen würde. Diesbezüglich schätzte zum Beispiel die Arbeiterkammer (Beer et al., 2003) – ausgehend vom Bestand der ausländischen Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern – in Österreich das Potential von bereits anwesenden Familienangehörigen von ArbeitnehmerInnen, die mehr als 12 Monate in Österreich sind, auf rund 12.000 Personen. Überdies schätzte die Arbeiterkammer, dass in Österreich vor dem Beitritt etwa 35.000 Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern arbeiteten, die über ein Jahr lang einen ununterbrochenen Arbeitsmarktzugang hatten. Schließlich schätzte die Arbeiterkammer das Potential von ArbeitnehmerInnen, die bis ins Jahr 2006 aufgrund der oben unter den Punkten 2 bis 4 genannten Bestimmungen uneingeschränkten Zugang auf den Arbeitsmarkt erhalten könnten, ebenfalls auf etwa 35.000 ArbeitnehmerInnen.

2.2.1 Anwendung der Übergangsregeln im Zeitraum 2004 bis 2006

Im Europäischen Kontext war die Umsetzung der Übergangfristen allerdings unterschiedlich. In der ersten Phase (in den Jahren 2004 bis 2006) liberalisierten nur drei der alten EU-Mitgliedstaaten (Irland, Schweden und das Vereinigte Königreich) den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten (wobei das Vereinigte Königreich ein Meldesystem für Arbeitnehmer einführte¹¹⁾). Die übrigen alten EU-Mitgliedstaaten behielten ihr Arbeitserlaubnissystem bei, wenn auch mit einigen Änderungen und manchmal in Verbindung mit einem Quotensystem.

Allerdings wurden in einigen dieser Länder zusätzliche Zugangserleichterungen geschaffen. Zum Beispiel gewährte Dänemark ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ohne vorherige Prüfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Arbeitserlaubnis, wenn sie in einem Tarifvertrag unterliegenden Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis arbeiteten und der Arbeitsvertrag den normalen Standards der Branche bzw. des Berufsstands entsprach. In den Niederlanden kam in den meisten Branchen ein herkömmliches Arbeitserlaubnissystem einschließlich Arbeitsmarktprüfung zur Anwendung, einige Branchen und Berufe waren davon

¹¹⁾ Nach diesem müssen sich ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten innerhalb von 30 Tagen nach Aufnahme einer Beschäftigung beim Innenministerium anmelden.

aber zeitweise ausgenommen¹²⁾, und Italien behielt sein Arbeitserlaubnissystem bei, führte allerdings eine spezielle Zugangsquote für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ein.

Belgien, Finnland, Griechenland, Luxemburg und Spanien hielten hingegen ebenso wie Österreich und Deutschland – die auch die Entsendung von ArbeitnehmerInnen beschränkten – an ihrem traditionellen Arbeitserlaubnissystem fest.

Überdies wandten auch drei neue EU-Mitgliedstaaten (Polen, Slowenien und Ungarn) den Grundsatz der Gegenseitigkeit bei ArbeitnehmerInnen aus den alten EU-Mitgliedstaaten an, die ihrerseits die Freizügigkeit einschränkten.¹³⁾

2.2.2 Anwendung der Übergangsregeln 2006 - 2009

Nach dem Ende der ersten Phase der Übergangsfristen wendeten sieben weitere alte EU-Mitgliedstaaten die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt nicht mehr an. Bereits am 1. Mai 2006 öffneten Spanien, Finnland, Griechenland und Portugal ihre Grenzen für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und am 27. Juli 2006 folgte Italien. In den Niederlanden wurden die Beschränkungen ab dem 1. Mai 2007 aufgehoben und in Luxemburg ab dem 1. November 2007. Frankreich folgte am 1. Juli 2008. Das Vereinigte Königreich behielt sein obligatorisches Meldesystem bei und in Finnland musste die Beschäftigung nachträglich zu Überwachungszwecken registriert werden.

Überdies vereinfachten die meisten der alten EU-Mitgliedstaaten, die die Beschränkungen auch in der zweiten Phase der Übergangsregelungen (in den Jahren 2006 bis 2009) beibehielten, ihre Verfahren oder reduzierten die Beschränkungen in bestimmten Sektoren/Berufen (dies gilt insbesondere für Belgien, Frankreich, Dänemark und Deutschland). Deutschland und Österreich behielten allerdings auch ihre nationalen Maßnahmen in Bezug auf die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen bei.

Schließlich wendet Ungarn weiterhin Beschränkungen nach dem Gegenseitigkeitsprinzip an. Slowenien beendete die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips am 25. Mai 2006 und Polen am 17. Januar 2007.¹⁴⁾

¹²⁾ In diesen Fällen konnte die Arbeitserlaubnis binnen zwei Wochen erteilt werden, ohne dass eine Arbeitsmarktprüfung erfolgte. Die Liste der Branchen und Berufe, für die diese Ausnahmeregelung galt, wurde alle drei Monate überprüft.

¹³⁾ Allerdings beantragte keiner der neuen EU-Mitgliedstaaten die Erlaubnis, für ArbeitnehmerInnen aus den anderen neuen EU-Mitgliedstaaten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu beschränken.

¹⁴⁾ Neben den Übergangsfristen gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 beitraten, gelten derzeit auch noch immer die Übergangsbestimmungen gegenüber Bulgarien und Rumänien, die am 1. Jänner 2007 beitraten. Hier haben in der ersten Phase nur zehn der 25 EU-Staaten (Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Finnland und Schweden) den Arbeitskräftezugang liberalisiert. In Finnland, Zypern und Slowenien musste dabei die Beschäftigung nachträglich zu Überwachungszwecken registriert werden. Die übrigen EU 25-Staaten haben ihre Arbeitserlaubnissysteme beibehalten, wenn auch in manchen Fällen mit einigen Änderungen und vereinfachten Verfahren (die zumeist analog zu den Bestimmungen der ersten Phase gegenüber den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten geregelt wurden).

2.2.3 Anwendung der Übergangsregeln ab 2009

Zu Anfang der dritten Phase der Übergangsfristen gegenüber den 10 Mitgliedstaaten, die im Mai 2004 der Europäischen Union beitraten, verblieben somit nur mehr 4 Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland und Österreich) der ehemaligen EU 15, die die Übergangsfristen anwendeten. Von diesen beantragten nur Deutschland und Österreich eine Verlängerung bis 2011, wobei sowohl Deutschland als auch Österreich substanzielle Erleichterung bei der Zuwanderung von höher qualifizierten Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsländern ankündigten.

2.3 Ex-post-Bewertungen

Nachdem im Beitrittsvertrag die meisten sensiblen Bereiche, die zu Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen hätten können, mit Übergangsfristen belegt wurden, wurden in Österreich kaum mehr wesentliche Auswirkungen der Erweiterung erwartet. Diese Erwartungen werden auch von den bisher vorliegenden ex-post-Bewertungen der Auswirkungen der EU-Erweiterung bestätigt. Dies bestätigten bereits jene Studien, die kurz vor oder nach dem Ende der ersten Phase der Übergangsfristen entstanden. So kommt die *Europäische Kommission (2006A)* zu dem Ergebnis, dass der EU-Erweiterungsprozess, der mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive für die neuen EU-Mitgliedstaaten Anfang der neunziger Jahre begann, insgesamt die Stabilität und Reformbemühungen in diesen Ländern unterstützte und zu einem erheblichen Wachstum des Außenhandels und der Direktinvestitionen beitrug, was sowohl in den neuen als auch in den alten EU-Mitgliedstaaten zu höherem Wachstum und höherer Beschäftigung führte. Überdies zeigt dieser Bericht, dass es in den ersten beiden Jahren nach dem Beitritt der 10 neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS 10) zur Europäischen Union zu keinen sichtbaren Verwerfungen am Arbeitsmarkt oder im Wachstum kam. Ähnlich findet die *Europäische Kommission (2006B)*, dass es im Zeitraum 2004 bis 2005 europaweit zu keiner deutlichen Erhöhung des Anteils der Arbeitskräfte aus den NMS 10 kam, wobei allerdings Österreich und Irland als Ausnahmen erwähnt werden. Überdies ist es laut den Ergebnissen der *Europäischen Kommission (2006B)* auch in Ländern, in denen die Übergangsfristen nicht angewendet wurden, zu keiner Zunahme der Arbeitslosigkeit gekommen.¹⁵⁾

Barrell - FitzGerald - Riley (2007) hingegen simulieren die makroökonomischen Auswirkungen der realisierten Migrationen nach der EU-Erweiterung anhand des NIGEM Modells. Ihre Ergebnisse deuten zumindest in jenen Ländern, in denen es tatsächlich zu einer spürbaren Erhöhung der Zuwanderung kam (wie zum Beispiel in Irland und Großbritannien), auf einen

Am Beginn der zweiten Phase der Übergangsfristen (1. Jänner 2009) gegenüber diesen Ländern öffneten Spanien, Griechenland, Ungarn und Portugal ihre Arbeitsmärkte und Dänemark folgte am 1. Mai 2009. 10 EU-Länder wenden hier die Übergangsfristen hingegen weiterhin an.

¹⁵⁾ Diese Aussage ist allerdings zumindest im Fall Großbritanniens in der öffentlichen Debatte nicht unumstritten. Hier wurde immer wieder vermutet, dass der Anstieg in der Arbeitslosigkeit zwischen den Jahren 2000 und 2006 zum Teil auf die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern zurückzuführen war.

spürbaren Effekt auf das BIP-Wachstum und die Arbeitslosigkeit hin. Nach ihren Ergebnissen lag die Bruttowertschöpfung im Jahr 2007 in Irland um 0,4% und in Großbritannien um 0,3% über dem Niveau, das ohne Zuwanderung zu erwarten gewesen wäre. Die Arbeitslosenquote war in diesen Ländern 2007 um einen Prozentpunkt (Irland) beziehungsweise um 0,2 Prozentpunkte höher als ohne Zuwanderung.

Für die Länder, die die Übergangsfristen anwendeten kam es hingegen, aufgrund der geringen Zuwanderung, zu Änderungen im BIP und in der Arbeitslosenquote die durchwegs unter 0,1% (bzw. Prozentpunkten) lagen.

Überdies zeigen *Barrell - FitzGerald - Riley* (2007) auch, dass die Abwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zu einer Verringerung des BIP-Wachstums (um zwischen 0,4% in Litauen und 0,05% in der Tschechischen Republik) aber auch zu einer Entlastung der Arbeitsmärkte (die Arbeitslosenquote sank aufgrund der Emigration um zwischen 0,8 (Litauen) und 0,1 (Tschechien) Prozentpunkte) kam.

Ähnlich simulieren *Brücker-Baas* (2007) die Auswirkungen der durch die Übergangsfristen bedingten Umlenkung von Migration von Deutschland nach Großbritannien. Nach ihren Ergebnissen führt diese Umlenkung relativ zu einem Szenario ohne Übergangsfristen zu einem um etwa 0,3 Prozentpunkte höheren Wachstum und einer um 0,3 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote in Großbritannien und zu einem um 0,5% geringeren Wachstum aber einer um 0,2 Prozentpunkte geringeren Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch *Untiedt et al.* (2009). Für die Bundesrepublik Deutschland führte Erweiterung nach dieser Studie zu einem zusätzlichen Wachstum von rund 1% bei der Wertschöpfung und einem Sinken der Arbeitslosigkeit von rund 1 Prozentpunkt. Überdies kam es seit der EU-Erweiterung zu keinem wesentlichen Anstieg der Produktionsverlagerungen und der Rückgang der Importe der NMS 10 dürfte vor allem auf statistische Umstellungen zurückzuführen sein.

Für die neuen EU-Mitgliedstaaten zeigt diese Studie, dass sich der Konvergenzprozess der 10 neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS 10) im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2003 in den Jahren 2004 und 2005 weder eindeutig beschleunigt noch verlangsamt hat, und dass es am Arbeitsmarkt, insbesondere in den Hocharbeitslosigkeitsländern unter den neuen EU-Mitgliedsländern zu einer leichten Entlastung kam. Nur in Ungarn stieg die Arbeitslosigkeit im Zeitraum 2003 bis 2005 um 1,1 Prozentpunkte an.¹⁶⁾

In Großbritannien wiesen hingegen bereits vor der Erweiterung weder der Außenhandel noch die Direktinvestitionen mit den neuen EU-Mitgliedsländern einen bedeutenden Umfang auf. Dies hat sich auch seit der Erweiterung nicht geändert. Allerdings kam es zu einem erheblichen Anstieg der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. In Großbritannien dürfte diese Zuwanderung aber aufgrund der ausgezeichneten Arbeitsmarktlage des Jahres 2004 (immerhin lag die Arbeitslosigkeit zu diesem Zeitpunkt bei 3% und die Beschäftigungsquote

¹⁶⁾ Dies ist allerdings vor allem auf die budgetären Probleme der ungarischen Regierung und den damit verbundenen Sparmaßnahmen zurückzuführen.

bei annähernd 75%) primär zu einem Anstieg der Beschäftigung und der Wertschöpfung beigetragen haben (Portes - French, 2005).

Für Österreich argumentieren Untiedt *et al.* (2006), dass die gesamtwirtschaftliche, sektorale und regionale Entwicklung auf keine dramatischen Verschiebungen der Wachstumsdynamik und/oder der Arbeitsmarktlage durch die EU-Osterweiterung hindeutet. Die wichtigsten Impulse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2004 und 2005 kamen aus einer Verbesserung der Außenhandelsposition gegenüber den nicht europäischen Ländern und aus einer Zuwanderung, die überwiegend aus den alten EU-Ländern stammte (siehe Kapitel 4), und auch in regionaler Hinsicht sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine dramatischen Verschiebungen in der Wirtschaftsentwicklung zu beobachten. Die Übergangsfristen scheinen damit zumindest relativ zu den ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung bewirkt zu haben.

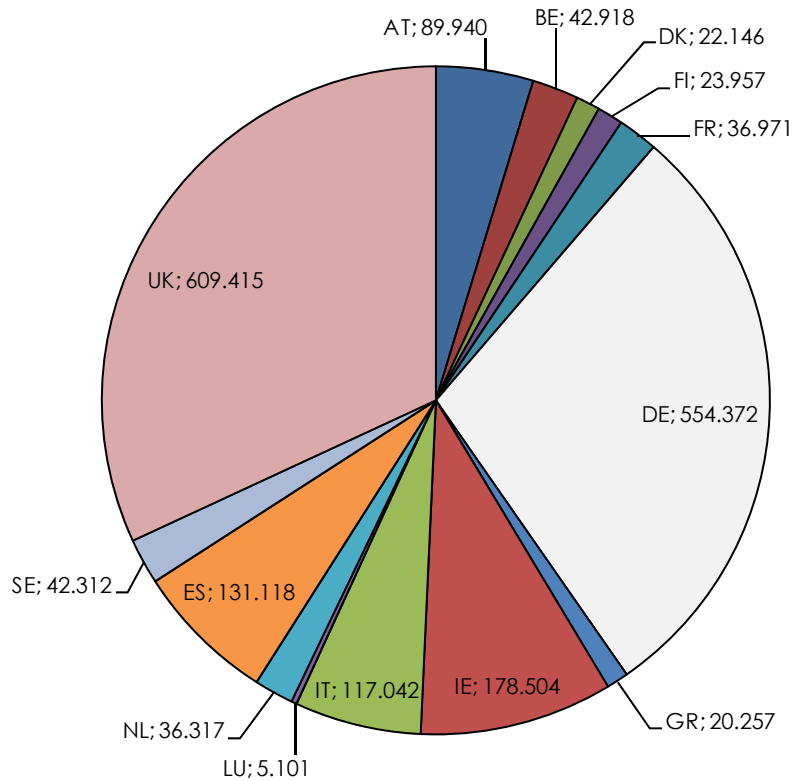
Damit bestätigt diese Untersuchung eine detaillierte Analyse von Biffi *et al.* (2006) in der festgestellt wird, dass es in den Jahren seit 2004 insgesamt zu einer deutlichen Zuwanderung aus der EU und Drittländern nach Österreich kam, die unter anderem zu einem deutlichen Anstieg des Arbeitskräfteangebots, einer trotz deutlich besserer Konjunkturlage nicht sinkenden Arbeitslosigkeit und zu einem verschärften Wettbewerb unter ausländischen Arbeitskräften führte. Überdies zeigen sich, so diese Studie, in den letzten Jahren am österreichischen Arbeitsmarkt auch Anzeichen einer zunehmenden Konkurrenz verschiedener ZuwanderInnengruppen und einer zumindest teilweisen Nutzung der im Beitrittvertrag angelegten Umgehungsmöglichkeiten der Übergangsfristen.

Die bisher wohl umfassendste Untersuchung zu den Auswirkungen der Wanderung seit dem EU-Beitritt liefern allerdings Brücker *et al.* (2009). Sie evaluieren zunächst anhand der tatsächlichen Migrationsbewegungen seit dem Jahr 2004, die Güte der Prognosen des Migrationspotentials vor der Erweiterung und zeigen, dass die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten, die im Mai 2004 der Europäischen Union beitraten, von diesen Modellen ziemlich genau vorhergesagt wurden. Die meisten der Potentialprognosen gingen von einem Migrationspotential von etwa 200.000 bis 300.000 Personen aus, die tatsächliche Zuwanderung aus diesen Ländern betrug im Zeitraum 2004 bis 2007 rund 254.000 Personen. Allerdings zeigt diese Studie auch, dass die Migrationspotentiale aus den beiden neuen Mitgliedstaaten, die erst am 1. Jänner 2007 beitraten, deutlich unterschätzt wurden. Aus diesen Ländern wanderten im Zeitraum seit 2004 rund 290.000 Personen in die EU 15 zu (Brücker - Damelang (2009).

Überdies zeigt sich auch, dass die Potentialprognosen die Länderstruktur der Zuwanderung nur sehr schlecht vorhersagten, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass diese Prognosen durchwegs davon ausgingen, dass alle Länder der EU 15 ihre Grenzen gleichzeitig öffnen würden. Der unterschiedliche Umgang der EU 15 Länder mit den Übergangsfristen führte allerdings in den letzten Jahren auf europäischer Ebene zu deutlichen Verschiebungen der Empfängerländer der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Im Jahr 2000 – als die meisten EU-Länder ihre Arbeitsmärkte (mit wenigen Ausnahmen) für Personen aus den mittel-

und osteuropäischen Ländern noch abgeschottet hatten – waren knapp 80% aller Beschäftigten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in der EU auf Deutschland (60%) und Österreich (20%) konzentriert.

Abbildung 2.3: Wohnsitze von AusländerInnen aus den NMS 8 in Ländern der EU 15 im Jahr 2007



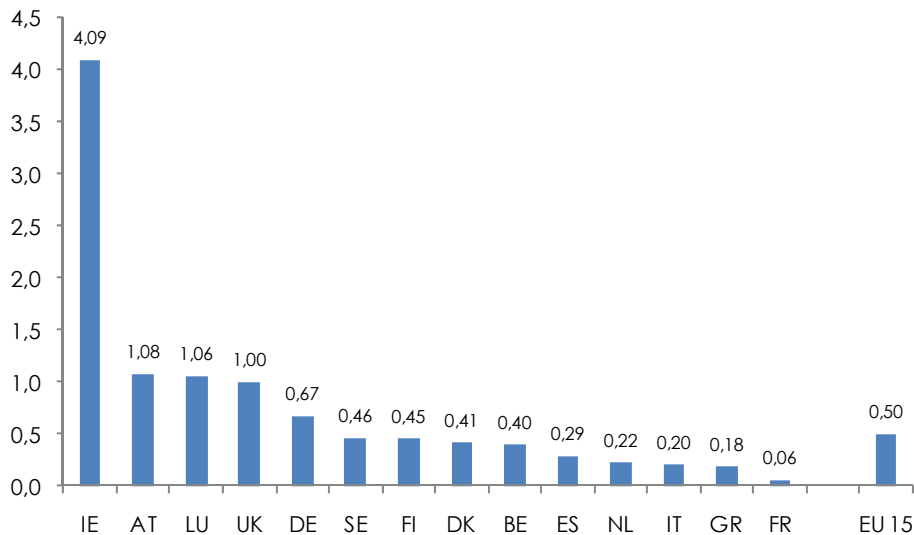
Q: Brücker - Damelang (2009). – 1) Neue EU-Mitgliedstaaten (NMS 8) = Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Nach der Erweiterung gestalteten sich die Wanderungsbedingungen für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten durch die vollständige oder partielle Öffnung der Arbeitsmärkte einiger alter EU-Mitgliedstaaten völlig neu. Dadurch ist der Anteil Deutschlands und auch Österreichs an der Migration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten inzwischen erheblich zurückgegangen. Der deutsche Anteil liegt dabei mittlerweile unter jenem des Vereinigten Königreichs und der österreichische liegt bereits hinter jenem Irlands und Italiens.

Dies heißt aber nicht, dass in Deutschland und Österreich heute weniger Arbeitskräfte aus diesen Ländern beschäftigt sind. Im Gegenteil, die Beschäftigung ist weiterhin gewachsen (siehe

unten). Nur haben andere EU-Länder, vor allem Großbritannien und Irland, aber auch Spanien, inzwischen stark aufgeholt.¹⁷⁾

Abbildung 2.4: Anteil der Bevölkerung aus den NMS 8 an der Gesamtbevölkerung (in %) nach alten EU-Mitgliedstaaten 2006



Q: Brücker - Damelang (2009). – ¹⁾ Neue EU-Mitgliedstaaten (NMS 8) = Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Die quantitative Bedeutung der Erwerbstätigkeit aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ist – trotz des teilweise starken Anstiegs – allerdings in den meisten alten EU Mitgliedsländern immer noch relativ gering. Insgesamt stammen nur rund 0,5% der Bevölkerung der alten EU-Mitgliedstaaten aus den 10 neuen EU-Mitgliedsländern. Allerdings zeigen sich hier auch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. So liegt der Anteil der aus den neuen EU-Mitgliedstaaten stammenden Beschäftigten in Irland bei 4,1% während er in Frankreich unter 0,1% liegt. Österreich liegt hier mit einem Anteil von 1,1% der Bevölkerung an der zweiten Stelle unter den EU 15-Ländern.

Aufbauend auf den tatsächlichen Migrationspotentialen simulieren Brücker *et al.* (2009) anhand eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells (CGE) auch die Auswirkungen der Zuwanderung auf das BIP, BIP pro Kopf, die Löhne und die Arbeitslosigkeit in den EU 15 und den neuen Mitgliedstaaten (Baas *et al.*, 2009 und Übersicht 2.3). Hier zeigt sich, dass die bisherige Wanderung aus den neuen Mitgliedstaaten für die EU insgesamt zu einem Wohlfahrtsgewinn beigetragen hat. Das BIP stieg demnach ebenso wie das BIP pro Kopf kurzfristig um 0,1% und die Arbeitslosigkeit änderte sich ebenso wie die Löhne kaum (-0,03 Prozent-

¹⁷⁾ Dabei ist für Spanien und Griechenland darauf hinzuweisen, dass in diesen beiden Ländern die Beschäftigung aus Bulgarien und Rumänien sehr stark angestiegen ist. Ähnliches gilt für Italien für das allerdings über den Eurostat-LFS keine nach Nationalitäten differenzierten Daten zur Verfügung stehen.

punkte bei der Arbeitslosigkeit, -0,07% bei den Löhnen). Langfristig ist bei gleichbleibenden Löhnen und stagnierender Arbeitslosigkeit sogar ein etwas höherer BIP und BIP/Kopf Effekt von 0,2% zu erwarten.

Übersicht 2.3: Die makroökonomischen Auswirkungen der Wanderungen aus den NMS 8
Veränderung gegenüber dem Basisszenario in % (Arbeitslosenrate in Prozentpunkten)

	Änderung Arbeits- kräfte- angebot	BIP		BIP je Einwohner		Arbeitslosenquote		Einkommen	
		Kurz- fristig	Lang- fristig	Kurz- fristig	Lang- fristig	Kurz- fristig	Lang- fristig	Kurz- fristig	Lang- fristig
AT	0,42	0,31	0,34	0,00	0,02	0,02	0,02	-0,02	0,00
BE	0,22	0,11	0,17	-0,08	-0,02	0,07	0,05	-0,04	0,00
DE	0,10	0,04	0,10	-0,03	0,02	0,03	0,01	-0,03	0,00
DK	0,23	0,13	0,20	-0,08	-0,01	0,02	0,00	-0,05	0,00
ES	0,19	0,03	0,11	-0,08	-0,01	0,05	0,02	-0,04	0,00
FI	0,09	0,03	0,08	-0,06	-0,01	0,03	0,01	-0,03	0,00
FR	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
GR	-0,01	0,00	-0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
IE	4,87	0,80	2,93	-2,07	-0,02	0,87	0,37	-1,61	0,00
IT	0,11	0,04	0,08	-0,03	0,01	0,02	0,01	-0,03	0,00
LU	1,00	0,81	1,13	0,23	0,55	0,12	0,05	-0,25	0,00
NL	0,14	0,09	0,12	-0,03	-0,01	0,02	0,01	-0,02	0,00
SE	0,38	0,25	0,33	-0,01	0,07	0,05	0,03	-0,06	0,00
UK	1,28	0,50	0,89	-0,28	0,10	0,21	0,11	-0,29	0,00
CZ	-0,08	-0,07	-0,11	0,01	-0,03	-0,02	0,00	0,03	0,00
EE	-0,21	-0,09	-0,19	0,12	0,02	-0,04	0,00	0,06	0,00
HU	-0,44	-0,34	-0,49	0,10	-0,04	-0,04	0,00	0,11	0,00
LT	-1,14	-0,55	-1,15	0,61	-0,01	-0,32	-0,01	0,31	0,00
LV	-0,43	-0,26	-0,46	0,17	-0,03	-0,09	0,00	0,12	0,00
PL	-1,77	-0,88	-1,94	0,90	-0,18	-0,59	0,03	0,43	0,00
SI	0,26	0,15	0,21	-0,10	-0,05	0,02	0,00	-0,04	0,00
SK	-1,34	-0,53	-1,51	0,82	-0,18	-0,55	0,00	0,43	0,00
EU 15 ¹⁾	0,36	0,13	0,26	-0,09	0,03	0,06	0,02	-0,09	0,00
NMS 8	-1,16	-0,52	-1,10	0,65	0,05	-0,42	-0,02	0,25	0,00
Insgesamt	0,11	0,11	0,20	0,11	0,20	-0,03	0,00	-0,07	0,00

Q: Baas et al. (2009) – NMS: Neue Mitgliedstaaten. – ¹⁾ Ohne Portugal.

Diese Wohlfahrtsgewinne der Wanderung verteilen sich allerdings relativ ungleichmäßig auf die einzelnen EU-Staaten. Insbesondere verzeichneten jene Länder, die einen substantiellen Anteil der Zuwanderung erhielten (also Irland und Großbritannien), auch die höchsten Zuwächse des BIP (Irland +0,8%, Großbritannien +0,5%) aber gleichzeitig auch Rückgänge beim BIP pro Kopf (Irland -2,1%, Großbritannien -0,3%) und den Löhnen (Irland -1,6%, Großbritannien -0,3%) während die Arbeitslosigkeit (in Irland um 0,9 und in Großbritannien um 0,2 Prozentpunkte) stieg. Länder mit einer hohen Abwanderung (wie zum Beispiel Polen und die Slowakei) verzeichneten hingegen Rückgänge beim BIP (Polen -0,9%, Slowakei -0,5%)

aber Zuwächse bei Löhnen (Polen und Slowakei jeweils 0,4%) und sinkende Arbeitslosenquoten (Polen und Slowakei jeweils -0,6 Prozentpunkte).

Übersicht 2.4: Prognosen des Zuwachses der Bevölkerung aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei in den EU 15-Ländern 2008-2020

	Tschechien	Ungarn	Slowakei	CENTROPE	NMS 8
<i>Unter derzeitigen Bedingungen</i>					
2007	26.824	12.846	11.392	51.062	311.498
2008	13.084	16.607	25.671	55.362	237.289
2009	11.729	14.959	24.050	50.738	219.935
2010	10.446	13.397	22.506	46.349	203.433
2011	9.230	11.917	21.035	42.182	187.747
2012	8.079	10.515	19.635	38.229	172.841
2013	6.990	9.188	18.302	34.480	158.681
2014	5.960	7.932	17.034	30.926	145.233
2015	4.985	6.744	15.827	27.556	132.466
2016	4.065	5.621	14.679	24.365	120.350
2017	3.196	4.560	13.587	21.343	108.857
2018	2.376	3.559	12.549	18.484	97.957
2019	1.603	2.614	11.563	15.780	87.626
2020	874	1.723	10.626	13.223	77.837
<i>Bei Freizügigkeit ab 2008</i>					
2007	26.824	12.846	11.392	51.062	311.498
2008	29.495	34.210	22.369	86.074	280.060
2009	27.669	32.077	21.015	80.761	262.768
2010	25.930	30.455	19.725	76.110	516.701
2011	24.272	28.110	18.495	70.877	230.595
2012	22.694	26.267	17.324	66.285	215.645
2013	21.191	24.513	16.208	61.912	201.408
2014	19.761	22.843	15.146	57.750	187.855
2015	18.399	21.253	14.134	53.786	174.956
2016	17.103	19.741	13.171	50.015	162.681
2017	15.871	18.303	12.254	46.428	151.004
2018	14.699	16.935	11.382	43.016	139.898
2019	13.584	15.635	10.553	39.772	129.339
2020	12.526	14.399	9.765	36.690	119.304

Q: Brücker – Damelang - Wolf (2009). – NMS 8 = Neue EU-Mitgliedstaaten = Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Schlussendlich prognostizieren Brücker *et al.* (2009) auch das noch bestehende Migrationspotential aus den neuen Mitgliedstaaten der EU, wobei hier zwei Szenarien unterstellt werden. Im ersten wird davon ausgegangen, dass die institutionellen Regelungen des Jahres 2008 beibehalten werden, während im zweiten eine sofortige Einführung der vollständigen Frei-

zügigkeit (im Jahr 2008) in allen Ländern der EU 15 unterstellt wird. Wie aus Übersicht 2.4 ersichtlich geht diese Studie davon aus, dass auch weiterhin Migrationspotentiale aus den neuen Mitgliedstaaten bestehen. Im ersten Szenario, also bei einem Fortführen der institutionellen Regelungen des Jahres 2008, könnten am Anfang der Prognoseperiode (2008) rund 237.000 Personen aus den NMS-8 in die gesamte EU zuwandern. Diese Zahl geht dann in den Folgeperioden zurück und würde 2020 bei rund 78.000 Personen liegen. Im zweiten Szenario, also bei vollständiger Freizügigkeit, läge die Zuwanderung aus den NMS 8 in die gesamte EU hingegen im ersten Jahr bei 280.000 Personen und würde am Ende der Periode bei rund 119.000 Personen liegen. Über den gesamten Prognosezeitraum kämen in diesem zweiten Szenario somit 500.000 mehr MigrantInnen in die EU als im ersten Szenario.¹⁸⁾

¹⁸⁾ Allerdings liegen die 95% Konfidenzintervalle für diese Schätzungen, laut *Brücker - Damelang - Wolf (2009)* bei +/- einem Drittel. Dies bedeutet dass möglicherweise auch bis zu einem Drittel weniger oder mehr MigrantInnen erwartet werden könnten.

3. Wirtschaftliche Entwicklung 2000 bis 2008 im Vergleich

3.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und der CENTROPE-Länder 2000 - 2008

Insgesamt scheint daher die EU-Erweiterung allenfalls in Großbritannien und Irland und einigen der bedeutenderen Sendeländern (die Baltischen Staaten, Slowakei und Polen) zu deutlichen makro-ökonomischen Effekten geführt zu haben. Aber selbst in Studien, die hier signifikante Effekte feststellten, sind diese zumeist gering, sodass es weder in den neuen noch in den alten EU-Mitgliedsländern zu starken Verwerfungen am Arbeitsmarkt aber auch zu keinen exorbitanten Gewinnen gekommen ist. Dies war angesichts der Übergangsfristen in den meisten Bereichen, in denen es zu substantiellen Änderungen hätte kommen können, allerdings auch zu erwarten. Trotzdem ist es, gerade vor dem Hintergrund der Erwartungen, dass die CENTROPE-Region zu den von der Erweiterung am stärksten betroffenen Regionen Europas gehören würde, interessant zu fragen, inwiefern es hier seit der Erweiterung sichtbare Impulse auf Wertschöpfungs- und Beschäftigungswachstum gab, und ob es in diesem Zeitraum in Teilregionen von CENTROPE zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt kam.

Betrachtet man hierzu zunächst die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes der CENTROPE-Länder (Österreich, Slowakei, Tschechien und Ungarn), so blieben die grundlegenden Muster in den letzten Jahren weitgehend unverändert. Nach wie vor ist die CENTROPE zweigeteilt in einen reicheren, aber langsamer wachsenden österreichischen, und einen ärmeren, aber deutlich rascher wachsenden Teil in den neuen EU-Mitgliedsländern (*Palme - Feldkircher, 2005*). Laut neuest verfügbaren Zahlen von Eurostat aus dem Jahr 2008 lag das Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten pro Einwohner, welches als Annäherung an den Lebensstandard beziehungsweise das Entwicklungsniveau eines Landes interpretiert werden kann, in Österreich bei 123,2% des Durchschnitts der EU 27, in den neuen EU-Mitgliedsländern Zentraleuropas aber bei zwischen 62,8% (Ungarn) und 80,1% (Tschechien). Insgesamt liegen dabei Ungarn und die Slowakei hinsichtlich des Entwicklungsniveaus etwas unter dem Durchschnitt aller neuen EU-Mitgliedsländer, während die Tschechische Republik darüber liegt (Übersicht 3.1).

Diese Unterschiede im Entwicklungsniveau spiegeln sich dabei auch in einer Vielzahl von anderen Indikatoren. So lagen laut *Palme - Feldkircher (2006)* in den neuen EU-Mitgliedstaaten Zentraleuropas sowohl die Löhne als auch die Produktivität deutlich unter dem österreichischen Niveau. Das Lohnniveau in den meisten neuen EU-Mitgliedstaaten lag im Jahr 2004 zwischen einem Viertel (Ungarn) und einem Fünftel (Tschechien und Slowakei) und die Produktivität zwischen der Hälfte und 70% des österreichischen Niveaus, sodass in diesen Ländern, trotz eines Aufholprozesses in den letzten zehn Jahren, die Lohnstückkosten mit zwischen 40% (Tschechien und Ungarn) und 30% (Slowakei) des österreichischen Niveaus immer noch deutlich geringer sind als in Österreich.

Allerdings zeigen *Palme - Feldkircher (2006)*, dass es in den Ländern Zentraleuropas auch durchaus einige gemeinsame Probleme gibt. So weisen zum Beispiel alle Länder dieser Region nach wie vor einen deutlichen Modernisierungsbedarf bei der Infrastruktur auf, haben einen im Vergleich zur EU nur geringen Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss und weisen einen nur geringen Anteil der F&E Ausgaben in % des BIP auf, wobei hier die neuen EU-Mitgliedstaaten mit F&E Anteilen am BIP deutlich hinter Österreich liegen.

Übersicht 3.1: Wohlstand in Zentraleuropa

	2008	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Kaufkraftparitäten)		zu laufenden Preisen	
		2008	EU 27=100	Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2000/2008	Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2000/2008
Österreich	30.900	123,2	+ 2,7	+ 3,9	
Tschechien	20.100	80,1	+ 5,6	+11,6	
Slowakei	18.000	71,9	+ 8,3	+14,5	
Ungarn	15.700	62,8	+ 5,2	+ 9,4	
EU 15	27.800	110,8	+ 3,0	+ 3,5	
EU 25	25.900	103,5	+ 3,3	+ 3,8	
EU 27	25.100	100,0	+ 3,5	+ 3,9	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3.1.1 Wirtschaftswachstum 2004 - 2008

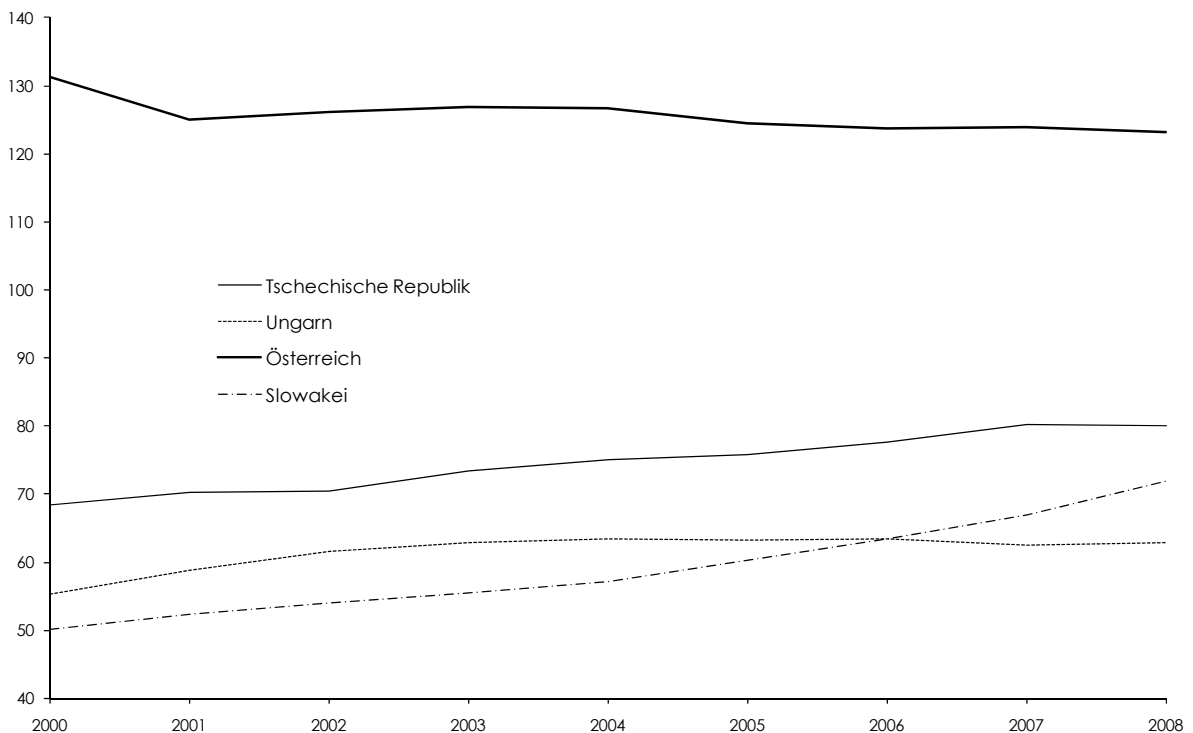
Die neuen EU-Mitgliedsländer der CENTROPE wiesen aber auch ein langfristig deutlich höheres Wachstum auf als Österreich. In Österreich wuchs die reale Bruttowertschöpfung im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 um 2,7%, in den neuen EU-Mitgliedsländern Zentraleuropas um zwischen 5,2% (Ungarn) und 8,3% (Slowakei). Die neuen EU-Mitgliedsländer unterliegen damit bereits das gesamte letzte Jahrzehnt einem Aufholprozess gegenüber dem EU-Durchschnitt. Dieser hat sich dabei auch in den Jahren seit dem EU-Beitritt in den meisten Ländern fortgesetzt. In den Jahren 2004 bis 2008 schrumpfte der Abstand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu Kaufkraftparitäten zum EU-Durchschnitt in Tschechien um 5 Prozentpunkte, und in der Slowakei um 14 Prozentpunkte. Nur in Ungarn, welches sich aufgrund der angespannten Finanzierungslage des öffentlichen Sektors in diesem Zeitraum in einer Rezession befand, erhöhte sich dieser Abstand um 0,6 Prozentpunkte.

In den Jahren 2004 bis 2006 profitierten die neuen Mitgliedstaaten der EU mit Ausnahme Ungarns, wo die Sparmaßnahmen der Regierung das Wachstum bremsten, ebenso wie Österreich dabei von der gebesserten Konjunkturlage in der Europäischen Union. Die österreichische Wirtschaft wuchs in diesen Jahren um zwischen 2,5% (2004) und 3,5% (2006) nachdem sie in den beiden Jahren davor noch um etwa 1% gewachsen war. Ähnlich beschleunigte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum – von einem deutlich höheren Niveau ausgehend – auch in den neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE. In Tschechien betrug das reale Wachstum 2004 noch 4,6% während es in den beiden Folgejahren auf über 6% anstieg. In der Slowakei

betrug der Zuwachs 2004 noch 5,4% 2006 aber bereits 8,3%. Nur in Ungarn, kam es in den Jahren 2005 und 2006 zu keiner Wachstumsbeschleunigung. Die realen Wachstumsraten lagen hier bei 4,1% (2005) und 3,9% (2006). In Summe wuchsen die CENTROPE-Länder damit über den gesamten Zeitraum 2004 (um rund 2 Prozentpunkte jährlich) rascher als die EU25 insgesamt.

Abbildung 3.1: Entwicklung der neuen EU-Mitgliedstaaten Zentraleuropas

BIP je Einwohner zu KKP, EU 27=100



Q: Eurostat.

Die Ursachen für diese Wachstumsbeschleunigung ab dem Jahr 2004 waren dabei zum einen ein stabiler Konsum, der vor allem in Österreich aber auch in Ungarn und der Slowakischen Republik zu den rasch wachsenden Komponenten des BIP gehörte, und zum anderen eine deutliche Verbesserung der Handelsbilanz, die vor allem in Österreich, Tschechien und Ungarn in diesen Jahren einen positiven Wachstumsbeitrag lieferte, nachdem ihr Beitrag in den Vorjahren zumeist noch negativ war. In der Slowakei wurde die Dynamik darüber hinaus noch durch ausgesprochen lebhaftes Investitionsaktivitäten der Unternehmen getrieben. Insgesamt wurde somit das Wachstum in diesen Jahren in den meisten CENTROPE-Ländern vor allem vom Konsum und der steigenden Exportnachfrage getrieben.

Übersicht 3.2: BIP-Wachstum und Arbeitslosigkeit in den CENTROPE Ländern 2004 - 2008 und Prognosen 2009 - 2011

	2004	2005	2006	2007	2008	IV. Qu. 2008	2009 ¹⁾	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾
BIP-Wachstum, real									
Slowakei	+5,4	+6	+8,3	+10,4	+6,4	+2,5	-2,0	±0,0	+1,0
Tschechien	+4,6	+6,5	+6,4	+6,0	+3,2	+0,2	-1,5	1,0	+3,0
Ungarn	+4,8	+4,1	+3,9	+1,1	+0,5	-2,3	-6,0	-2,0	-3,0
Österreich	+2,5	+2,5	+3,5	+3,5	+2,0	-0,3	-3,4	+1,0	.
EU 15	.	.	.	+2,7	+0,7	-1,9	-4,0	-0,1	.
EU 27	.	.	.	+3,1	+1,1	-1,5	-3,8	±0,0	.
Arbeitslosenquote ²⁾									
Slowakei	18,1	16,3	13,4	11,1	9,5	.	11,0	12,0	12,0
Tschechien	8,3	7,9	7,1	5,3	4,4	.	7,0	6,0	5,5
Ungarn	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	.	9,5	9,5	9,0
Österreich	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	.	5,3	5,8	.
EU 15	8,3	8,2	7,8	7,0	7,1	.	9,5	11,1	.
EU 27	9,2	8,9	8,2	7,2	7,0	.	9,1	10,9	.

Q: WIFO, WIIW. - ¹⁾ Prognosen. ²⁾ Nach EU-Methode.

Diese Struktur der Wachstumskomponenten und die Tatsache, dass der Großteil der Verbesserung der Handelsbilanz in den CENTROPE-Staaten aus dem Exportwachstum in Länder außerhalb der EU entstand, legen den Schluss nahe, dass es sich bei dieser Wachstumsbeschleunigung allerdings nicht um einen unmittelbaren Beitrittsseffekt, sondern vielmehr um eine Auswirkung der generell besseren Lage der Weltwirtschaft handelte. Der unmittelbarste Effekt des Beitritts war die Umstrukturierung der Staatsfinanzen in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Durch den EU-Beitritt entfielen die Zolleinnahmen und es entstanden auch Zahlungen an den EU-Haushalt und Ko-finanzierungserfordernisse (Astrov, 2005, 2006). Überdies erhielten die neuen EU-Mitgliedstaaten der CENTROPE in den nächsten Jahren deutlich mehr Mittel aus dem EU-Budget. Diese Änderungen dürften dabei zunächst zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte in den neuen Mitgliedstaaten der EU beigetragen haben. Dementsprechend ging in allen neuen Mitgliedstaaten das Budgetdefizit im Jahr 2004 (zum Teil deutlich) zurück. Über die Jahre wurden diese Verbesserung allerdings nicht aufrecht erhalten: Insgesamt war das Budgetdefizit in den neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE im Jahr 2006 nur in Tschechien (mit 2,4% des BIP) niedriger als noch 2003. In Ungarn hatte das Budgetdefizit hingegen 2006 bereits 9,2% des BIP erreicht nachdem es 2003 noch bei 7,2% gelegen hatte und zwischenzeitlich auf 6,4% abgesunken war.

Auch in der Phase der Hochkonjunktur 2007 bis ins III. Quartal 2008 waren die CENTROPE-Länder durch ein hohes Wachstum geprägt. Mit Ausnahme Ungarns wuchsen alle CENTROPE-Länder rascher als der Durchschnitt der EU 27. Die Slowakei erreichte 2007 ein reales BIP Wachstum von 10,4%, Tschechien wuchs um 6,0% und Österreich verzeichnete ein reales BIP

Wachstum von 3,5%. Einzig Ungarn zeigte mit einem realen BIP Wachstum von +1,1% Anzeichen einer Stagnation. Der Hauptmotor des Wachstums war 2007 und auch in den ersten drei Quartalen 2008 der Außenhandel. Die Exporte stiegen 2007 in der Slowakei um 27,4% und damit am stärksten unter allen CENTROPE-Ländern. Aber auch in Tschechien und Ungarn betrug der Zuwachs durchwegs mehr als 15%, in Österreich 9,6%.

Übersicht 3.3: Außenhandel in den CENTROPE-Ländern

Zollstatistik

		2004	2005	2006	2007	2008	IV. Quartal 2008	I. Quartal 2009
		Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Slowakei	Exporte	+15,5	+ 14,9	+30,0	+27,4	+13,6	- 1,8	- 24,8
	Importe	+20,6	+ 16,0	+28,2	+23,1	+13,4	- 1,8	- 23,3
Tschechien	Exporte	+28,8	+ 13,2	+20,4	+18,2	+11,2	- 8,7	- 28,9
	Importe	+23,0	+ 9,3	+20,7	+16,2	+11,6	- 3,4	- 27,3
Ungarn	Exporte	+17,2	+ 13,3	+18,5	+16,1	+ 5,2	-11,0	- 30,5
	Importe	+15,2	+ 9,9	+16,5	+11,9	+ 5,2	-10,1	- 31,0
Österreich	Exporte	+10,8	+ 5,7	+ 8,2	+ 9,6	+ 3,1	-	-
	Importe	+ 9,5	+ 6,2	+ 6,8	+ 8,9	+ 4,8	-	-

Q: Eurostat, nationale Statistiken, WIIW, WIFO-Berechnungen. – 2008: vorläufige Zahlen, I. Quartal 2009: kumuliert Jänner bis Februar oder März.

Von diesem Anstieg der Exporte profitierten 2007 vor allem die Sachgüterproduzenten, was sich auch in sehr hohen Wachstumsraten der Industrieproduktion äußert. So wuchs die reale Industrieproduktion der Slowakei 2007 um 13,2%, jene Tschechiens um 9,0%, die Österreichs um 7,3% und selbst in Ungarn, wo das BIP deutlich langsamer wuchs, lag der Zuwachs in der Industrieproduktion bei 8,2%.

Übersicht 3.4: Industrieproduktion in den CENTROPE Ländern

		2004	2005	2006	2007	2008	IV. Quartal 2008	I. Quartal 2009
		Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Slowakei		+ 4,2	+ 3,6	+ 9,8	+13,2	+ 1,3	- 8,1	- 29,6
Tschechien		+ 9,6	+ 6,7	+ 11,1	+ 9,0	+ 0,4	- 13,2	- 23,1
Ungarn		+ 7,4	+ 6,9	+ 10,0	+ 8,2	- 1,1	- 12,8	- 26,1
Österreich		+ 3,0	+ 4,6	+ 9,0	+ 7,3	+ 3,9	- 12,5	- 14,6

Q: Eurostat, nationale Statistiken, WIIW, WIFO-Berechnungen. – 2008: vorläufige Zahlen, I. Quartal 2009: kumuliert Jänner bis Februar oder März.

Seit dem IV. Quartal 2008, spätestens aber mit dem I. Quartal 2009 wurden die CENTROPE-Länder allerdings von der internationalen Wirtschaftskrise erfasst. Der "sudden Stop" der internationalen Kapitalflüsse betraf dabei insbesondere die neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE,

weil ihre Investitionen (und zum Teil auch ihr privater Konsum) zu einem beträchtlichen Teil durch Kapitalimporte finanziert waren, und weil diese Länder – stärker als Österreich – von den Investitionen des ausländischen Kapitals abhängig waren. Dazu kommt noch, dass diese Länder – ebenso wie Österreich – als kleine offene Volkswirtschaften stärker von den Exporten abhängig sind. Sie waren daher stärker vom Einbruch des Welthandels im ersten Halbjahr 2009 betroffen, und spüren auch stärker als andere Länder, den Versuch internationaler Investoren sich im Zuge der Neubewertung von Länderrisiken in "sichere Häfen" zurückzuziehen (*Astanov - Pöschl (2009)* für eine Darstellung der spezifischen Problemlagen der MOEL in der Weltwirtschaftskrise).

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Wirtschaften der CENTROPE-Region waren dabei durchaus dramatisch. Bereits im IV. Quartal 2008 und noch stärker im I. Quartal 2009 kam es in den meisten Ländern der CENTROPE – so wie in der Weltwirtschaft – zu einem deutlichen Rückgang des Außenhandels, wobei die Rückgänge bei den Exporten im I. Quartal 2009 in Ungarn ein Maximum von –30,5% gegenüber dem Vorjahr erreichten und in keinem der CENTROPE-Länder unter 20% lagen. Ähnlich sank die Industrieproduktion im I. Quartal 2009 um durchwegs mehr als 20% und erreichte in der Slowakei ein Minus von 29,6%. Überdies fiel das Bruttoinlandsprodukt bereits im IV. Quartal 2008 in Ungarn um –2,3%, während es in den anderen CENTROPE-Ländern deutlich langsamer wuchs als noch 2007.

Vor dem Hintergrund dieser raschen Abkühlung des Wirtschaftswachstums erscheinen dabei die Jahresergebnisse des Jahres 2008, noch relativ gut. Die Zuwachsraten beim BIP lagen hier (aufgrund der starken ersten drei Quartale) sowohl in der Slowakei (+6,4%) als auch in Tschechien (+3,2%) und auch Österreich (+1,8%) noch höher als in den Jahren 2000 und 2001, und auch in Ungarn (+0,5%) war noch ein moderater Anstieg des Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen.

Für die Zukunft sind die Prognosen für das Wirtschaftswachstum dieser Länder aufgrund der hohen Auslandsverschuldung des privaten und öffentlichen Sektors, sowie aufgrund der geringen Spielräume der öffentlichen Hand zur Gestaltung von Konjunkturpaketen, aber eher pessimistisch. So prognostizierte zum Beispiel das WIIW im Mai 2009 (*Astrov - Pöschl, 2009*) einen Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes für 2009 von –6% in Ungarn, –2% in der Slowakei und –1,5% in Tschechien und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung geht in seiner Septemberprognose von einem Schrumpfen der wirtschaftlichen Leistung Österreichs von –3,4% aus. Nächstes Jahr (2010) sollten die Wirtschaften der neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE im Wesentlichen stagnieren (wobei in Ungarn ein weiterer Rückgang des BIP erwartet wird, während in Tschechien ein positives Wachstum prognostiziert wird), während für Österreich von einem Anstieg des Wachstums auf 1% ausgegangen wird. Mit einem deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums ist nach diesen Prognosen erst wieder ab dem Jahr 2011 zu rechnen, in dem sowohl Ungarn als auch Tschechien wieder mit ca. 3% wachsen sollten, während für die Slowakei auch 2011 eine Stagnation vorhergesagt wird.

3.1.2 Arbeitsmarktentwicklung

Ähnlich wie beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bestehen auch hinsichtlich der Probleme am Arbeitsmarkt (Abbildungen 3.2 und 3.3) persistente Länderunterschiede zwischen den CENTROPE-Ländern aber auch einige gemeinsame Problemlagen. Insgesamt erweisen sich dabei die Länder Zentraleuropas – mit Ausnahme der Slowakei und seit 2007 auch Ungarns – als Länder mit einer im Vergleich zum Durchschnitt der EU 27 unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote, in denen (zumindest bis zum Jahr 2004) sowohl die Arbeitslosenquote der Jugendlichen als auch der Männer und Frauen unter dem EU-Durchschnitt lagen. Die wichtige Ausnahme in der Region ist dabei die Slowakei. Hier liegt die Arbeitslosenquote trotz des spektakulären Rückganges um 9,7 Prozentpunkte, seit dem Höchststand im Jahr 2001, noch immer bei 9,6%. Außerdem liegen in der Slowakei die Beschäftigungsquoten aller in Abbildung 3.3 analysierten Gruppen unter dem Durchschnitt der EU 27, sodass dieses Land – trotz eines enormen Aufholprozesses in den letzten Jahren – immer noch als jenes mit den größten beschäftigungspolitischen Problemen in Zentraleuropa angesehen werden muss.¹⁹⁾

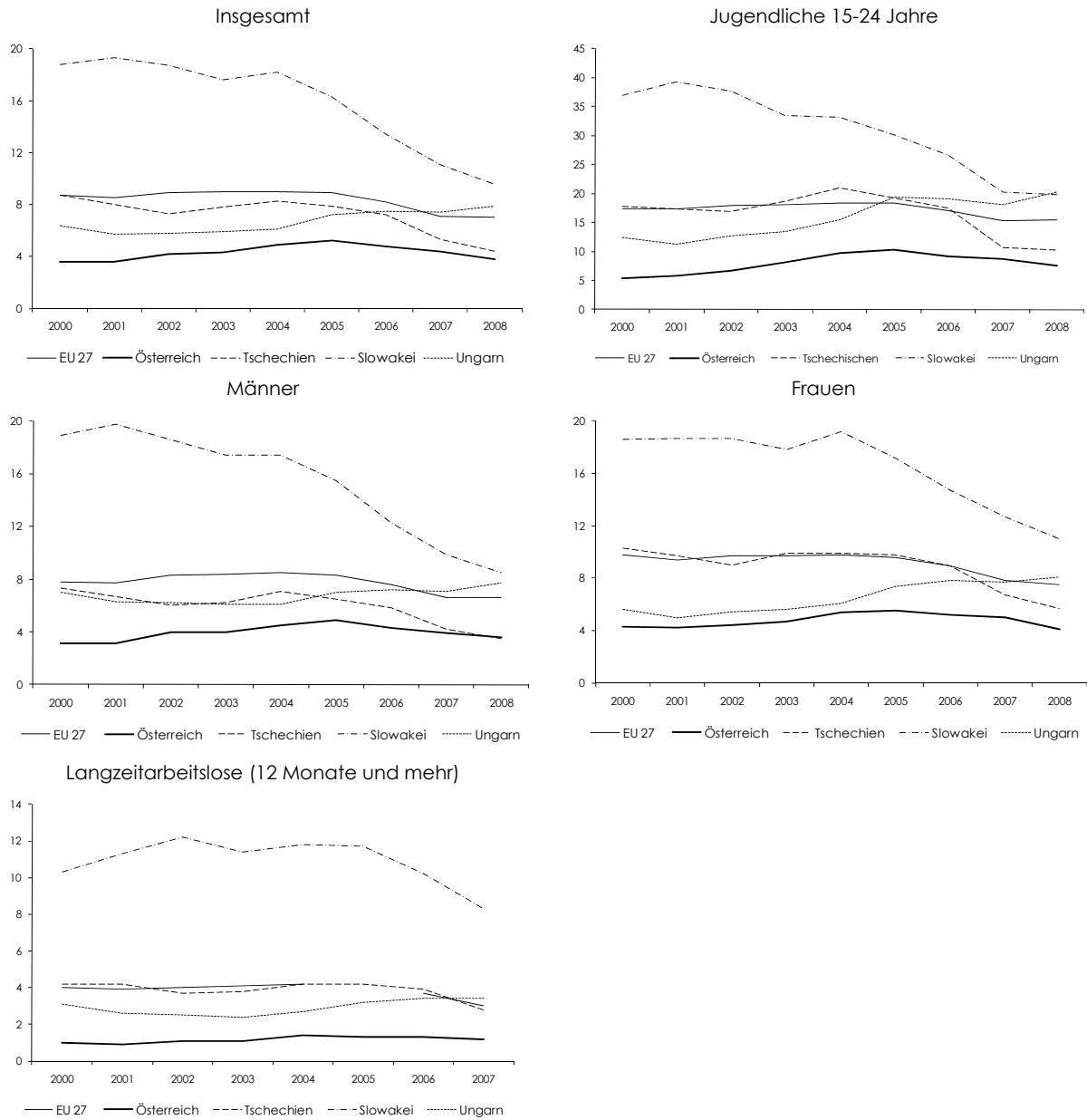
Eine genauere Betrachtung zeigt aber auch, dass die geringe Arbeitslosenquote in Ungarn vor allem der geringen Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung geschuldet ist, denn dort liegt auch die Beschäftigungsquote (ebenso wie in der Slowakei) deutlich unter dem Durchschnitt der EU. Insgesamt sticht dabei Ungarn, wo die makro-ökonomische Situation in den letzten Jahren besonders angespannt war, als das Land mit der schlechtesten Arbeitsmarktentwicklung hervor.

Ein gemeinsames Problem aller zentraleuropäischen Länder ist dabei die geringe Beschäftigungsquote der Älteren (über 55-Jährigen). Diese liegt, trotz eines deutlichen Anstiegs in den letzten 5 Jahren, in allen Ländern (außer Tschechien) deutlich unter dem Durchschnitt der EU 27. Am niedrigsten ist die Beschäftigungsquote der Älteren (mit 33,1%) dabei in Ungarn, wo sie im letzten Jahr auch um 0,5 Prozentpunkte zurückging. Am höchsten war sie hingegen in der Tschechischen Republik (mit 46,0%).

¹⁹⁾ Als Ursachen für diese Probleme werden dabei in der Literatur eine Vielzahl von Gründen genannt. So wurde die Slowakei im Gegensatz zu Tschechien erst im Sozialismus industrialisiert. Dies führte dazu, dass die Transformationsprobleme in der Slowakei deutlich stärker ausgeprägt waren als in vielen anderen neuen EU-Mitgliedsländern (Smith, 1998). Überdies setzte der industrielle Strukturwandel in der Slowakei auch erst später ein als in anderen Ländern. Schlussendlich mögen auch wirtschaftsgeographische Gründe ausschlaggebend sein, da sich die arbeitsmarktpolitischen Probleme besonders in der Ostslowakei konzentrieren.

Abbildung 3.2: Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000 bis 2008 (2007)

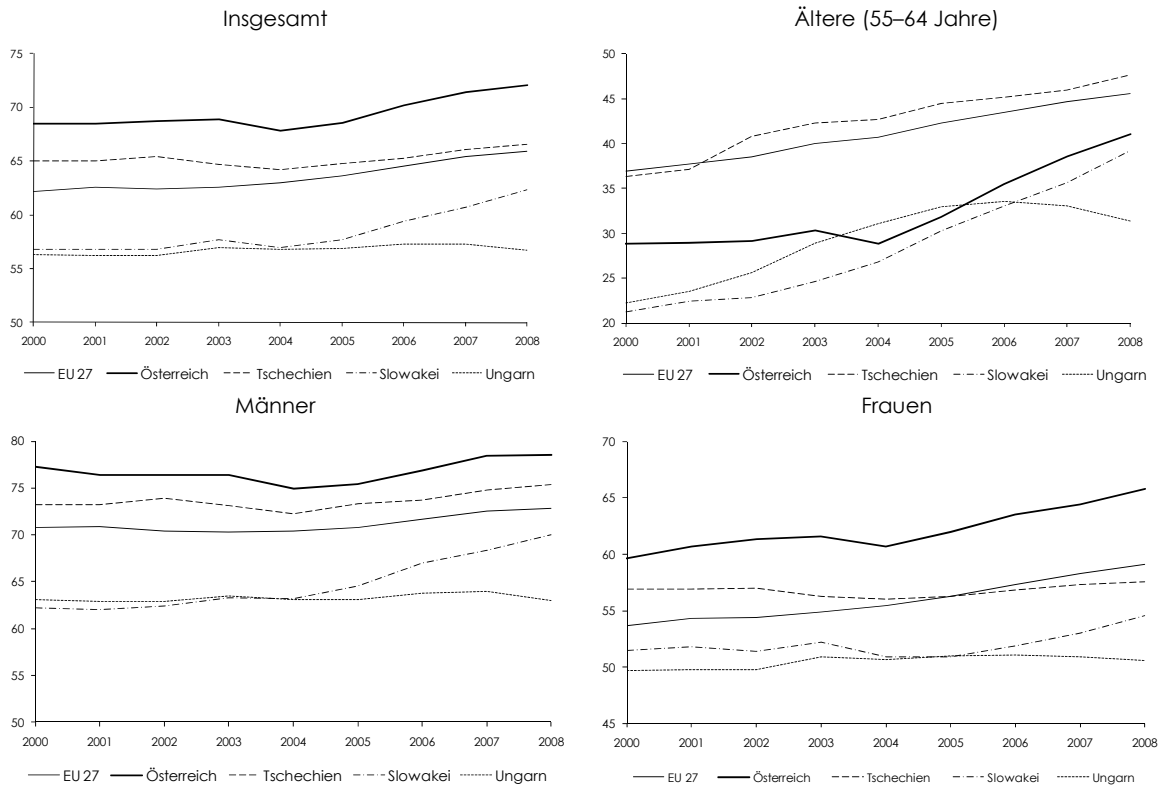
Arbeitslose in % der Erwerbspersonen



Q: EUROSTAT. – Anmerkungen: Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Abbildung 3.3: Beschäftigungsquoten nach EU-Definition in den CENTROPE-Ländern 2000-2008

Erwerbstätige in % der Bevölkerung, 15-64 Jahre



Q: EUROSTAT. – Anmerkungen: Zahlen für Österreich 2004 aufgrund geänderter Stichprobe des LFS nur bedingt vergleichbar. Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbsszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Ein weiteres gemeinsames Problem stellt der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit dar, der in den meisten Ländern der CENTROPE-Region erst mit dem konjunkturellen Aufschwung 2006 gebremst werden konnte (Abbildung 2.2). Insbesondere in Ungarn und Österreich lag die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2006 immer noch über jener des Jahres 2000, obwohl sie im Durchschnitt der EU 27 – vor allem in den Hochkonjunkturjahren seit 2006 deutlich zurück ging. Am deutlichsten war dieser Anstieg dabei in Ungarn, wo die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen seit 2002 um 7,6 Prozentpunkte (von 12,7% auf 20,3%) angestiegen ist. Aber auch in Österreich war der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zumindest vor den Hochkonjunkturjahren 2006 bis 2008 durchaus beachtlich, während die Jugendarbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik in den Jahren seit der Erweiterung deutlich zurück ging und 2008 bei 10,2% lag.

Eine genauere Betrachtung zeigt aber auch, dass die geringe Arbeitslosenquote in Ungarn vor allem der geringen Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung geschuldet ist, denn dort liegt

auch die Beschäftigungsquote (ebenso wie in der Slowakei) deutlich unter dem Durchschnitt der EU. Insgesamt sticht dabei Ungarn, wo die makro-ökonomische Situation in den letzten Jahren besonders angespannt war, als das Land mit der schlechtesten Arbeitsmarktentwicklung hervor.

Ein gemeinsames Problem aller zentraleuropäischen Länder ist dabei die geringe Beschäftigungsquote der Älteren (über 55-Jährigen). Diese liegt, trotz eines deutlichen Anstiegs in den letzten 5 Jahren, in allen Ländern (außer Tschechien) deutlich unter dem Durchschnitt der EU 27. Am niedrigsten ist die Beschäftigungsquote der Älteren (mit 33,1%) dabei in Ungarn, wo sie im letzten Jahr auch um 0,5 Prozentpunkte zurückging. Am höchsten war sie hingegen in der Tschechischen Republik (mit 46,0%).

Ein weiteres gemeinsames Problem stellt der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit dar, der in den meisten Ländern der CENTROPE-Region erst mit dem konjunkturellen Aufschwung 2006 gebremst werden konnte (Abbildung 3.2). Insbesondere in Ungarn und Österreich lag die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2006 immer noch über jener des Jahres 2000, obwohl sie im Durchschnitt der EU 27 – vor allem in den Hochkonjunkturjahren seit 2006 – deutlich zurückging. Am deutlichsten war dieser Anstieg dabei in Ungarn, wo die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen seit 2002 um 7,6 Prozentpunkte (von 12,7% auf 20,3%) angestiegen ist. Aber auch in Österreich war der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zumindest vor den Hochkonjunkturjahren 2006 bis 2008 durchaus beachtlich, während die Jugendarbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik in den Jahren seit der Erweiterung deutlich zurückging und 2008 bei 10,2% lag.

Überdies ist in den neuen EU-Mitgliedstaaten bezogen auf die geringe Arbeitslosenquote auch die Langzeitarbeitslosigkeit hoch. Im Gegensatz zu Österreich, wo die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich unter dem EU 27-Durchschnitt liegt, ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik und vor allem in der Slowakei deutlich höher als im Durchschnitt der EU. In Ungarn kam es überdies in den Jahren seit 2004 zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der EU 27.²⁰⁾ Dieser hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit in den zentraleuropäischen neuen EU-Mitgliedstaaten spiegelt dabei den tiefen Strukturwandel, den diese Länder in den letzten eineinhalb Jahrzehnten erfuhren. Dieser führte zu einer massiven Dequalifizierung insbesondere der traditionellen Industriearbeiterschaft und einem steigenden Mismatch zwischen den am Arbeitsmarkt nachgefragten Arbeitskräften und dem Arbeitskräfteangebot und erhöhte somit die Langzeitarbeitslosigkeit.

Ein auffallendes Charakteristikum ist außerdem die hohe Persistenz dieser Indikatoren. Länder, die im Jahr 2000 Hocharbeitslosigkeitsländer waren, sind dies meistens auch 2006, und Länder, mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit im Jahr 2000, lagen zumeist auch 2006 noch unter dem EU-Durchschnitt. Dies deutet darauf hin, dass die Unterschiede in der

²⁰⁾ Dies ist allerdings auch auf institutionelle Unterschiede zurückzuführen. Insbesondere ist das Arbeitslosengeld in Ungarn besonders restriktiv geregelt, was dazu führen dürfte, dass hier besonders viele Arbeitslose entmutigt und oder marginalisiert sind und daher die tatsächliche Zahl der Langzeitarbeitslosen nach unten verzerrt ist.

Arbeitsmarktlage in den Ländern Zentraleuropas zu einem großen Teil auf langfristige institutionell oder strukturell bedingte Faktoren zurückzuführen sind. Insgesamt sind die Arbeitsmärkte der neuen EU-Mitgliedstaaten daher durch eine ähnlich hohe Persistenz gekennzeichnet, wie jene der EU insgesamt (Huber, 2005).

In den letzten Jahren kam es allerdings zu etwas deutlicheren Verschiebungen der Arbeitsmarktentwicklung. Die konjunkturell guten Jahre seit 2006 trugen dabei zu einer deutlichen Entlastung der Arbeitsmärkte aller Länder bei. Nur in Ungarn stiegen die Arbeitslosenquoten. Vor allem in der Slowakei kam es aufgrund eines hohen Wachstums und steigender Direktinvestitionen (insbesondere in der Westslowakei) zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote. Ausgehend von einem Höchststand von 19,3% im Jahr 2001 ging die Arbeitslosenquote um 9,6 Prozentpunkte zurück und lag im Jahr 2008 bei 9,7% (siehe Abbildung 3.2). In Tschechien betrug der Rückgang gegenüber dem Jahr 2004 hingegen 3,9 Prozentpunkte. Die seit dem Jahr 2004 insgesamt fallenden Arbeitslosenquoten in den neuen EU-Mitgliedsländern, die zumeist mit einer steigenden Beschäftigung in der Industrie verbunden waren, führten dazu, dass gegen Ende der Hochkonjunkturphase im Jahr 2008 zum einen die Potentiale arbeitssparender Effizienzverbesserungen in diesen Ländern weitgehend ausgeschöpft waren, sodass hohe Wachstumsraten zunehmend nur über den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte möglich waren (Astrov, 2005, 2006). Zum anderen entstand aber auch in diesen Ländern eine deutliche Arbeitskräfteknappheit (insbesondere im höher qualifizierten Bereich), die unter anderem aufgrund der schlechten Bildungsstruktur der Arbeitslosen nur schwer abgedeckt werden konnte.

Während die CENTROPE-Länder mit Ausnahme Ungarns somit in den Jahren seit 2004 aufgrund der guten internationalen Konjunkturlage zumeist deutlich sinkende Arbeitslosenquoten und stark steigende Beschäftigungsquoten aufwiesen, sind die Aussichten für die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung in diesen Ländern – aufgrund der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise – deutlich pessimistischer. In allen CENTROPE-Ländern wird nach den vorliegenden Prognosen die Arbeitslosenquote im Jahr 2009 deutlich steigen, wobei der Zuwachs in einzelnen Ländern (wie zum Beispiel Tschechien) bis zu 3 Prozentpunkte betragen könnte, und auch für das Jahr 2010 ist keine Entlastung am Arbeitsmarkt zu erwarten, da das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr zu gering sein wird, um ein Sinken der Arbeitslosigkeit zu erlauben. Mit einer Entlastung am Arbeitsmarkt ist frühestens im Jahr 2011 zu rechnen.

3.2 Regionale Unterschiede in der CENTROPE-Region

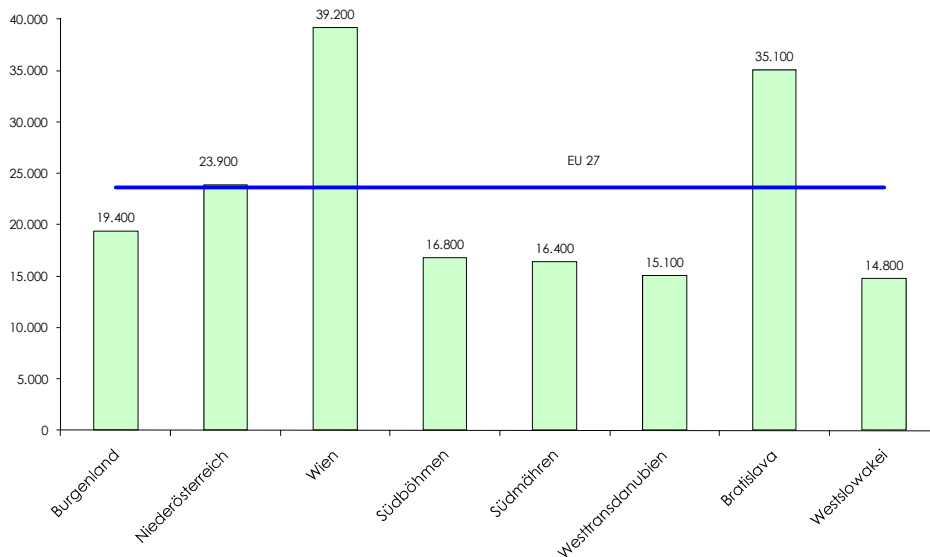
Diese negativen Auswirkungen der Konjunkturkrise werden sicherlich auch für die Regionen der CENTROPE von Bedeutung bleiben. Allerdings handelt es sich bei diesen Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten zumeist um gegenüber dem nationalen Durchschnitt bevorzugte Regionen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Westungarn, welches vor allem aufgrund der guten Standortbedingungen im Komitat Győr-Moson-Sopron – nach Budapest – zu den Regionen mit der höchsten Beschäftigungsquote und der geringsten Arbeitslosigkeit in

Ungarn gehört²¹⁾ und der Westslowakei (inklusive der Stadt Bratislava²²⁾, die trotz höherer Arbeitslosigkeit gegenüber dem Rest des Landes bevorzugt ist.²³⁾ Einzige Ausnahme hierzu sind Teile Südmährens, die aufgrund ihrer stärkeren ländlichen Prägung und eines deutlichen industriellen Strukturwandels über weite Strecken des Transformationsprozesses durch eine im Landesvergleich überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und geringere Beschäftigungsdynamik geprägt waren (Krajasits et al., 2005, Huber - Mayerhofer, 2006).

Allerdings ist die CENTROPE auch in regionaler Betrachtung nach wie vor eine geteilte Region. So ist der österreichische Regionsteil durch einen deutlich höheren Wohlstand geprägt. Überdies wiesen die CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt einen deutlich höheren Sachgüteranteil an der Beschäftigung und Wertschöpfung auf und unterlagen in den letzten Jahren einem dramatischeren sektoralen Strukturwandel als die österreichischen Teilregionen der CENTROPE (siehe Huber - Mayerhofer, 2006).

Abbildung 3.4: BIP pro Kopf in der CENTROPE 2006

Kaufkraftparitäten je Einwohner



Q: Eurostat.

²¹⁾ Während das Komitat Győr vor allem durch die Ansiedlung vieler ausländischer Direktinvestitionen profitierte, sind die südlicheren Komitate Zala und Vas, obwohl sie ebenfalls zu den bevorzugten Regionen Ungarns gehören, durch erhebliche strukturelle Probleme gekennzeichnet und erhielten auch aufgrund der schlechteren Verkehrsanbindung deutlich weniger ausländische Direktinvestitionen (Fritz et al. (2005) und Krajasits et al. (2005)).

²²⁾ Insbesondere die Stadt Bratislava wurde dabei in der Vergangenheit aufgrund ihres raschen Wachstums und guten wirtschaftlichen Entwicklung immer wieder als "Boom town" bezeichnet.

²³⁾ Allerdings zeigen sich am urbanen Arbeitsmarkt der Stadt Bratislava – ähnlich wie in Wien – in den letzten Jahren deutliche Anzeichen einer zunehmenden Segmentierung, durch die wenig flexible und ältere Arbeitskräfte (auch wenn diese oftmals höher qualifiziert sind) zunehmend unter Druck geraten.

So zeigt zum Beispiel eine Betrachtung der Sektoranteile an der Beschäftigung in den NUTS 2-Regionen der CENTROPE (siehe Übersicht 3.5), dass sich die Sektorstruktur der CENTROPE insgesamt von der der EU 27 unterscheidet, es aber auch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen gibt. Für die CENTROPE-Region insgesamt liegt der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung nur um 0,9 Prozentpunkte unter dem der gesamten EU 27 aber der Anteil der Dienstleistungen liegt um über 5 Prozentpunkte darunter, während die Sachgüterproduktion (mit über 5 Prozentpunkten Unterschied) deutlich überrepräsentiert ist. In ihrer Gesamtheit ist die CENTROPE-Region daher deutlich weniger stark tertiärisiert als der Durchschnitt der EU 27.

Diese Unterschiede verschleiern allerdings die tatsächliche Heterogenität der Region. So ist, mit Ausnahme der Stadt Bratislava, der Anteil der Industrie an der Beschäftigung in den CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten deutlich höher als in den österreichischen CENTROPE-Regionen. Unter den österreichischen CENTROPE-Regionen reicht selbst Niederösterreich, welches im österreichischen Kontext als Industrieregion bezeichnet wird, nicht an den Sachgüteranteil der weniger industrialisierten CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten (wie zum Beispiel Westtransdanubien) heran. In den am stärksten industrialisierten Regionen der CENTROPE (wie zum Beispiel der Westslowakei und den tschechischen CENTROPE-Regionen) erreicht der Anteil der Sachgüterproduktion an der Beschäftigung über ein Drittel. Sodass die starke Industrialisierung der CENTROPE, vor allem Resultat der Industrielastigkeit der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten ist.

Übersicht 3.5: Sektoranteile an der Beschäftigung in der CENTROPE-Region (2007)

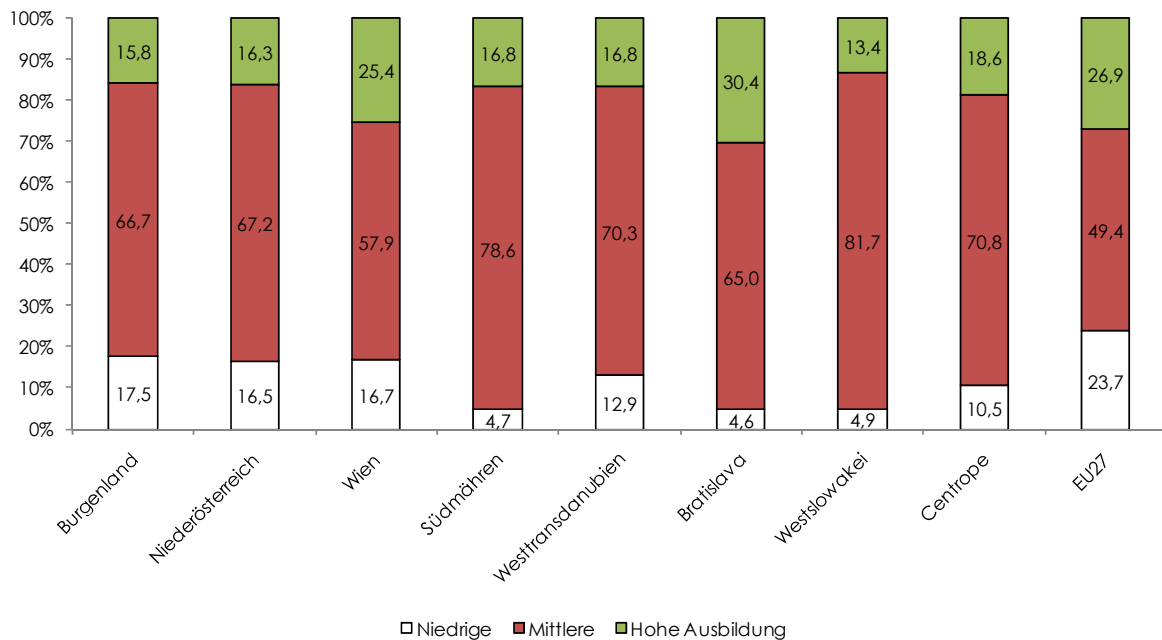
	Landwirtschaft	Sachgütererzeugung	Bauwesen	Handel, Beherbergung, Verkehr	Finanz- und Unternehmensdienste	Öffentliche Dienstleistungen
Burgenland	6,7	16,7	11,1	27,6	10,8	27,1
Niederösterreich	8,3	19,2	8,1	27,3	11,6	25,5
Wien	0,7	12,0	7,1	29,3	20,1	30,8
Südwesten	5,9	33,5	9,5	21,4	7,3	22,4
Südosten	5,4	33,1	9,8	20,4	8,4	22,8
Westtransdanubien	4,3	31,8	7,8	28,8	5,3	22,0
Bratislava	1,3	17,1	6,3	25,8	19,3	30,1
Westslowakei	5,0	33,7	9,3	23,3	6,5	22,1
CENTROPE insgesamt	4,7	25,8	8,6	25,0	10,9	25,0
EU 27	5,6	19,4	8,2	24,6	12,6	29,2

Q: Eurostat, WIFO Berechnungen.

Die Ausnahme zu dieser Regel ist dabei die Hauptstadt Bratislava, die gemeinsam mit der "Schwesterstadt" Wien, einen hohen Anteil der Dienstleistungen an der Beschäftigung (und einen geringen Landwirtschafts- und Sachgüteranteil) aufweist. Allerdings ist hier die Tertiäri-

sierung ebenfalls deutlich weniger stark fortgeschritten als in Wien, wo der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung um gut 5 Prozentpunkte höher liegt.²⁴⁾

Abbildung 3.5: Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE Nuts 2, 2008



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ISCED: niedrige 0-2, mittlere 3-4, hohe Ausbildung 5-6.

Insgesamt kann die CENTROPE damit nicht nur hinsichtlich des Wohlstandsniveaus, sondern auch hinsichtlich struktureller Merkmale als eine geteilte und heterogene Region angesehen werden. Dies bestätigt auch ein Blick auf die Bildungsstruktur der Arbeitskräfte der Region. Insgesamt ist die CENTROPE hier durch einen hohen Anteil an Personen im Mittleren Qualifikationsbereich geprägt, während sowohl der Anteil der Geringqualifizierten und der Hochqualifizierten niedriger ist als im EU-Durchschnitt. Vor allem in den tschechischen und slowakischen CENTROPE-Regionen haben mehr als 2/3 der Arbeitskräfte eine solche mittlere Ausbildung. Der Anteil der Arbeitskräfte mit einer abgeschlossenen tertiären (höheren) Ausbildung ist hingegen in allen CENTROPE-Regionen (mit Ausnahme der Hauptstadt Bratislava) geringer als im EU-Durchschnitt und hohe Anteile an Personen mit einer niedrigen (Pflichtschul-)Ausbildung bestehen nur in den österreichischen CENTROPE-Regionen, obwohl auch hier die Anteile geringer sind als im österreichischen Durchschnitt.²⁵⁾ Die komparativen Vor-

²⁴⁾ Überdies ist auch der Agraranteil in den meisten CENTROPE-Regionen Österreichs etwas höher als in den CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedsländer. Dies allerdings vor allem auf statistische Probleme bei der Erfassung der Beschäftigten in der Landwirtschaft in der österreichischen Arbeitskräfteerhebung (in Bezug auf Mithelfende und Nebenerwerbslandwirtschaften) zu erklären.

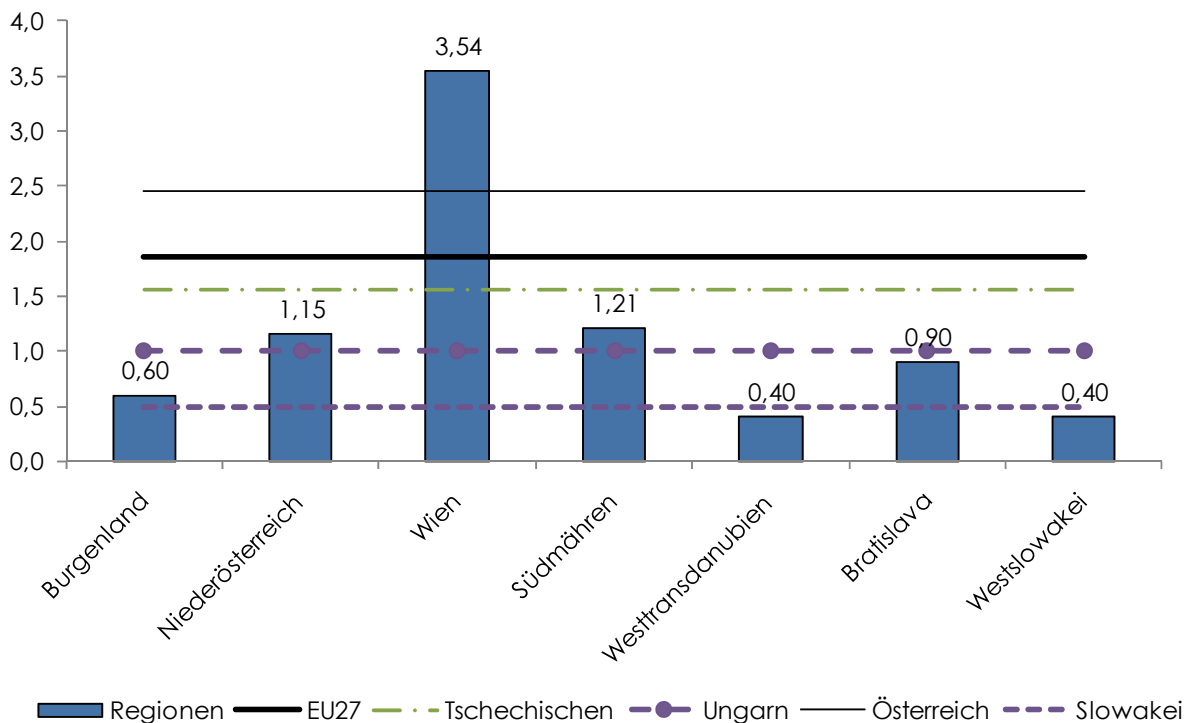
²⁵⁾ Überdies dürfte dieses Ergebnis stark von den nationalen unterschieden in den Bildungsstufen bestimmt sein.

teile der CENTROPE liegen daher in einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft und im medium-skill-Bereich.

Allerdings lassen sich die "Bruchlinien" innerhalb der CENTROPE-Region nicht immer eindeutig an nationalen Grenzen festmachen. So ist die CENTROPE-Region neben der "Ost-West-Bruchlinie" auch durch strukturelle Unterschiede, wie jene zwischen städtischen Regionen (z. B. Wien-Bratislava), Industrieregionen (z. B. der Großteil der CENTROPE-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten) und eher ländlichen-agrarischen Gebieten²⁶⁾ (wie z. B. dem Burgenland) geprägt.²⁷⁾

Abbildung 3.6: F&E-Ausgaben in % des BIP

Nuts 2, 2006



Q: Eurostat.

²⁶⁾ Einschränkung ist hier allerdings festzuhalten, dass der Agraranteil an Wertschöpfung und Beschäftigung in keiner der CENTROPE-Regionen an jenen der am stärksten agrarisch geprägten Gebiete der EU in Ostpolen, Griechenland, Spanien und Portugal heranreicht. Huber - Mayerhofer (2006) sprechen daher von diesen Regionen als Mainstream-Regionen der EU.

²⁷⁾ Auf kleinräumiger Ebene zeigen sich darüber hinaus auch erhebliche Differenzierungen in der Siedlungsstruktur der Regionen. Insbesondere der tschechische Teil der CENTROPE ist durch einen hohen Bevölkerungsanteil geprägt, der in Klein- und Kleinstgemeinden (unter 500 Einwohnern) wohnt. Insgesamt 12,3% der Bevölkerung der tschechischen CENTROPE-Regionen wohnt in solchen kleinen Gemeinden, in Österreich liegt der Anteil bei 0,3% (Krajasits et al., 2005).

Diese Unterschiede führen dazu, dass etwa die Stadt Bratislava ein höheres BIP pro Kopf aufweist als etwa das Burgenland und auch viele andere Indikatoren wie etwa F&E-Quoten²⁸⁾ und Infrastrukturausstattungen und die Bevölkerungsentwicklung²⁹⁾ in den städtischen Regionen der CENTROPE bessere Werte aufweisen als in den ländlichen Gebieten des österreichischen Regionsteils (*Palme - Feldkircher, 2006*).

Insgesamt ist die CENTROPE dabei keine typische Hochtechnologieregion. Unter den CENTROPE-Regionen hat nur Wien einen – im Vergleich zum EU-Durchschnitt – überdurchschnittlichen Anteil der F&E Ausgaben am BIP. Alle anderen NUTS 2-Regionen der CENTROPE (inklusive Bratislava) lagen im Jahr 2006 hingegen zumeist deutlich unter diesem Durchschnitt. Allerdings erweisen sich einige der CENTROPE-Regionen als durchaus konkurrenzfähig, wenn man die Anzahl der angemeldeten Patente und den Anteil der Beschäftigten in High-Tech-Sektoren betrachtet. Aufgrund der industriellen Prägung eines Großteils der Regionen der CENTROPE ist die Zahl der registrierten Patente in einigen der Regionen relativ hoch, und auch der Anteil der High-Tech-Beschäftigten erreicht hier hohe Werte, was das Innovationspotential der Region unterstreicht. Dies trifft insbesondere auf Niederösterreich, wo die Zahl der Patentanmeldungen die Zweithöchste unter allen Regionen ist, und Westtransdanubien, wo der Anteil der High-Tech-Beschäftigten bereits höher ist als in Wien, zu.

Übersicht 3.6: Patentanmeldungen und Beschäftigtenanteil im Hochtechnologiebereich in CENTROPE

Nuts 2, 2006

	Patente	Patente im Hochtechnologiebereich	Beschäftigtenanteil im Hochtechnologiebereich
	Je Mio. Einwohner 2006	Je Mio. Einwohner 2005	In % 2006
Südmähren	3,274	0,152	4,64
Westtransdanubien	1,539	0,330	6,87
Burgenland	37,381	0,899	3,12
Niederösterreich	106,053	9,633	4,31
Wien	106,281	39,503	6,79
Bratislava	10,530	4,209	5,38
Westslowakei	5,118	0,290	4,48

Q: Eurostat.

²⁸⁾ In den neuen EU-Mitgliedstaaten sind dabei die F&E-Aktivitäten stärker auf die großen Städte konzentriert als in Österreich und auch die Bevorzugung der Großstädte bei der Infrastrukturausstattung ist in diesen Ländern stärker als in Österreich (*Huber, 2002, Palme - Feldkircher, 2006*).

²⁹⁾ In der gesamten CENTROPE-Region stieg im letzten Jahrzehnt die Bevölkerung vor allem im Umland der großen Städte und in den wirtschaftlich rasch wachsenden Regionen (z. B. Nordburgenland und Győr-Moson-Sopron). In den tschechischen Regionen aber auch im Mittel- und Südburgenland sowie in den Komitaten Zala und Vas ist die Bevölkerung hingegen gesunken (*Krajasits et al., 2005*).

3.3 Regionale Arbeitsmärkte in den CENTROPE-Regionen

3.3.1 Beschäftigungsentwicklung

Aus struktureller Sicht handelt es sich daher bei der CENTROPE um keine homogene Region. Dies führt auch zu relativ starken Unterschieden in der Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Teilregionen der CENTROPE. Seit dem EU-Beitritt also im Zeitraum 2004 bis 2008 stieg dabei die Beschäftigung in den slowakischen und österreichischen Teilregionen der CENTROPE am raschesten, wobei aufgrund des konjunkturell besonders guten Jahres 2007 diese Zuwachsraten durchwegs bei jährlich durchschnittlich über 2% lagen. In den tschechischen CENTROPE-Regionen wuchs die Beschäftigung (mit jährlich durchschnittlich rund 1,5%) hingegen etwas langsamer und in Westtransdanubien stagnierte sie aufgrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage (Übersicht 3.7).

Übersicht 3.7: Beschäftigungswachstum in der CENTROPE-Region nach Bildung und Geschlecht (2000 - 2008)

	Frauen		Männer		Niedrig qualifiziert		Mittel qualifiziert		Hoch qualifiziert		Insgesamt	
	2000-2004	2004-2008	2000-2004	2004-2008	2000-2004	2004-2008	2000-2004	2004-2008	2000-2004	2004-2008	2000-2004	2004-2008
Burgenland	+0,2	+3,2	-1,0	+2,3	-7,0	+2,1	+1,4	+1,8	+1,1	+7,5	-0,5	+2,7
Niederösterreich	+2,1	+2,6	-0,2	+2,0	-5,9	+4,3	+1,2	+2,6	+6,6	-0,6	+0,8	+2,3
Wien	-1,2	+2,8	-1,7	+2,2	-5,0	+3,7	-2,7	+2,8	+4,4	+0,9	-1,5	+2,4
Südwesten	-0,1	+1,5	±0,0	+1,6	-8,4	+0,8	+0,0	+1,1	+5,7	+4,9	-0,1	+1,6
Südosten	-0,6	+0,8	-0,1	+1,7	-5,4	-5,1	-0,4	+1,2	+2,9	+4,0	-0,3	+1,3
Westtransdanubien	+0,1	-0,2	-0,1	+0,2	-4,9	-4,5	+0,5	+0,8	+3,3	+0,6	±0,0	±0,0
Bratislava	-1,0	+2,7	-0,4	+2,2	-1,4	-1,3	-1,4	+1,9	+1,5	+4,2	-0,6	+2,4
Westslowakei	+1,7	+2,5	+2,3	+3,2	-5,1	-2,9	+2,0	+2,7	+7,2	+6,7	+2,0	+2,9
CENTROPE insgesamt	+0,2	+2,0	±0,0	+2,0	-5,5	+0,8	+0,1	+2,0	+4,4	+2,7	+0,1	+2,0
EU 27	+1,1	+2,1	+0,3	+1,5	+0,8	-0,9	+0,8	+2,2	+4,2	+4,2	+0,6	+1,7

Q: Eurostat, WIFO Berechnungen.

Die Struktur dieser Beschäftigungszuwächse unterschied sich dabei zwischen diesen Regionen recht erheblich. In der österreichischen CENTROPE entstanden die größten Zuwächse der Beschäftigung seit dem Jahr 2004 im niedrig bzw. mittel qualifizierten Bereich und bei den Frauen (siehe Übersicht 3.7). Dies hat wohl auch damit zu tun, dass die Jahre 2004 bis 2008 in Österreich eine Phase des konjunkturellen Aufschwungs nach einer Phase der steigenden Arbeitslosigkeit, von denen Geringqualifizierte und Frauen besonders stark betroffen waren, darstellten. In solchen Aufschwungsphasen ist das Beschäftigungswachstum bei Geringqualifizierten und Frauen üblicherweise höher als bei Hochqualifizierten und Männern, die ihre Arbeitsplätze üblicherweise auch in der Rezession behalten.

Überdies stieg im österreichischen Teil der CENTROPE die Teilzeitbeschäftigung deutlich stärker als die Vollzeitbeschäftigung (siehe Übersicht 3.8), sodass am Ende der Periode (im Jahr 2008) in den österreichischen CENTROPE-Regionen bereits fast ein Fünftel der beschäftigten Männer und Frauen (aber annähernd 30% der Frauen) Teilzeit arbeiteten. In der österreichischen CENTROPE war daher das Beschäftigungswachstum auch mit einer deutlichen Ausweitung der atypischen Beschäftigung verbunden.

Übersicht 3.8: Anteil und Wachstum der Teilzeitbeschäftigung in der CENTROPE-Region (2000 - 2008)

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	Anteile in %	Veränderung in %		Anteile in %	Veränderung in %		Anteile in %	Veränderung in %	
	2008	2000/2004	2004/2008	2008	2000/2004	2004/2008	2008	2000/2004	2004/2008
Burgenland	28,7	+31,8	+2,3	5,2		+18,2	17,4	+31,3	+4,0
Niederösterreich	29,4	+28,3	+6,4	6,6	+31,3	+12,0	18,6	+28,7	+7,2
Wien	26,0	+20,2	+6,5	11,0	+24,3	+14,5	18,8	+21,1	+8,5
Südwesten	8,0	- 1,7	+1,0	2,3	+ 4,0	-1,2	4,8	- 0,2	+0,3
Südosten	9,0	+ 1,6	+2,3	2,5	- 4,8	+5,7	5,4	- 0,1	+3,2
Westtransdanubien	4,9	+ 9,7	-4,6	1,7	+19,5	-7,7	3,1	+12,4	-5,6
Bratislava	4,2	+14,0	-3,6	1,8	.	-4,2	3,0	+15,9	-3,8
Westslowakei	4,0	+11,5	+2,6	1,2	+16,3	-1,6	2,4	+12,9	+1,5
CENTROPE Insgesamt	15,6	+17,3	+4,7	4,3	+18,0	+8,8	9,7	+17,1	+5,6
EU 27	23,7	.	+3,0	7,3	.	+4,3	15,4	.	+3,3

Q: Eurostat, WIFO Berechnungen.

In den CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten wurde das Beschäftigungswachstum hingegen von einem eindeutigen Strukturwandel in Richtung der höher qualifizierten Beschäftigten begleitet. In allen CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten mit Ausnahme des tschechischen Südwestens sank auch in den Jahren 2004 bis 2008 die Beschäftigung der Niedrigqualifizierten, während jene der Hochqualifizierten deutlich stieg. Außerdem waren hier in allen Regionen (mit Ausnahme der Stadt Bratislava) Männer bevorzugt, und die Teilzeitbeschäftigung wuchs nur im tschechischen Südosten stärker als die Gesamtbeschäftigung. Sie blieb auch am Ende der Periode mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von durchwegs weniger als 10% eher unbedeutend. In den CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten wurde das Beschäftigungswachstum daher von einem deutlichen Strukturwandel in Richtung der höher qualifizierten Vollzeitbeschäftigten begleitet.

Nur hinsichtlich des sektoralen Beschäftigungswachstums zeigen sich grenzübergreifende Tendenzen. Hier wuchs die Beschäftigung seit 2004 in den Dienstleistungsbereichen (und hier vor allem bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen) in allen CENTROPE-Regionen (mit Ausnahme des tschechischen Südostens) deutlich rascher als die Beschäftigung in der

Sachgüterproduktion, wobei abweichend von diesem generellen Trend in Westtransdanubien aufgrund der Budgetsparmaßnahmen die Beschäftigung in den öffentlichen Dienstleistungen zurückging und im tschechischen Südwesten die Handelsbeschäftigung stagnierte. Damit war der Zeitraum (ebenso wie die Jahre davor) durch eine durchgängige Tertiärisierung der Wirtschaften der CENTROPE-Region geprägt.

Übersicht 3.9: Beschäftigungswachstum in der CENTROPE-Region nach Sektoren (2000 - 2008)

	Landwirtschaft		Sachgütererzeugung		Bauwesen		Handel		Finanz- u. Unternehmensdienste		Öffentliche Dienstleistungen	
	2000/2004	2004/2008	2000/2004	2004/2008	2000/2004	2004/2008	2000/2004	2004/2008	2000/2004	2004/2008	2000/2004	2004/2008
Burgenland	- 7,8	+10,7	-1,7	-0,5	-7,1	+2,4	+3,2	+2,5	+0,2	+6,2	+1,6	+1,8
Niederösterreich	- 3,7	+ 4,8	-1,4	+ 1,6	-4,9	+5,2	+1,5	+1,1	+8,9	+3,8	+1,8	+1,8
Wien	- 5,7	- 5,2	-5,8	-3,2	+1,6	-0,2	-2,8	+3,6	+0,2	+3,8	+0,3	+3,5
Südwesten	- 7,7	+ 2,0	+ 0,4	+1,9	-0,7	+1,3	-1,3	-0,3	-0,5	+8,8	+3,4	+0,8
Südosten	- 3,1	-5,3	-1,3	+3,1	+1,9	+0,1	+1,4	+0,5	+2,2	+4,2	-1,4	+0,9
Westtransdanubien	- 3,8	-5,3	-0,9	+0,1	+2,1	-1,4	+1,4	+1,6	-0,6	+6,8	+0,1	-2,2
Bratislava	-11,5	-5,0	-1,4	+1,0	+3,6	+6,6	-1,5	+3,1	+4,9	+3,1	-3,1	+2,0
Westslowakei	- 6,4	-3,7	+ 3,3	+2,0	+6,8	+2,1	+0,7	+6,6	+10,8	+6,0	+0,0	+1,8
CENTROPE insgesamt	- 5,1	-0,7	-0,4	+1,4	+0,9	+1,7	±0,0	+2,5	+3,4	+4,6	+0,3	+1,6

Q: Eurostat, WIFO Berechnungen.

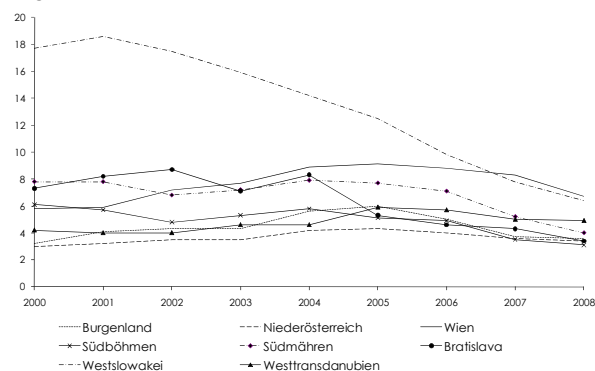
3.3.2 Arbeitslosenquoten

Die Grenze zwischen Österreich und den neuen EU-Mitgliedstaaten legt allerdings auch bei der Arbeitsmarktentwicklung nur bedingt die Bruchlinien zwischen verschiedenen Regionen der CENTROPE fest. Dies wird vor allem bei einer Betrachtung der Arbeitslosigkeitsentwicklung seit dem Jahr 2000 deutlich (Abbildung 3.7). Zum Beispiel folgen die regionalen Arbeitslosenquoten nur bedingt den eingangs beschriebenen nationalen Bruchlinien. Die höchsten Arbeitslosenquoten in der Region weist mittlerweile Wien (mit nach EU-Berechnungsmethode 2008 6,7%) auf, erst an zweiter Stelle liegt die Westslowakei (mit 6,4%). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten weisen hingegen der tschechische Südwesten (Jihozapad 3,1%) und Niederösterreich (3,4%) sowie Bratislava (3,4%) auf, das Burgenland liegt mit einer Arbeitslosenquote von 3,6% auf einem Platz in der oberen Hälfte der 8 NUTS 2-Regionen der CENTROPE.

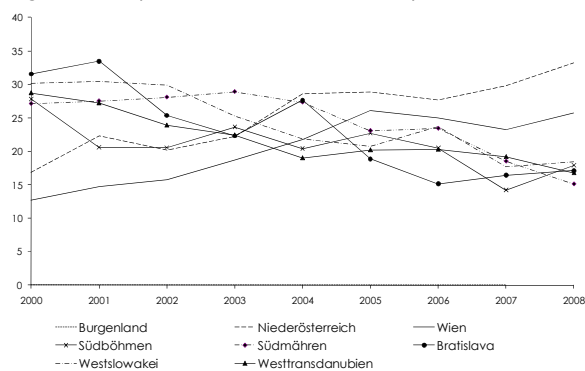
Abbildung 3.7: Arbeitslosenquoten und Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den NUTS 2-Regionen der CENTROPE 2000-2008

In %

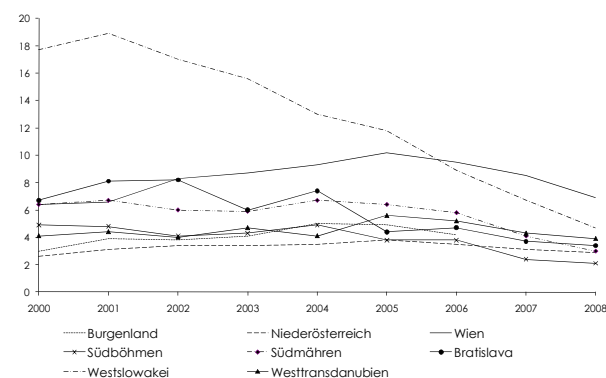
Insgesamt



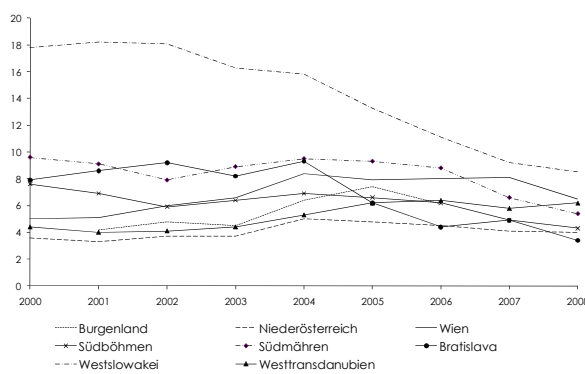
Jugendliche (Anteil an Arbeitslosen in %)



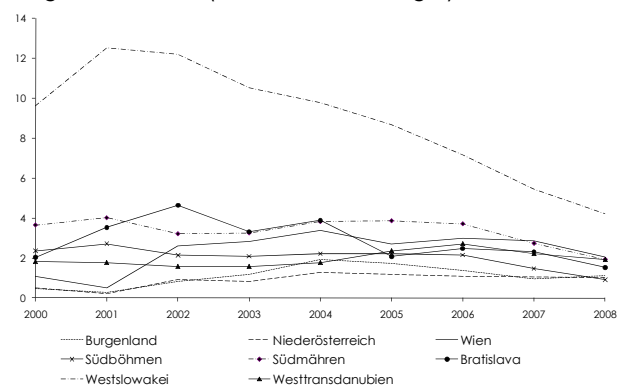
Männer



Frauen



Langzeitarbeitslose (12 Monate und länger) Anteil an Arbeitslosen in %



Q: EUROSTAT. – Anmerkungen: Zahlen für Österreich 2004 aufgrund geänderter Stichprobe des LFS nur bedingt vergleichbar. Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Die Jahre seit 2004 waren dabei durch eine deutliche Konvergenz der Arbeitslosenquoten in der CENTROPE und auch durch erhebliche Rangverschiebungen geprägt. Dies ist vor allem auf ausgesprochen gute Arbeitsmarktentwicklung in den slowakischen CENTROPE-Regionen, die ihrerseits die Konsequenz des dramatischen wirtschaftlichen Aufschwungs dieser Region in den letzten Jahren ist, zurück zu führen. Hier sank die Arbeitslosenquote von ihrem Höchststand von 18,6% im Jahr 2001 um 12,2 Prozentpunkte auf 6,4% im Jahr 2008. Ähnlich dynamisch – wenn auch von einem niedrigeren Niveau ausgehend – entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Bratislava. Hier betrug der Rückgang gegenüber dem Jahr 2001 insgesamt 4,8 Prozentpunkte, sodass diese Region 2008 bereits die Region mit der zweitniedrigsten Arbeitslosigkeit in der CENTROPE war.

Ähnlich wie die slowakischen CENTROPE-Regionen, wenn auch weniger rasch, entwickelten sich die tschechischen CENTROPE-Regionen. Hier kam es im tschechischen Südosten seit dem EU Beitritt 2004 zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um 2,7 und im Südwesten um 3,9 Prozentpunkte, was hinter den slowakischen Regionen dem dritt- und viertstärksten Rückgang in der CENTROPE entspricht. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,1% ist der tschechische Südosten, der zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Tschechiens noch im Mittelfeld der CENTROPE-Regionen rangierte, damit mittlerweile die CENTROPE-Region mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, während der Südwesten (mit einer Arbeitslosenquote von 4,0%) weiterhin einen Platz im Mittelfeld einnimmt.

In den österreichischen CENTROPE-Regionen waren die konjunkturbedingten Rückgänge in der Arbeitslosenquote hingegen aufgrund einer besonders lebhaften Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes etwas moderater. Während die Arbeitslosenquote in Wien, welches aufgrund des erheblichen Strukturwandels in der Stadt traditionell zu einer der CENTROPE-Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit gehört, seit dem Jahr 2004 um 2,2 Prozentpunkte auf 6,7% sank, und im Burgenland im selben Zeitraum ein Rückgang von 2,0 Prozentpunkten (auf 3,6%) verzeichnet wurde, kam es in Niederösterreich, aufgrund des niedrigeren Ausgangsniveaus der Arbeitslosigkeit, zu einem nur moderaten Rückgang um 0,8 Prozentpunkte. Mit einer Arbeitslosenquote von nur 3,4% war Niederösterreich im Jahr 2008 aber immer noch die CENTROPE-Region mit der zweitniedrigsten Arbeitslosenquote.

Demgegenüber stieg die Arbeitslosenquote in Westtransdanubien, welche Anfang der 2000er Jahre noch die CENTROPE-Region mit der geringsten Arbeitslosenquote in der CENTROPE war, insbesondere in den Jahren 2000 bis 2005 auf 5,9% an und sank in den darauf folgenden Hochkonjunkturjahren deutlich schwächer als in den anderen CENTROPE-Regionen. Damit war die Arbeitslosenquote in Westtransdanubien im Jahr 2008 sogar um 0,3% höher als zum Zeitpunkt des EU-Beitritts. Im Jahr 2008 war Westtransdanubien somit die Region mit der dritthöchsten Arbeitslosenquote unter den CENTROPE-Regionen. Die Ursachen hierfür waren neben der allgemein schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns auch erhebliche interne Restrukturierungen (zum Beispiel in der Textil- und Bekleidungsindustrie), die sich vor allem in den südlichen Teilregionen Westtransdanubiens (den Komitaten Zala und Vas)

negativ auf den Arbeitsmarkt auswirkten. So sank zum Beispiel nach den neuest verfügbaren Daten aus dem Jahr 2006) die Beschäftigung in Vas um $-0,7\%$.

Ähnlich verhält es sich auch mit den meisten anderen Indikatoren zur Struktur der Arbeitslosigkeit: Auch hier kam es in der CENTROPE im Zeitraum seit 2004 zu einem deutlichen Konvergenzprozess, der vor allem von der herausragenden Entwicklung in der Westslowakei getragen wurde. So sanken seit dem EU-Beitritt in den meisten Regionen sowohl die Arbeitslosenquoten der Männer und der Frauen, wobei wiederum die slowakischen, gefolgt von den tschechischen und österreichischen CENTROPE-Regionen die stärksten Rückgänge verzeichneten. Einzige Ausnahme hierzu ist wiederum Westtransdanubien. Hier stieg die Arbeitslosenquote der Frauen seit 2004 um 0,9 Prozentpunkte (auf 6,2%), während jene der Männer um 0,2 Prozentpunkte (auf 3,9%) sank. Von der schlechteren Arbeitsmarktentwicklung in Westtransdanubien waren daher Frauen deutlich stärker betroffen als Männer, was dazu führte, dass die Geschlechterunterschiede in der Arbeitslosenquote mittlerweile 2,3 Prozentpunkte betragen, und damit die dritthöchste unter allen CENTROPE-Regionen sind.

In den meisten anderen Regionen der CENTROPE sanken die Geschlechterunterschiede in der Arbeitslosenquote seit 2004 allerdings, wobei der stärkste Rückgang (mit $-1,9$ Prozentpunkten) wiederum in Bratislava verzeichnet wurde. Die – neben Westtransdanubien – einzigen CENTROPE-Regionen, in denen die Geschlechterunterschiede gegenüber 2004 größer wurden, waren die Westslowakei, der tschechische Südosten.

Eine weitere Ausnahme stellt die Stadt Wien dar. Hier sind aufgrund der deutlich besseren Beschäftigungsentwicklung in den Dienstleistungssektoren (in denen anteilmäßig mehr Frauen arbeiten) als in der Sachgüterproduktion, bereits seit Beginn der 2000er Jahre die Arbeitslosenquoten – als einzige unter den CENTROPE-Regionen – der Männer höher als jene der Frauen. Diese Geschlechterunterschiede erhöhten sich in der Zeit seit dem EU-Beitritt ebenfalls. Zuletzt (2008) war die Arbeitslosenquote unter den Männern in Wien um 0,9 Prozentpunkte höher als unter den Frauen.

Ähnlich heterogen entwickelte sich auch der Anteil der Jugendlichen (unter 25 jährigen) an der Arbeitslosenquote. Dieser stieg seit der Erweiterung vor allem in den österreichischen CENTROPE-Regionen. In Wien lag er 2008 bei 25,7%, in Niederösterreich bei 33,2% und im Burgenland bei 29,4%. Damit waren die österreichischen CENTROPE-Regionen auch jene mit dem höchsten Anteil an Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit. In den rascher wachsenden CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten waren hingegen die Anteile der Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit seit 2004 durchwegs fallend, wobei vor allem Bratislava und auch der tschechische Südwesten zweistellige Rückgänge im Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit verzeichneten. Insgesamt waren diese beiden Regionen 2008 damit auch die CENTROPE-Regionen mit dem niedrigsten Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit.

Schlussendlich verringerten sich im Zeitraum seit dem Jahr 2004 (und auch schon davor) auch die Unterschiede im Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit zwischen den CENTROPE-Regionen. Obwohl hier die traditionellen nationalen Unterschiede zwischen einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Mitgliedstaaten und einer geringen Langzeit-

arbeitslosigkeit in der österreichischen CENTROPE tendenziell weiterbestehen, verringerten sich diese Unterschiede im letzten Jahrzehnt, und im Jahr 2008 war der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit im Tschechischen Südwesten schon geringer als jener in den österreichischen CENTROPE-Regionen und in der Westslowakei ist dieser Anteil seit dem EU-Beitritt von über 10% auf unter 5% gefallen.

3.3.3 Beschäftigungsquoten

Während es somit bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote in der CENTROPE seit dem EU-Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zu einem deutlichen Konvergenzprozess kam, drifteten die Beschäftigungsquoten dieser Region seit der Erweiterung eher weiter auseinander. Ursache hierfür ist allerdings ebenfalls die gute Arbeitsmarktentwicklung in der slowakischen CENTROPE und die schlechtere in der ungarischen. Durch diese Entwicklung stieg einerseits die Beschäftigungsquote in Bratislava³⁰⁾, welches bereits zum Zeitpunkt des EU-Beitritts (und auch des Zeitraumes davor) die höchste Beschäftigungsquote unter allen CENTROPE-Regionen hatte, auf zuletzt 62,9% (4 Prozentpunkte höher als noch 2004). Andererseits führte die schlechtere Entwicklung in der ungarischen CENTROPE auch zu einem Stagnieren der Beschäftigungsquote in Westtransdanubien. Sie lag sowohl 2004 als auch 2008 bei 50,3%. Der Anstieg der Beschäftigungsquote in Bratislava war dabei vor allem auf eine 14 Prozentpunkt-Erhöhung der Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte und eine stärker steigende Beschäftigungsquote der Frauen zurückzuführen. In Westtransdanubien stagnierte hingegen sowohl die Beschäftigungsquote der Älteren (+0,2 Prozentpunkte) als auch jene der Männer (+0,3 Prozentpunkte), während die Beschäftigungsquote der Frauen seit dem Beitritt zur EU (mit -0,3 Prozentpunkten) sogar leicht rückläufig war.

Die deutlichsten Anstiege der Beschäftigungsquoten seit dem Jahr 2004 zeigen allerdings mit dem Burgenland (+4,2 Prozentpunkte) und der Westslowakei (mit +4,8%) zwei Regionen, die in der Vergangenheit durch eher geringe Beschäftigungsquoten gekennzeichnet waren. Die Westslowakei lag damit in der Rangfolge der Regionen 2008 mit einer Beschäftigungsquote von 56% an zweitletzter Stelle unter den NUTS 2-Regionen der CENTROPE, wobei sich hier seit dem Beitritt vor allem die Beschäftigungsquote der Älteren (+13,4 Prozentpunkte) verbesserte, während die Frauen eine schwächere Zunahme (+3,6 Prozentpunkte) verzeichneten als die Männer (+5,8 Prozentpunkte). Im Burgenland lag die Beschäftigungsquote hingegen zuletzt (2008) bei 57% und war damit höher als im tschechischen Südwesten, wobei auch hier der Anstieg mit einem deutlichen Gewinn (von +12,3 Prozentpunkten) bei der Beschäftigungsquote der Älteren verbunden war, aber im Gegensatz zur Westslowakei die Frauen (+4,5 Prozentpunkte) ihre Beschäftigung stärker ausweiteten als die Männer (+3,5 Prozentpunkte).

Deutliche Anstiege der Beschäftigungsquoten, die vor allem auf die stark steigende Erwerbstätigkeit der älteren Arbeitskräfte und einen stärkeren Anstieg bei den Frauen als den Männern zurückzuführen ist, verzeichneten auch die anderen österreichischen CENTROPE-Regio-

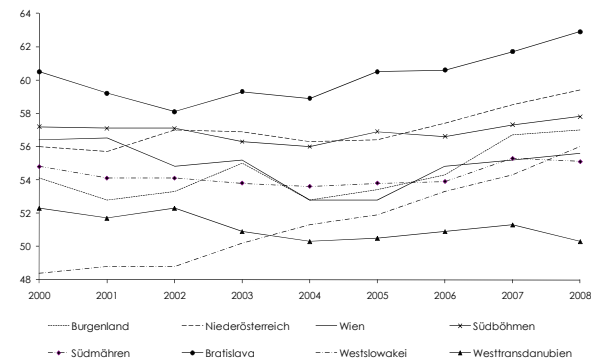
³⁰⁾ Einschränkung muss hier allerdings festgehalten werden, dass die Beschäftigungsquoten in Städten aufgrund des hohen Einpendleranteils an den Erwerbstätigen nach oben verzerrt sind.

nen. In Wien lag die Beschäftigungsquote dabei zuletzt bei 55,6% und in Niederösterreich bei 59,4%.

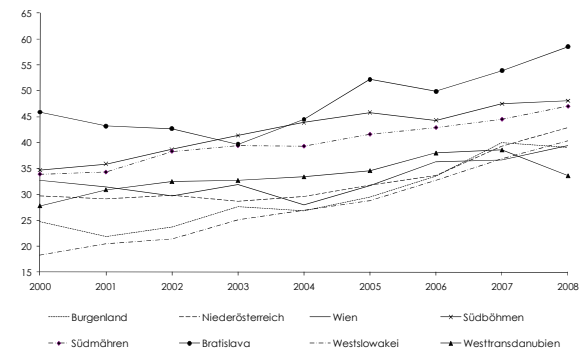
Abbildung 3.8: Beschäftigungsquoten der Beschäftigung in den NUTS 2-Regionen der CENTROPE 2000 - 2008

In %

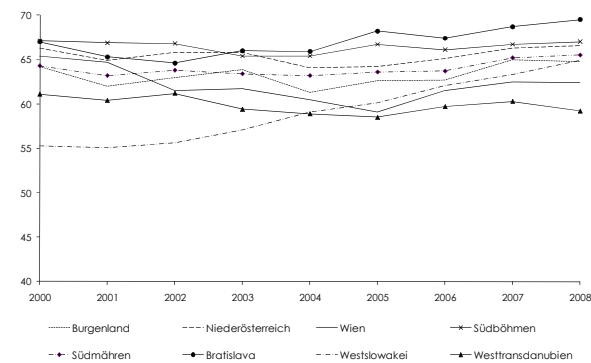
Insgesamt



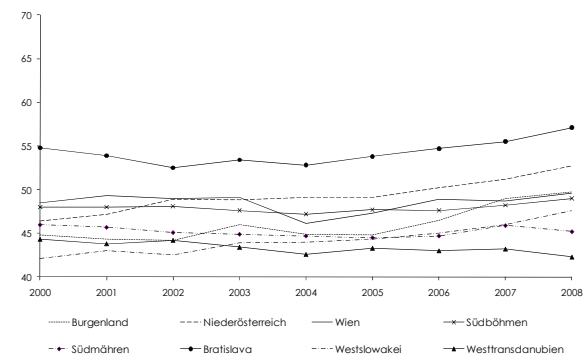
Ältere (55-64 Jahre)



Männer



Frauen



Q: EUROSTAT. – Anmerkungen: Zahlen für Österreich 2004 aufgrund geänderter Stichprobe des LFS nur bedingt vergleichbar. Die gemeldeten Zahlen basieren auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der EU. Diese sind aufgrund von unterschiedlichen Definitionen der Begriffe "Arbeitslosigkeit" und "Erwerbstätigkeit" mit nationalen Zahlen nicht vergleichbar. Im Allgemeinen sind nach EU-ILO Statistiken die Arbeitslosenzahlen geringer und die Erwerbszahlen höher als in nationalen Statistiken.

Etwas moderater waren hingegen die Anstiege der Beschäftigungsquoten seit der Erweiterung der EU in den tschechischen CENTROPE-Regionen, von denen mittlerweile der Südwesten mit einer Beschäftigungsquote (von 55,1%) zu einer der CENTROPE-Regionen mit den niedrigsten Beschäftigungsquoten gehört. Grund hierfür ist zum einen eine relativ langsamere Entwicklung bei der Beschäftigungsquote der Älteren und vor allem eine sehr geringe Frauenerwerbsquote von nur 45,2%.

3.4 Zusammenfassung

Betrachtet man daher die Entwicklung der CENTROPE-Länder und der CENTROPE-Regionen seit dem Jahr 2004, zeigt sich, dass die Phase seit der Erweiterung bis ins Jahr 2008 durchwegs durch ein hohes Wachstum und eine sich deutlich bessernde Arbeitsmarktlage geprägt war, sodass auch für diese Region nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Erweiterung bisher zu massiven negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten geführt hat.

Gleichzeitig hat sich seit dem Jahr 2004 der Aufholprozess der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten fortgesetzt und zum Teil auch beschleunigt. Das spektakulärste Beispiel hierfür sind dabei die slowakischen CENTROPE-Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit in den 2000er Jahren rapide zurückgegangen und die Beschäftigungsquote deutlich gestiegen ist, und die auch über den gesamten Zeitraum seit der Erweiterung die wachstumsstärksten Regionen in der CENTROPE waren. Eine Ausnahme hierzu ist hingegen Westtransdanubien. Hier stagnierten aufgrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage Ungarns in dem hier untersuchten Zeitraum und erheblichen regionsinternen Restrukturierungsprozessen, die Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten und auch das Wachstum war in dieser Region deutlich geringer als in den anderen Teilen der CENTROPE.

Strukturell blieb die CENTROPE aber auch während der Hochkonjunktur eine sehr heterogene Region, in der der österreichische Teil deutlich stärker tertiärisiert ist, als die Teile in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Allerdings lassen sich die "Bruchlinien" innerhalb der CENTROPE-Region nicht immer eindeutig an nationalen Grenzen festmachen. So ist die CENTROPE-Region neben der "Ost-West-Bruchlinie" auch durch strukturelle Unterschiede, wie jene zwischen städtischen Regionen (z. B. Wien-Bratislava), Industrieregionen (z. B. der Großteil der CENTROPE-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten) und eher ländlichen-agrarischen Gebieten (wie z. B. dem Burgenland) geprägt.

Gegen Ende des Jahres 2008 traten aber alle Wirtschaften der CENTROPE – ebenso wie annähernd alle Wirtschaften der Welt – in eine Phase einer massiven Rezession, die sich, aufgrund der stärkeren Abhängigkeit der neuen Mitgliedstaaten von ausländischen Investoren und Krediten und der in einigen Ländern doch sehr eingeschränkten budgetären Spielräume, in den neuen Mitgliedstaaten noch stärker auswirken sollte als in Österreich. Für die Gesamtregion wird erst ab 2011 wieder mit einem deutlicheren Wachstum zu rechnen sein, und auch auf den Arbeitsmärkten ist noch bis ins Jahr 2011 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Überwindung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ist daher sicherlich das zentrale gemeinsame Problem aller wirtschaftspolitischen Akteure der Region. Daneben zeigen sich allerdings auch einige andere potentielle Ansatzpunkte. So zeigt sich zum Beispiel, dass die Forschungsressourcen in der CENTROPE-Region immer noch zu gering sind und auch die Infrastruktur- und Humankapitalausstattung immer noch unzureichend ist. Dies wird sich – angesichts der knappen öffentlichen Budgets – wohl auch nicht so rasch ändern. Hier könnte

aber versucht werden über engere Kooperationsbeziehungen innerhalb der Region verstärkt Synergien in den Bereichen der Forschung und Bildung zu nutzen.

Die gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Probleme der Region sind dabei vor allem die – trotz erheblicher Fortschritte bei der Beschäftigung der Älteren – immer noch geringe Erwerbsquote der Älteren, eine selbst in den Hochkonjunkturjahren immer noch steigende Jugendarbeitslosigkeit und in den Regionen der neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Dies legt nahe, dass grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Initiativen gerade in diesen Bereichen auf ein gemeinsames Interesse stoßen könnten.

Überdies zeigt sich, dass der Aufholprozess der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten Männer deutlich bevorzugt und daher Frauen an dem starken Beschäftigungswachstum, und der sinkenden Arbeitslosigkeit unterproportional teilhaben. Hier ist zu befürchten, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise diese Tendenzen wohl eher noch verstärken wird, sodass zielgruppengerechte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen in diesen Regionen in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen sollten. Für den österreichischen Teil der CENTROPE zeigt sich hingegen, dass selbst in Hochkonjunkturjahren ein erheblicher Teil der Beschäftigung in niedriger qualifizierten, Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen geschaffen wird. Auch hier ist zu erwarten, dass diese Tendenz der Atypisierung des Arbeitssystems in der Krise noch verstärkt wird. Ein Ziel der Arbeitsmarktpolitik könnte es hier sein (zum Beispiel über spezielle Weiterbildungsangebote an Teilzeitbeschäftigte) den Wechsel von Voll- in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse nach der Krise – wenn wieder mehr Vollzeit-arbeitskräfte benötigt werden – möglichst unproblematisch zu gestalten.

4. Pendeln und Migration seit der Erweiterung

Aus struktureller Sicht handelt es sich somit bei der CENTROPE-Region um keine homogene Region. Ähnlich zeigen aber auch räumliche Autokorrelationsanalysen (siehe *Feldkircher, 2006*), dass die Intensität der Verflechtungen zwischen den Teilregionen der CENTROPE immer noch geringer ist als in vielen anderen EU-Grenzregionen, die eine längere Geschichte der grenzüberschreitenden Kooperation teilen, sodass die CENTROPE-Region auch aus funktionalen Überlegungen nicht als einheitliche Wirtschaftsregion zu betrachten ist. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass mit der Arbeitskräftewanderung ein wesentlicher Aspekt, welcher die Intensität der gegenseitigen Beeinflussung von Regionen bestimmt, in der CENTROPE immer noch erheblichen institutionellen Beschränkungen unterliegt, die nach gegenwärtiger Lage auch erst im Jahr 2011 vollends abgebaut werden.

Trotz dieser weiterhin bestehenden institutionellen Beschränkungen ist es allerdings in der Region in der Vergangenheit durchaus zu relevanten Wanderungsbewegungen gekommen, wobei sich diese aus Migrationsprozessen (bei denen sowohl Wohn- als auch Arbeitsort über Grenzen verlagert wurden) und Pendelprozessen (bei denen nur der Arbeitsort verlagert wurde) zusammensetzten. Da gerade diese grenzüberschreitenden Migrations- und Pendelbewegungen ein zentraler Aspekt des FAMO Projektes sind, soll in diesem Kapitel ein kurzer Überblick über das bisherige Ausmaß dieser Wanderung in der CENTROPE gegeben werden. Im ersten Teil dieses Kapitels wird dabei zunächst anhand einer Sonderauswertung der europäischen Arbeitskräfteerhebung eine Bestandsaufnahme der in der CENTROPE-Region bisher beobachteten Wanderungsprozesse vorgenommen. Bei dieser zeigt sich, dass das österreichische CENTROPE (und hier vor allem die Stadt Wien) eindeutig das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung sowohl aus anderen CENTROPE-Regionen als auch aus Regionen außerhalb der CENTROPE ist. Aus diesem Grund wird im zweiten Teil dieses Kapitels die Wanderung nach Österreich gesondert untersucht. Hier steht vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Migrationsprozesse nach Österreich seit dem Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2004 verändert haben.

4.1 Ein Überblick anhand der europäischen Arbeitskräfteerhebung

Die Datengrundlage, anhand derer die Wanderungsprozesse innerhalb der CENTROPE untersucht werden, ist dabei die europäische Arbeitskräfteerhebung. Diese vierteljährlich in allen Ländern der EU 27 vorgenommene repräsentative Stichprobenerhebung erfragt dabei (neben einer Vielzahl von demographischen Merkmalen) auch regelmäßig den Wohnort (auf NUTS 2-Ebene), das Geburtsland, und den Arbeitsort (auf NUTS 2-Ebene) der Befragten. Anhand dieser Befragung kann somit die Zahl der in einer NUTS 2-Region wohnenden Auslän-

derInnen (im Ausland geborenen) sowie die Zahl der PendlerInnen zwischen zwei NUTS 2-Regionen abgeschätzt werden.³¹⁾

Leider hat die europäische Arbeitskräfteerhebung, neben diesen Stärken, aber auch einige Schwächen. Insbesondere ist sie eine Stichprobenerhebung, sodass alle quantitativen Angaben dieser Datenquelle auch einem Stichprobenfehler unterliegen. EUROSTAT (das europäische statistische Amt) empfiehlt daher Schätzungen, die auf einer zu geringen Anzahl an Beobachtungen beruhen – und daher einer zu hohen Stichprobenschwankung unterliegen – entweder (bei sehr geringer Beobachtungshäufigkeit) gar nicht zu melden, oder aber (bei etwas größerer Beobachtungshäufigkeit) gesondert zu kennzeichnen.³²⁾ Wir folgen daher in diesem Abschnitt dieser Konvention und melden Zahlen mit sehr geringem Besatz gar nicht, während Zahlen mit einem hohen Stichprobenfehler nur in Klammern ausgewiesen werden.

Eine zweite Schwäche der europäischen Arbeitskräfteerhebung bezieht sich auf die Erfassung der im Ausland geborenen Arbeitskräfte. Da die Arbeitskräfteerhebung vierteljährlich unter den Personen mit Hauptwohnsitz in einer Region durchgeführt wird, wird hier die temporäre, saisonale und auch irreguläre Migration untererfasst, sodass davon auszugehen ist, dass die vorliegenden Zahlen das tatsächliche Ausmaß der Migration etwas unterschätzen.

4.1.1 Migration

Betrachtet man, trotz dieser Einschränkung, die Bevölkerungsstruktur in den CENTROPE-Regionen nach Geburtsländern, zeigt sich der deutlich höhere Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in den österreichischen Regionen (Übersicht 4.1). In der Ostregion Österreichs liegt der Anteil der im Ausland Geborenen an der Bevölkerung im Durchschnitt bei annähernd 21%, wobei vor allem Wien mit einem Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von annähernd 32% deutlich heraussticht. Aber auch im Burgenland – als der österreichischen CENTROPE-Region mit dem geringsten AusländerInnenanteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung – ist dieser Anteil noch deutlich höher als in den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedsländer. In diesen liegt der Anteil der im Ausland geborenen an der erwerbsfähigen Bevölkerung hingegen nach Daten der europäischen Arbeitskräfteerhebung durchwegs bei in etwa oder unter einem Prozent, wobei dieser Anteil unter den Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten im tschechischen Südwesten mit (1,6%) am höchsten und in der Westslowakei (mit weniger als 0,5%) am geringsten ist.

Aufgrund dieser geringen Anteile der im Ausland Geborenen ist die CENTROPE insgesamt auch nur durch einen relativ geringen Anteil an im Ausland Geborenen an der erwerbsfähigen Bevölkerung geprägt. Nur rund 8% der erwerbsfähigen Bevölkerung der CENTROPE wurden im Ausland geboren.

³¹⁾ Dieser Datensatz steht dem WIFO als gruppierter Individualdatensatz für die Jahre 2006 (für PendlerInnen) und 2007 (für MigrantInnen) zur Verfügung. Siehe Huber und Nowotny, 2008 für eine detaillierte Datenbeschreibung.

³²⁾ Die für diese Behandlung vorgeschlagenen Grenzen unterscheiden sich dabei zwischen den einzelnen EU-Ländern. In Österreich liegen sie zum Beispiel bei 3.000 und 6.000 Beobachtungen, in Tschechien hingegen bei 700 Beobachtungen.

Diese geringen Anteile der im Ausland Geborenen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten erlauben auch kaum mehr weitere Aussagen zur Länderstruktur der ZuwanderInnen. Im österreichischen Teil der CENTROPE zeigt sich hingegen, der eher geringe Anteil der im Ausland geborenen, die aus einem anderen CENTROPE-Land stammen. Dieser liegt (bei einem durchschnittlichen Anteil von 2,1%) nur in Wien bei über 2% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Maßgeblich für die hohen Anteile der im Ausland geborenen erwerbsfähigen Bevölkerung in den österreichischen CENTROPE-Regionen sind daher ZuwanderInnen aus anderen Ländern. Aus anderen EU-Ländern (außerhalb der CENTROPE) stammen rund 4% der erwerbsfähigen Bevölkerung in der österreichischen CENTROPE (in Wien 6%) und aus Ländern außerhalb der EU 14,4% (Wien 23,2%) der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Übersicht 4.1: Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE

In %, 2007

	Geburtsort			
	Im selben Land	In anderem CENTROPE-Land	In anderem EU-Land	Außerhalb der EU
Burgenland	92,3	(1,9)	(1,8)	4,0
Niederösterreich	88,9	1,7	2,5	7,0
Wien	68,1	2,6	6,1	23,2
Österreichische CENTROPE	79,3	2,1	4,1	14,4
Südwesten	98,4	0,9	0,1	0,6
Südosten	98,6	1,0	0,1	0,4
Tschechische CENTROPE	98,5	0,9	0,1	0,5
Westtransdanubien	98,9	(0,2)	–	0,8
Bratislava	98,7	0,9	–	–
Westslowakei	99,5	0,5	–	–
Slowakische CENTROPE	99,3	0,6	–	(0,1)
CENTROPE	91,9	1,2	1,5	5,4

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007, Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichproben – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe.

Insgesamt ist die CENTROPE-Region daher nur durch eine geringe interne Migration geprägt. Nur 1,2% der gesamten wohnhaften erwerbsfähigen Bevölkerung der Region stammte im Jahr 2007 aus einem anderen CENTROPE-Land als dem des Wohnsitzes. Und auch die Zuwanderung aus anderen Regionen war nur im österreichischen Teil der CENTROPE von einer größeren quantitativen Bedeutung.

Übersicht 4.2: Struktur der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE

Anteile in %, 2007

	Im selben Land geboren				In anderem Land geboren			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	48,1	48,7	47,5	47,8	46,8	47,0	40,3	44,4
Männer	51,9	51,3	52,5	52,2	53,2	53,0	59,7	55,6
<i>Alter in Jahren</i>								
15-24	14,0	15,3	14,7	17,8	12,3	11,8	–	–
25-44	33,2	35,4	34,1	36,5	45,7	34,6	(23,7)	20,4
45 und mehr	52,8	49,3	51,2	45,8	42,0	53,6	67,2	73,9
<i>Bildung</i>								
Niedrige Qualifikation	25,9	18,7	31,0	22,1	36,5	24,8	(26,7)	19,6
Mittlere Qualifikation	59,7	70,1	58,0	64,9	46,3	59,4	55,1	54,2
Hohe Qualifikation	14,5	11,2	11,0	13,0	17,2	15,8	–	26,2
<i>Beschäftigungsstatus</i>								
Nicht beschäftigt	43,5	43,9	48,6	43,8	42,1	45,7	57,7	52,0
Beschäftigt	56,5	56,1	51,4	56,2	57,9	54,3	42,3	48,0
<i>Aufenthaltsdauer</i>								
10 oder mehr Jahre					69,6	71,6	80,7	88,1
1 bis 9 Jahre					30,4	28,4	–	–

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichproben, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung hat ISCED Stufe 3 oder 4, hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4.

Überdies bestehen zwischen dem österreichischen Teil der CENTROPE und den Teilen der CENTROPE in den neuen EU-Mitgliedstaaten auch erhebliche Unterschiede in der Struktur der Zuwanderung (Übersicht 4.1). Die ZuwanderInnen in den österreichischen Teil der CENTROPE sind zwar ebenso wie jene der neuen Mitgliedstaaten zumeist männlich, im Gegensatz zu diesen sind sie aber häufiger jung (unter 25 Jahre alt), was auch auf die kürzere Aufenthaltsdauer der ZuwanderInnen in Österreich zurückzuführen ist. Sie haben auch häufiger eine geringe Qualifikation, während ZuwanderInnen in die CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten häufiger mittlere Qualifikationen aufweisen, und in beiden Regionsteilen der Anteil der hoch Qualifizierten unter den ZuwanderInnen höher ist als unter den im Inland Geborenen. Schlussendlich sind die ZuwanderInnen im österreichischen Teil der CENTROPE auch öfter beschäftigt als die im Inland Geborenen, während sie in den neuen EU-Mitgliedstaaten seltener beschäftigt sind. Insgesamt ist die im Ausland geborene erwerbsfähige Bevölkerung im österreichischen Teil der CENTROPE daher nicht nur quantitativ bedeut-

samer als in den CENTROPE-Regionen der neuen Mitgliedstaaten sondern auch jünger und am Arbeitsmarkt besser integriert, aber schlechter ausgebildet.³³⁾

Für die neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE-Länder quantitativ bedeutsamer als die Zuwanderung ist allerdings die Auswanderung aus diesen Ländern. Nach den Ergebnissen der europäischen Arbeitskräfteerhebung leben rund 10% der in den CENTROPE-Ländern geborenen im erwerbsfähigen Alter in einem anderen EU-Land (Übersicht 4.3). Unter den in der Slowakei Geborenen liegt dieser Anteil dabei sogar bei 17,9%. Allerdings sind auch hier die bilateralen Migrationsbewegungen unter den CENTROPE-Ländern von deutlich geringerer Bedeutung als die Migrationsbewegungen in andere EU-Länder (außerhalb der CENTROPE). Die Ausnahmen sind hier nur die Anteile der in der Slowakei geborenen erwerbsfähigen Bevölkerung, die in Tschechien wohnen, und die Anteile der in Tschechien, der Slowakei und Ungarn Geborenen, die in Österreich wohnen.

Übersicht 4.3. Struktur der in CENTROPE-Ländern gebürtigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort und Wohnort in der EU 27
Anteile in %, 2007

	Geburtsland			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
Österreich	90,2	0,4	0,4	0,4
Tschechien	–	89,7	0,0	1,9
Ungarn	–	–	91,1	0,2
Slowakei	–	0,2	–	82,1
Andere Länder	9,7	9,7	8,5	15,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
In anderen Ländern	9,8	10,3	8,9	17,9

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007, Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichprobenfehler, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe

Die Emigranten aus den CENTROPE-Ländern erweisen sich dabei als eine gegenüber der im Heimatland wohnhaften deutlich besser qualifizierte Gruppe, in der der AkademikerInnenanteil (weitgehend unabhängig von dem Geburtsland) deutlich höher ist als unter den im Geburtsland wohnhaften (Übersicht 4.4). Außerdem sind die ImmigrantInnen (ebenfalls weitgehend unabhängig vom Geburtsland) oftmals männlich, über 45 Jahre alt und wohnen dementsprechend oftmals schon seit längerem im Ausland. Der Anteil der Beschäftigten unter diesen EmigrantInnen ist allerdings – relativ zu dem Beschäftigtenanteil der im Geburtsland lebenden – unter den in Österreich und in Tschechien geborenen MigrantInnen

³³⁾ Diese Unterschiede können aber zum Teil auf eine unterschiedliche Sendelandstruktur der Zuwanderung zurückgeführt werden, da in Österreich insbesondere die GastarbeiterInnenmigration der 1970er Jahre durch eine schlechte Bildungsstruktur gekennzeichnet war (Bock-Schappelwein et al., 2008).

deutlich geringer, während er bei den in der Slowakei und Ungarn geborenen höher liegt als im Heimatland.

Dies ist deswegen von Bedeutung, weil zum einen die Bildungsstruktur der EmigrantInnen aus der CENTROPE-Region angesichts des bereits im letzten Kapitel festgestellten geringen AkademikerInnenanteils in der CENTROPE auf einen nicht zu vernachlässigenden und bereits einige Zeit andauernden "Brain Drain" aus allen CENTROPE-Ländern hindeutet. Zum anderen deutet aber auch der geringe Anteil der nicht Beschäftigten unter den im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen und TschechInnen auf einige Probleme bei der Erwerbsintegration dieser Gruppen im Ausland hin.

Übersicht 4.4: Demographische Struktur der in der EU 27 lebenden EmigrantInnen im erwerbsfähigen Alter aus den CENTROPE-Ländern

Anteile in %, 2007 %

	Geburtsland			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	38,3	37,7	40,5	41,2
Männer	61,7	62,3	59,5	58,8
<i>Alter in Jahren</i>				
15-24	6,8	7,9	6,5	14,4
25-44	26,5	37,7	45,0	44,3
45 und mehr	66,6	54,4	48,5	41,3
<i>Höchste abgeschlossene Ausbildung</i>				
Niedrige Qualifikation	23,9	19,0	15,9	27,9
Mittlere Qualifikation	41,9	53,6	53,6	60,2
Hohe Qualifikation	34,2	27,5	30,6	12,0
<i>Beschäftigung</i>				
Nicht beschäftigt	56,5	56,1	49,2	40,8
Beschäftigt	43,5	43,9	50,8	59,2
<i>Aufenthaltsdauer</i>				
10 oder mehr Jahre	75,9	66,3	68,6	49,5
1 bis 9 Jahre	24,1	33,7	31,4	50,5

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichprobenfehler, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung hat ISCED Stufe 3 oder 4, hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4.

4.1.2 Pendeln

Neben den Migrationsbewegungen innerhalb der CENTROPE ist diese grenzüberschreitende Region aber auch durch eine hohe Bevölkerungsdichte und zwei Hauptstädte eine der Regionen an der ehemaligen Außengrenze der europäischen Union, in der die geografischen Voraussetzung für erhebliche grenzüberschreitende Pendelbewegungen gegeben sind. Tat-

sächlich hält sich das grenzüberschreitende Pendeln in dieser Region aber noch in Grenzen (Übersicht 4.5). Insgesamt gibt es nur aus der ungarischen CENTROPE-Region, (aus der 2006 rund 1,6% der Beschäftigten am Arbeitsort in andere CENTROPE-Länder pendelten) und aus der slowakischen CENTROPE-Region (mit einem Anteil von 2,6% der Beschäftigten am Arbeitsort) nennenswerte grenzüberschreitende PendlerInnenbewegungen. Aus der österreichischen CENTROPE gibt es hingegen kaum grenzüberschreitendes Pendeln in die anderen CENTROPE-Länder und aus den tschechischen CENTROPE-Regionen pendeln gerade einmal 0,2% der Beschäftigten am Wohnort in andere CENTROPE-Länder aus.

Übersicht 4.5: Wohnbevölkerung der CENTROPE im erwerbsfähigen Alter nach Arbeitsort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort
In %, 2006

Arbeitsort	Wohnort			
	Österreichische	Tschechische	Ungarische	Slowakische
	CENTROPE			
Österreichische CENTROPE	97,2	0,1	0,0	0,3
Andere österreichische Regionen	2,2	0,1	0,0	(0,2)
Unbekannt Österreich	–	–	1,6	–
Tschechische CENTROPE	0,0	96,5	0,0	0,3
Andere tschechische Regionen	0,0	2,6	0,0	0,5
Unbekannt Tschechien	–	0,0	0,0	0,3
Ungarische CENTROPE	0,0	0,0	94,9	0,3
Andere ungarische Regionen	0,0	–	1,5	0,8
Unbekannt Ungarn	–	0,0	0,0	–
Slowakische CENTROPE	0,0	–	0,0	92,1
Andere slowakische Regionen	0,0	0,0	0,0	0,5
Unbekannt Slowakei	–	0,0	–	0,0
CENTROPE Insgesamt	99,6	99,2	98,1	95,5
In andere CENTROPE-Länder	–	0,2	1,6	2,9
In andere Länder	(0,3)	0,5	–	1,6
Beschäftigte am Wohnort	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2006. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichprobenfehler. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe.

Überdies zeigt sich auch, dass diese grenzüberschreitenden Pendelbewegungen in der CENTROPE zumeist unter den neuen EU-Mitgliedsländern und weniger zwischen Österreich und den neuen Mitgliedsländern stattfinden. So arbeiten zum Beispiel insgesamt 1,1% der beschäftigten Wohnbevölkerung der slowakischen CENTROPE in der Tschechischen Republik (mit der aus historischen Gründen besonders enge Arbeitsmarkbeziehungen bestehen) und weitere 1,1% in Ungarn, während nur rund 0,5% der beschäftigten Wohnbevölkerung in

Österreich arbeitet. Stärker auf Österreich konzentriert sind nur die Pendelbewegungen von Ungarn nach Österreich. Hier pendelten 2006 ca. 1,6% der beschäftigten Wohnbevölkerung nach Österreich. Dies ist allerdings zumindest zum Teil auf das bestehende GrenzgängerInnenabkommen zwischen Ungarn und Österreich zurückzuführen, in dessen Rahmen im letzten Jahrzehnt insgesamt rund 2.500 Personen aus Ungarn eine Beschäftigungsbewilligung in Österreich erhielten.

Übersicht 4.6: Beschäftigte der CENTROPE nach Wohnort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort

In %, 2006

Wohnort	Arbeitsort			
	Österreichische	Tschechische	Ungarische	Slowakische
	CENTROPE			
Österreichische CENTROPE	97,4	0,0	0,0	0,0
Übriges Österreich	2,1	0,0	0,0	0,0
Tschechische CENTROPE	0,1	97,0	0,0	–
Übriges Tschechien	–	1,6	0,0	–
Ungarische CENTROPE	0,0	0,0	98,1	0,0
Übriges Ungarn	0,0	1,0	0,0	0,0
Slowakische CENTROPE	0,2	0,2	0,9	99,8
Übrige Slowakei	–	–	1,0	(0,2)
Aus CENTROPE insgesamt	99,9	100,0	100,0	100,0
Aus anderen CENTROPE-Ländern	0,4	1,4	1,9	–
Aus anderen CENTROPE-Regionen	0,3	0,2	0,9	–
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2006. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichproben. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Exklusive Personen mit unbekanntem Arbeitsort in den Empfängerländern.

Diese bisher geringe Bedeutung des Grenzpendelns in der CENTROPE bestätigt sich dabei auch bei einer Analyse des Anteils der Grenzüberschreitenden Einpendler in % der Beschäftigten am Arbeitsort (Übersicht 4.6). Nach den Daten der europäischen Arbeitskräfteerhebung,⁷ die allerdings in dieser Betrachtungsweise die (erhebliche) Einschränkung aufweist, dass hier Personen mit unbekanntem Arbeitsort in den Empfängerländern nicht betrachtet werden³⁴), pendelten im Jahr 2006 insgesamt nur 0,4 der in der österreichischen CENTROPE Beschäftigten aus anderen CENTROPE-Ländern ein, wobei allerdings in dieser Zahl die ungarischen Grenz-

³⁴) Dies führt dazu, dass zum Beispiel aufgrund der Antwortmöglichkeiten in der ungarischen Arbeitskräfteerhebung keine Aussagen zu den erheblichen grenzüberschreitenden Bewegungen aus diesem Land nach Österreich gemacht werden können.

gängerInnen – aufgrund von Datenproblemen – nicht miterfasst sind. In der Slowakischen CENTROPE war dieser Anteil so gering, dass er unter die Messbarkeitsgrenze der Arbeitskräfteerhebung fiel. Nur in Ungarn und Tschechien ist dieser Anteil, aufgrund einer erheblicheren Pendelbewegung mit der Slowakei und der CENTROPE mit 1,4% und 1,6% etwas höher.

Übersicht 4.7: Demographische Struktur der PendlerInnen in der CENTROPE

Beschäftigten am Wohnort, in %, 2006

	Nicht-PendlerInnen	BinnenpendlerInnen	GrenzpendlerInnen außerhalb der CENTROPE	GrenzpendlerInnen in der CENTROPE
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	45,6	37,2	38,2	35,7
Männer	54,4	62,8	61,8	64,3
<i>Alter in Jahren</i>				
15-19	1,8	2,1	–	–
20-29 Jahre	19,9	24,3	53,7	32,6
30 – 39	26,9	29,0	23,2	30,8
40-49	27,5	25,5	(13,6)	21,5
50 – 59	21,0	17,7	–	13,5
60 und mehr	3,0	1,5	–	–
<i>Bildungsniveau</i>				
Niedrig qualifiziert	10,7	8,3	–	(6,3)
Mittlere Qualifikation	72,1	68,6	77,4	81,8
Hohe Qualifikation	17,3	23,1	(18,8)	(11,9)
<i>Sektoren</i>				
Landwirtschaft u. Bergbau	10,5	3,4	(9,2)	(6,7)
Sachgütererzeugung	28,8	27,9	28,5	53,5
Markt Dienstleistungen	42,0	52,0	43,3	33,0
Nicht-Markt Dienstleistungen	18,7	16,7	(18,9)	(6,7)

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2006. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund geringer Stichproben. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung hat ISCED Stufe 3 oder 4, Hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4.

Schlussendlich zeigt sich auch, dass die GrenzpendlerInnen in der CENTROPE sowohl im Vergleich zu BinnenpendlerInnen als auch im Vergleich zu am Wohnort Beschäftigten, deutlich öfter männlich und auch jünger sind (Übersicht 4.7). Außerdem weisen diese GrenzpendlerInnen auch häufiger ein mittleres Qualifikationsniveau auf und arbeiten in der Sachgüterproduktion. Im Vergleich zu GrenzpendlerInnen, die in Regionen außerhalb der CENTROPE auspendeln, sind diese Arbeitskräfte hingegen seltener in Dienstleistungsbranchen und häufiger in Sachgüterbranchen beschäftigt und auch etwas älter, sodass es sich bei diesen GrenzpendlerInnen, oftmals um männliche Industriearbeiter handelt, was vor allem auf die Sektorstruktur der CENTROPE in den neuen EU-Mitgliedsländern zurückzuführen ist (siehe dazu Kapitel 3).

4.2 Die österreichische Entwicklung 2000 - 2008

4.2.1 Wanderungsbewegungen

Insgesamt zeigt somit eine Analyse der europäischen Arbeitskräfteerhebung, dass die CENTROPE-Region gerade bei der Bewegung der Arbeitskräfte zwischen ihren einzelnen Teilregionen immer noch eine schwach integrierte Region ist. Einzig zwischen der tschechischen und slowakischen Republik scheinen enge Migrations- und Pendelbewegungen zu bestehen, die aber wohl eher auf die historischen Verbindungen dieser Länder zurück zu führen sind, denn auf die Integrationspolitik der letzten Jahre. Überdies weist diese Analyse auch die österreichische CENTROPE-Region (und hier vor allem die Stadt Wien) eindeutig als das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung sowohl für ZuwanderInnen aus anderen CENTROPE-Regionen als auch aus Regionen außerhalb der CENTROPE aus, wobei aber hier die immer noch bestehenden Barrieren der Zuwanderung für die neuen Mitgliedstaaten gepaart mit der längeren (Nachkriegs-)Geschichte der Zuwanderung aus anderen Ländern, dazu geführt haben, dass hier die Zuwanderung aus anderen Regionen deutlich wichtiger ist als jene aus den Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten.

Dies lässt sich auch durch eine genauere Betrachtung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren seit der EU-Erweiterung belegen. Betrachtet man die vorliegenden Zahlen zur Zuwanderung ausländischer StaatsbürgerInnen und Arbeitskräfte in Österreich ergibt sich nämlich ein sehr ähnliches Bild der Migrationsbewegungen seit dem Jahr 2004.³⁵⁾ Die Zahl der ausländischen unselbständig Beschäftigten in Österreich ist in den letzten Jahren zwar deutlich gestiegen, wobei es auch zu einer nicht zu vernachlässigenden Zuwanderung aus den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS 10) kam. Allerdings sind die Zuwanderungszahlen aus den NMS 10 im Vergleich zu den ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen deutlich geringer und die Länderstruktur der ZuwanderInnen in den Jahren 2004 bis 2008 zeigt auch, dass die neuen EU-Mitgliedsländer nicht die primären Quellländer der österreichischen Zuwanderung waren. Der Großteil der Zuwanderung kommt aus Drittstaaten und (in den letzten Jahren verstärkt) auch aus Deutschland.

Dieses Ergebnis wird durch mehrere Datenquellen bestätigt. So zeigen Daten über den erstmaligen Zutritt ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt, dass in den Jahren 2004 und 2005 etwa 100.000 ausländische Arbeitskräfte erstmalig in den österreichischen Arbeitsmarkt eintraten. Von diesen kam aber nur rund ein Viertel aus den 10 neuen EU-Mitgliedsländern (NMS 10), weitere 45.000 kamen aus anderen Ländern des europäischen Wirtschaftsraumes. Die erstmaligen Arbeitsaufnahmen aus den NMS 10 lagen überdies in den Jahren 2004 und 2005 nur unwesentlich über dem Wert des Jahres 2003. Der auffälligste

³⁵⁾ Die Bewertung der verschiedenen Trends der Migration aus und nach Österreich wird dabei unter anderem auch durch die in vielen Teilbereichen schlechte Datenlage zu den internationalen Wanderungsbewegungen erschwert. In der folgenden Darstellung werden daher mehrere Datenquellen herangezogen, wobei nur auf die wesentlichen Schwächen einzelner Datensätze hingewiesen werden kann. Detaillierte Diskussionen der einzelnen hier verwendeten Daten finden sich in *Biffi - Bock-Schappelwein* (2004, 2005 und 2006), sowie *Biffi*, (2004, 2005 und 2006).

Anstieg in der Neuanmeldung ergab sich insbesondere 2004 in der Gruppe der erstmaligen Beschäftigungsaufnahmen aus dem EWR und der EU. Die Zuwanderung der letzten Jahre nach Österreich ist daher überwiegend aus diesen Ländern gekommen (Huber et al., 2007).

Hinsichtlich der Zuwanderung aus den NMS 10 zeigt sich allerdings eine deutliche Verschiebung der Struktur der Arbeitskräfteaufnahmen. Während im Jahr 2003 annähernd 43% (oder etwa 4.700 Personen) der erstmaligen Beschäftigungsaufnahmen ausländischer Arbeitskräfte eine Beschäftigungsbewilligung benötigten, waren es im Jahr 2005 weniger als 1.400 Personen (oder rund 12%). Dies deutet darauf hin, dass verstärkt Personen aus den NMS 10 eine Arbeit aufnahmen, die laut Beitrittsvertrag von den Übergangsfristen ausgenommen sind.

Daten über den erstmaligen Arbeitsmarkteintritt erfassen allerdings nur Bruttobewegungen, und vernachlässigen somit den Rückzug ausländischer Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt. Allerdings zeigen die Beschäftigtenzahlen ausländischer Arbeitskräfte in Österreich nach Sendeländern (Übersicht 4.8) ebenfalls, dass der größte Teil der Nettoarbeitsaufnahmen von ausländischen Arbeitskräften aus der BRD entstand.³⁶⁾ Bei den Beschäftigungsverhältnissen deutscher StaatsbürgerInnen kam es zu einem Anstieg von annähernd 41.000 Personen. Seit dem Jahr 2000 hat sich damit die Zahl der in Österreich beschäftigten Deutschen mehr als verdreifacht.³⁷⁾ Gleichzeitig setzte sich die Dynamik der Zuwanderung aus Drittstaaten in den Jahren seit der EU-Erweiterung fort. Aus den übrigen Ländern kamen seit 2003 insgesamt fast 17.000 Beschäftigungsverhältnisse hinzu.

Übersicht 4.8: Unselbständig Beschäftigte AusländerInnen in Österreich nach Ländern und Ländergruppen

Staaten	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2003-2008 absolut
Ehemaliges Jugoslawien	158.492	161.792	161.315	161.121	160.580	160.138	161.930	164.413	165.247	4.126
Türkei	57.128	56.831	56.285	55.689	54.588	53.479	54.101	55.126	56.063	374
BRD	20.887	23.537	26.502	31.525	38.987	47.035	55.368	63.830	72.252	40.727
Polen	11.158	11.239	11.284	11.549	11.984	12.615	13.416	14.594	15.926	4.377
Ungarn	10.399	11.266	11.967	12.657	13.628	14.668	15.785	18.042	21.386	8.729
Tschechien, Slowakei	9.979	10.412	10.850	11.400	12.412	13.718	14.753	16.154	17.687	6.287
Rumänien	9.660	9.900	10.116	10.687	11.022	11.315	11.692	13.094	15.133	4.446
Übrige Staaten	42.147	44.337	46.113	55.733	59.098	61.219	63.650	67.325	72.370	16.637
Insgesamt	319.850	329.314	334.432	350.361	362.299	374.187	390.695	412.578	436.064	85.703

Q: HV, WIFO-Berechnungen.

³⁶⁾ Auch diese Zahlen sind nicht unproblematisch. Insbesondere werden etwaige Einbürgerungen früherer ZuwanderInnen in der Zahl der ausländischen unselbständig Beschäftigten nicht berücksichtigt, sodass die Zahl der in Österreich unselbständig Beschäftigten, die im Ausland geboren wurden, unterschätzt wird.

³⁷⁾ Eingehendere Analysen (Walterskirchen, 2006) gehen davon aus, dass es sich bei dieser Zuwanderung aus Deutschland vor allem um Personen handelt, die aufgrund der schlechteren Arbeitsmarktlage nach Österreich kommen und zumeist in Saisonbranchen (insbesondere im Tourismus) Arbeit fanden.

Im Vergleich zu den Jahren vor der Erweiterung erhöhte sich allerdings auch der Netto-Zugang an Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Im Zeitraum 2000-2003 stagnierte die Zahl der unselbständig Beschäftigten aus den neuen EU-Mitgliedsländern (mit einem Zuwachs von 2.700 Beschäftigungsverhältnissen) annähernd. Seit dem Jahr 2003 (und insbesondere in den letzten beiden Jahren) kam es zu einem Zuwachs von insgesamt etwa 23.900 Beschäftigungsverhältnissen (davon rund 6.000 im Jahr 2008), was wiederum rund ein Viertel des Gesamtanstiegs von 85.000 Personen darstellt. Diese Entwicklung dürfte dabei allerdings durchaus im Einklang mit der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften (insbesondere im Hochkonjunkturjahr 2008) liegen.

Schlussendlich zeigen auch Zahlen aus der österreichischen Wanderungsstatistik (Übersicht 4.9), die bis 2007 vorliegen, und Daten über Wohnortverlagerungen von ausländischen StaatsbürgerInnen erfassen, dass die Netto-Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in den Jahren 2004 bis 2007 um rund 23.000 Personen über dem Niveau der Jahre 2000 bis 2003 lag. Nach diesen Daten wanderten in den Jahren 2004 bis 2007 netto etwa 42.500 StaatsbürgerInnen aus den NMS 12 zu, während es im Zeitraum 2000 bis 2002 noch rund 19.200 waren. Relativ zur Gesamtsumme von rund 185.000 NettozuwanderInnen machten die ZuwanderInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten damit etwas mehr als ein Fünftel aus.³⁸⁾

Übersicht 4.9: Zu- und Abwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländern und Ländergruppen

	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
	1996-1999			2000-2003			2004-2007		
Ausländer insgesamt	245.603	190.813	+ 54.790	330.471	180.219	+ 150.252	387.736	202.437	+ 185.299
EU-Staaten (14)	48.212	29.544	+ 18.668	61.189	34.922	+ 26.267	90.599	45.129	+ 45.470
Deutschland	25.112	13.972	+ 11.140	36.995	17.897	+ 19.098	62.382	26.064	+ 36.318
EU-Beitrittsstaaten	53.549	50.094	+ 3.455	58.860	39.694	+ 19.166	95.901	53.428	+ 42.473
Estland	45	25	+ 20	93	45	+ 48	210	110	+ 100
Lettland	126	90	+ 36	257	94	+ 163	367	213	+ 154
Litauen	120	83	+ 37	409	272	+ 137	871	568	+ 303
Malta	11	6	+ 5	19	11	+ 8	28	17	+ 11
Polen	21.300	20.975	+ 325	12.812	10.060	+ 2.752	25.616	10.899	+ 14.717
Slowakei	6.776	5.661	+ 1.115	9.249	5.962	+ 3.287	14.619	8.295	+ 6.324
Slowenien	2.678	3.565	- 887	1.934	2.143	- 209	2.535	1.815	+ 720
Tschechien	5.263	5.368	- 105	4.860	3.802	+ 1.058	5.200	3.759	+ 1.441
Ungarn	8.034	7.111	+ 923	10.510	8.202	+ 2.308	14.935	9.424	+ 5.511
Zypern	51	50	+ 1	28	29	- 1	59	28	+ 31
Bulgarien	2.516	1.551	+ 965	4.722	2.266	+ 2.456	6.675	4.065	+ 2.610
Rumänien	6.629	5.609	+ 1.020	13.967	6.808	+ 7.159	24.786	14.235	+ 10.551
Ehem. Jugoslawien*	68.426	61.547	+ 6.879	74.264	47.504	+ 26.760	68.760	39.724	+ 29.036

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. - * Ohne Slowenien.

Diese Zahlen relativieren allerdings die oben geschilderte Länderstruktur der Zuwanderung etwas, da der größte Zuwachs bei den Wohnortverlagerungen aus Angehörigen der polni-

³⁸⁾ Diese Unterschiede im Anteil der ZuwanderInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten relativ zu den Beschäftigtenzahlen können auch durch Unterschiede in der Erwerbsquote verschiedener Gruppen und der Erfassung von Personen ohne Arbeitsaufnahmen in Österreich in der Wanderungsstatistik, erklärt werden.

schen Nationalität entstand und – im Gegensatz zu den Beschäftigtenzahlen – auch der Anstieg bei deutschen StaatsbürgerInnen nicht so stark ist. Dies kann eine Reihe von Ursachen haben. Ein Beispiel hierfür wären grenzüberschreitendes Pendeln oder Unterschiede im Zuzug von Personen (wie zum Beispiel Kindern), die in Österreich keine Arbeit aufnehmen. Aufgrund der größeren Distanz zum Heimatland ist hier anzunehmen, dass polnische Staatsbürger seltener pendeln und auch häufiger ihre Familie mitnehmen, was die höhere Zahl der ZuwanderInnen aus Polen erklären kann. Außerdem könnte bei polnischen ZuwanderInnen auch ein größerer Anteil eine selbständige Beschäftigung aufgenommen haben (siehe unten).

Die Hauptursache für die Diskrepanz bei den deutschen ZuwanderInnen dürfte hingegen die Saisonalität der Beschäftigung sein. So ist die Primärquelle der Wanderungsstatistik das österreichische Melderegister. In diesem werden allerdings nur Verlagerungen des Hauptwohnsitzes gezählt. Wenn daher Saisonarbeitskräfte (wie zum Beispiel die deutschen Arbeitskräfte im Tourismus) angeben nur einen Nebenwohnsitz in Österreich zu haben, oder – aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer – gar keinen Wohnsitz melden, würden sie in dieser Statistik nicht erfasst.

Insgesamt war somit die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten im Zeitraum seit der EU-Erweiterung deutlich geringer als in den meisten ex-ante-Schätzungen, in denen allerdings auch keine Übergangsfristen unterstellt wurden. Dies kann als ein Indiz für die Wirksamkeit der Übergangsfristen gewertet werden. Trotzdem kam es in den Jahren seit der Erweiterung zu einer – im Vergleich zu den Vorjahren – stärkeren Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, wobei einiges darauf hindeutet, dass der Großteil dieser Zuwanderung aus den von den Übergangsfristen ausgenommenen Personengruppen entstand. Schlussendlich zeigt sich auch, dass es gerade seit der Erweiterung in Österreich auch zu einer deutlichen Zunahme der Zuwanderung aus anderen Ländern (insbesondere der BRD) kam.

Übersicht 4.10: Zu- und Abwanderung von ausländischen Staatsbürgern aus und nach Österreich nach Bundesländern Ländern und Ländergruppen

	1996-1999			2000-2003			2004-2007		
	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
Wien									
Ausländer insgesamt	94.392	59.413	+ 34.979	120.838	56.260	+ 64.578	160.416	77.829	+ 82.587
EU-Staaten (14)	15.963	8.990	+ 6.973	16.162	10.044	+ 6.118	25.812	12.630	+ 13.182
Deutschland	6.431	3.451	+ 2.980	7.516	4.011	+ 3.505	14.328	5.309	+ 9.019
EU-Beitrittsstaaten	42.392	29.060	+ 13.332	20.761	8.530	+ 12.231	43.567	19.313	+ 24.254
Estland	18	9	+ 9	35	5	+ 30	100	53	+ 47
Lettland	34	18	+ 16	68	14	+ 54	83	40	+ 43
Litauen	49	26	+ 23	108	74	+ 34	455	270	+ 185
Malta	7	1	+ 6	8	3	+ 5	16	6	+ 10
Polen	6.511	5.479	+ 1.032	4.863	2.903	+ 1.960	17.081	5.565	+ 11.516
Slowakei	2.184	1.208	+ 976	2.747	1.167	+ 1.580	5.956	2.774	+ 3.182
Slowenien	391	321	+ 70	257	217	+ 40	609	331	+ 278
Tschechien	1.219	842	+ 377	1.066	533	+ 533	1.466	915	+ 551
Ungarn	2.114	1.358	+ 756	2.003	1.323	+ 680	3.987	2.086	+ 1.901
Zypern	37	34	+ 3	13	20	- 7	37	18	+ 19
Bulgarien	1.422	607	+ 815	10.869	4.270	+ 6.599	4.178	2.262	+ 1.916
Rumänien	1.900	973	+ 927	4.507	1.636	+ 2.871	9.599	4.993	+ 4.606
Ehem. Jugoslawien*	26.506	18.184	+ 8.322	28.236	13.113	+ 15.123	31.764	15.479	+ 16.285
Niederösterreich									
Ausländer insgesamt	44.369	43.567	+ 802	46.609	31.907	+ 14.702	45.568	24.949	+ 20.619
EU-Staaten (14)	5.698	3.988	+ 1.710	5.376	3.745	+ 1.631	6.974	3.577	+ 3.397
Deutschland	3.070	1.922	+ 1.148	3.320	1.965	+ 1.355	5.349	2.273	+ 3.076
EU-Beitrittsstaaten	28.057	29.745	- 1.688	6.033	4.437	+ 1.596	15.685	10.480	+ 5.205
Estland	10	8	+ 2	12	11	+ 1	18	10	+ 8
Lettland	25	19	+ 6	45	29	+ 16	28	19	+ 9
Litauen	16	7	+ 9	74	50	+ 25	75	58	+ 17
Malta	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	1	- 1
Polen	8.140	8.521	- 381	4.124	3.849	+ 275	3.806	2.552	+ 1.254
Slowakei	2.221	2.081	+ 140	2.340	1.806	+ 534	3.274	1.970	+ 1.304
Slowenien	474	622	- 148	227	242	- 15	197	167	+ 30
Tschechien	1.645	1.892	- 247	1.230	1.237	- 7	1.294	959	+ 335
Ungarn	1.807	1.824	- 17	2.095	1.898	+ 197	2.304	1.514	+ 790
Zypern	3	6	- 3	3	3	+ 0	5	2	+ 3
Bulgarien	361	349	+ 12	605	439	+ 166	522	420	+ 102
Rumänien	1.993	2.041	- 48	2.812	1.786	+ 1.026	4.162	2.808	+ 1.354
Ehem. Jugoslawien*	11.362	12.375	- 1.013	9.503	7.480	+ 2.023	7.247	4.114	+ 3.133
Burgenland									
Ausländer insgesamt	7.966	7.793	+ 173	8.141	6.185	+ 1.956	6.820	3.494	+ 3.326
EU-Staaten (14)	813	560	+ 253	1.062	548	+ 514	1.007	579	+ 428
Deutschland	461	286	+ 175	790	356	+ 434	796	397	+ 399
EU-Beitrittsstaaten (12)	2.324	2.566	- 242	2.233	1.988	+ 245	3.097	1.825	+ 1.272
Estland	1	0	+ 1	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Lettland	4	4	+ 0	7	4	+ 3	1	1	+ 0
Litauen	0	0	+ 0	7	5	+ 2	9	4	+ 5
Malta	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Polen	366	360	+ 6	311	275	+ 36	261	170	+ 91
Slowakei	298	281	+ 17	313	278	+ 35	431	220	+ 211
Slowenien	47	67	- 20	37	34	+ 3	71	62	+ 9
Tschechien	84	113	- 29	75	58	+ 17	64	47	+ 17
Ungarn	1.019	1.128	- 109	934	882	+ 52	1.466	769	+ 697
Zypern	0	0	+ 0	1	0	+ 1	1	0	+ 1
Bulgarien	55	83	- 28	97	77	+ 20	198	173	+ 25
Rumänien	450	530	- 80	451	375	+ 76	595	379	+ 216
Ehem. Jugoslawien*	1.920	2.010	- 90	1.002	1.091	- 89	694	372	+ 322

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. - *Ohne Slowenien.

Übersicht 4.11: Zu- und Abwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Bundesländern, Ländern und Ländergruppen

	2007			2006			2005		
	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
Wien									
Ausländer insgesamt	36.593	20.640	+ 15.953	34.606	20.956	+ 13.650	42.384	18.203	+ 24.181
EU-Staaten (14)	6.975	3.301	+ 3.674	6.638	3.480	+ 3.158	6.343	2.984	+ 3.359
Deutschland	4.133	1.576	+ 2.557	3.710	1.437	+ 2.273	3.409	1.188	+ 2.221
EU-Beitrittsstaaten (12)	11.391	5.233	+ 6.158	9.761	5.259	+ 4.502	11.172	4.617	+ 6.555
Estland	19	11	+ 8	19	13	+ 6	28	13	+ 15
Lettland	21	15	+ 6	19	11	+ 8	16	7	+ 9
Litauen	98	77	+ 21	133	98	+ 35	144	54	+ 90
Malta	4	2	+ 2	5	2	+ 3	4	1	+ 3
Polen	3.243	1.751	+ 1.492	3.915	1.480	+ 2.435	4.873	1.333	+ 3.540
Slowakei	1.418	832	+ 586	1.493	785	+ 708	1.635	665	+ 970
Slowenien	177	93	+ 84	134	87	+ 47	142	80	+ 62
Tschechien	363	243	+ 120	384	221	+ 163	369	208	+ 161
Ungarn	1.234	501	+ 733	962	524	+ 438	902	518	+ 384
Zypern	16	3	+ 13	7	3	+ 4	8	7	+ 1
Bulgarien	1.331	506	+ 825	821	578	+ 243	916	603	+ 313
Rumänien	3.467	1.199	+ 2.268	1.869	1.457	+ 412	2.135	1.128	+ 1.007
Ehem. Jugoslawien*	5.453	4.131	+ 1.322	5.897	4.075	+ 1.822	9.629	3.476	+ 6.153
Niederösterreich									
Ausländer insgesamt	10.716	6.524	+ 4.192	9.917	6.342	+ 3.575	12.295	6.028	+ 6.267
EU-Staaten (14)	1.977	927	+ 1.050	1.746	884	+ 862	1.754	867	+ 887
Deutschland	1.570	643	+ 927	1.353	576	+ 777	1.317	534	+ 783
EU-Beitrittsstaaten (12)	4.309	2.791	+ 1.518	3.621	2.686	+ 935	3.858	2.538	+ 1.320
Estland	1	4	- 3	6	4	+ 2	2	2	+ 0
Lettland	7	5	+ 2	4	0	+ 4	5	5	+ 0
Litauen	20	6	+ 14	14	17	- 3	23	26	- 3
Malta	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Polen	866	716	+ 150	909	680	+ 229	1.042	564	+ 478
Slowakei	806	558	+ 248	826	528	+ 298	766	447	+ 319
Slowenien	48	35	+ 13	35	41	- 6	62	42	+ 20
Tschechien	289	244	+ 45	285	230	+ 55	336	241	+ 95
Ungarn	718	456	+ 262	573	384	+ 189	543	331	+ 212
Zypern	2	1	+ 1	0	1	- 1	3	0	+ 3
Bulgarien	159	99	+ 60	107	90	+ 17	116	109	+ 7
Rumänien	1.393	667	+ 726	862	711	+ 151	960	771	+ 189
Ehem. Jugoslawien*	1.397	1.059	+ 338	1.632	1.084	+ 548	2.204	950	+ 1.254
Burgenland									
Ausländer insgesamt	1.834	1.020	+ 814	1.549	850	+ 699	1.728	832	+ 896
EU-Staaten (14)	310	166	+ 144	293	148	+ 145	278	139	+ 139
Deutschland	260	111	+ 149	236	112	+ 124	225	99	+ 126
EU-Beitrittsstaaten (12)	981	580	+ 401	778	469	+ 309	701	405	+ 296
Estland	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Lettland	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Litauen	0	1	- 1	1	0	+ 1	6	3	+ 3
Malta	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Polen	68	36	+ 32	66	56	+ 10	63	45	+ 18
Slowakei	119	55	+ 64	124	51	+ 73	90	58	+ 32
Slowenien	23	25	- 2	28	11	+ 17	9	18	- 9
Tschechien	11	14	- 3	19	11	+ 8	20	7	+ 13
Ungarn	477	283	+ 194	372	203	+ 169	341	166	+ 175
Zypern	0	0	+ 0	0	0	+ 0	0	0	+ 0
Bulgarien	58	49	+ 9	43	44	- 1	43	22	+ 21
Rumänien	225	117	+ 108	125	93	+ 32	129	86	+ 43
Ehem. Jugoslawien*	154	97	+ 57	163	89	+ 74	189	94	+ 95

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. - *Ohne Slowenien.

Durch diese geänderte Staatenstruktur der ZuwanderInnen und durch die Änderungen in der Zuwanderungspolitik, die in den letzten Jahren zum einen verstärkt auf kurzfristige Arbeitstitel in Saisonbranchen setzte, zum anderen aber bei der dauerhaften Zuwanderung stark auf Qualifikationsaspekte abstellte, kam es auch zu einer Verschiebung der regionalen Verteilung der Zuwanderung. Insbesondere war der Anteil der Zuwanderung in die österreichischen CENTROPE-Regionen in den Jahren seit 2004 unterproportional hoch. So arbeitete im Jahr 2003 ungefähr ein Drittel der ausländischen unselbständig Beschäftigten Österreichs in Wien, rund ein weiteres Siebentel in Niederösterreich und nur rund ein Fünfunddreißigstel im Burgenland. Vom Anstieg der ausländischen Beschäftigung seit der Erweiterung ging aber nur rund ein Viertel nach Wien, ein Achtel nach Niederösterreich und ein Vierzigstel ins Burgenland (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Diese unterdurchschnittlichen Anteile treffen dabei auch auf die Anteile der einzelnen Ländergruppen zu, wobei allerdings die Ausnahme der ungarischen Zuwanderung auf den burgenländischen Arbeitsmarkt, die wohl unter anderem auch auf steigende Kontingente im Grenzgängerabkommen zurückzuführen ist, deutlich macht, wie stark migrationspolitische Entscheidungen diese Zuwanderung immer noch beeinflussen. Überdies ergeben sich hier auch einige Unterschiede zur Wanderungsstatistik nach der rund die Hälfte der seit 2004 zugewanderten Bevölkerung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in die Ostregion wanderte. Nach dieser Statistik siedelten sich zwischen den Jahren 2004 und 2007 rund 15.000 Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Wien an, 6.500 in Niederösterreich und rund 1300, im Burgenland (Übersichten 4.10 und 4.11).

4.2.2 Umgehung der Übergangfristen?

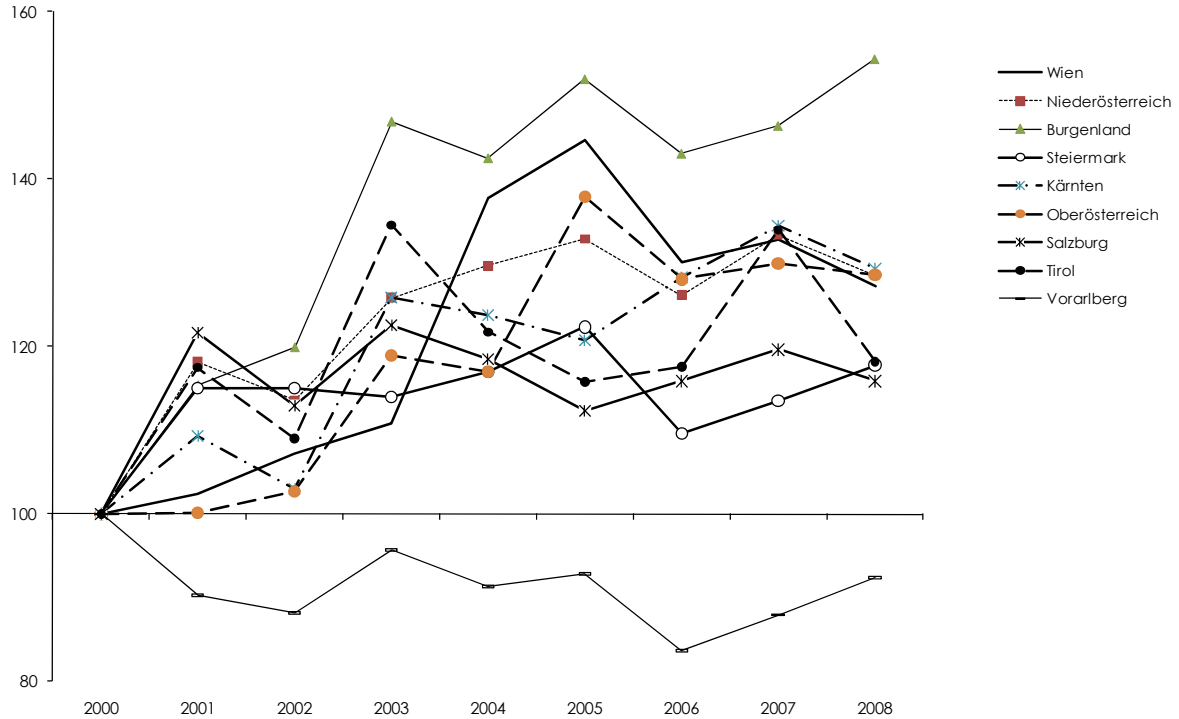
Neben der offiziellen Zuwanderung wurde in Österreich vor der Erweiterung auch befürchtet, dass die Übergangfristen zu einer Umgehung durch Schwarzarbeit und Gründung von Einzelunternehmen führen könnten. Während zur Schwarzarbeit kaum Daten vorliegen³⁹⁾, haben sich bei der Zahl der Unternehmensgründungen von EinzelunternehmerInnen, die nicht unter die Übergangfristen fallen, Entwicklungen ergeben, die zumindest in den ersten Jahren nach der EU-Erweiterung auf eine teilweise Umgehung schließen lassen.

Insbesondere stieg die Zahl der in Österreich neu angemeldeten Ein-Personen-Unternehmen laut Meldestatistik der Wirtschaftskammer im Jahr 2004 um rund 5.000 an (Abbildung 4.1), wobei interne Auswertungen der Kammer darauf hindeuten, dass in den Jahren 2004 und 2005 rund 10.000 neue UnternehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern (vor allem Polen) stammen. Sie meldeten ihr Gewerbe vor allem in Wien (oftmals im Bau- oder Baunebengewerbe) an. Seit 2005 stagniert aber zumindest die Zahl der neugegründeten Betriebe wieder.

³⁹⁾ Anekdotische Evidenz, die eine Zunahme der Schwarzarbeit in einzelnen Branchen in grenznahen Gebieten nahe legt, wurde von der Arbeiterkammer (siehe Arbeiterkammer Österreich, 2005) gesammelt.

Abbildung 4.1: Entwicklung der Unternehmensanmeldungen in Österreich

2000 = 100



Q: Wirtschaftskammer Österreich, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4.12: Entwicklung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen Staatsbürgern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Österreich

	2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung 2003-2007 absolut
Tschechien	160	186	235	283	315	+ 155
Estland	3	2	4	7	6	+ 3
Zypern	5	5	6	7	6	+ 1
Lettland	6	5	8	10	16	+ 10
Litauen	6	7	15	22	22	+ 16
Ungarn	590	596	784	1.015	1.232	+ 642
Malta	0	2	2	2	3	+ 3
Polen	1.038	1.588	3.471	4.668	5.073	+ 4.035
Slowenien	103	113	145	165	186	+ 83
Slowakei	180	261	570	882	1.072	+ 892
Insgesamt	2.091	2.765	5.240	7.061	7.931	+ 5.840

Q: AMS Österreich, WIFO-Berechnungen. – Anmerkung: Übersicht meldet Beschäftigtenstände Ende November.

Dies wird zum Teil auch durch Zahlen aus der Meldestatistik des Arbeitsmarktservice bestätigt, nach denen der Anstieg der selbständig Beschäftigten aus den neuen EU-Mitgliedsländern bis 2007 fast 6.000 Personen ausmacht (Übersicht 4.12), wobei dieser Anstieg zum überwiegenden Teil aus Polen und damit nicht aus den CENTROPE-Ländern, und ebenfalls vor allem aus den Jahren 2004 bis 2006, stammt.⁴⁰⁾ Regional dürfte sich diese zusätzliche Zuwanderung überdies – laut den Meldezahlen der Kammerstatistik – vor allem auf Wien konzentrieren (Abbildung 4.1).

4.2.3 Arbeitslosigkeit und Verdrängung von ausländischen Arbeitskräften

Obwohl somit die bedeutenderen Entwicklungen bei der Zuwanderung in den Jahren 2004 bis 2008 nicht von der EU-Erweiterung ausgegangen sind, sondern aus anderen Ländergruppen stammen, stellt die Erweiterung doch auch Herausforderungen an das österreichische Migrationssystem, die über jene einer erhöhten Zuwanderung aus den NMS 10 hinausgehen. Abgesehen von der bereits dargestellten steigenden Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern hat sich nämlich in den letzten Jahren auch die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte erhöht. Sie lag auch im Jahr 2008 – trotz der in den Jahren seit 2006 aufgrund der guten Konjunktur stark rückläufigen Tendenz – immer noch (um 0,1 Prozentpunkte) über dem Niveau des Jahres 2000 (Abbildung 4.13).

Übersicht 4.13: Arbeitslose AusländerInnen nach Nationalitäten

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung 2003-2008 absolut
Ehem. Jugoslawien*	12.973	15.659	18.259	19.029	19.351	19.667	17.579	14.807	12.633	– 6.396
Türkei	5.647	6.712	7.729	8.018	8.336	8.759	7.944	7.282	6.806	– 1.212
Deutschland	1.549	1.732	2.115	2.438	2.797	3.205	3.313	3.408	3.637	+ 1.199
Polen	816	970	1.153	1.195	1.300	1.433	1.445	1.349	1.328	+ 133
Ungarn	424	476	601	609	675	812	824	825	849	+ 240
Tschechien, Slowakei	531	618	731	783	953	1.078	1.102	1.096	1.080	+ 297
Rumänien	779	891	1.073	1.054	1.112	1.209	1.164	1.155	1.170	+ 116
Slowenien	347	388	438	439	446	472	482	442	433	– 6
Insgesamt	25.757	30.607	36.131	38.208	40.393	44.302	42.190	39.562	38.257	+ 49

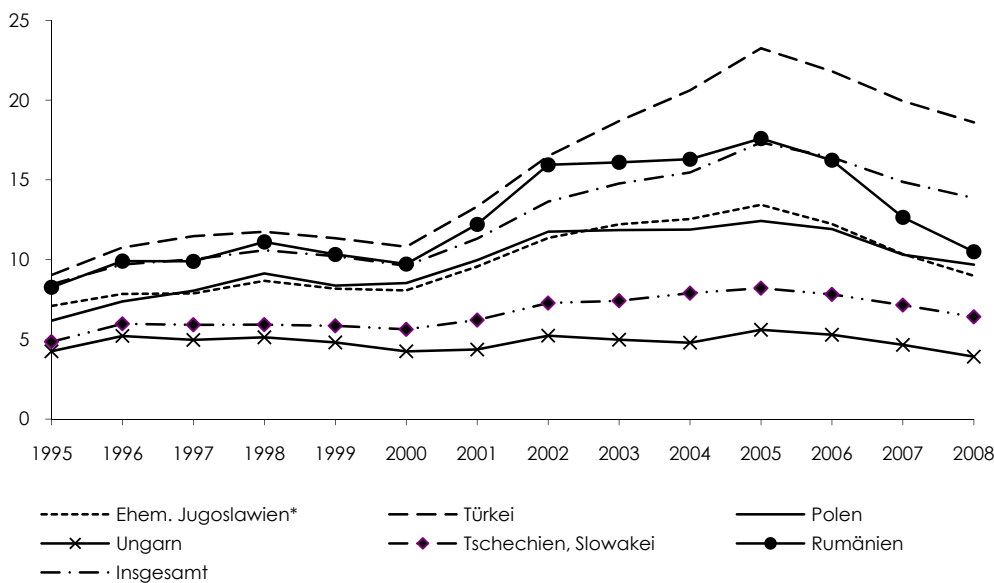
Q: HV, WIFO-Berechnungen. – * ohne Slowenien.

Von diesem Anstieg waren vor allem die Angehörigen der traditionellen Zuwanderungsgruppen betroffen. So stieg die Arbeitslosigkeit unter den traditionellen Gastarbeitergruppen (Türkische StaatsbürgerInnen und StaatsbürgerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien)

⁴⁰⁾ Unterschiede zwischen der Meldestatistik der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservice können unter anderem entstehen, wenn selbständige Personen ihr Gewerbe in Österreich nur kurzfristig ausüben, aber bei der Kammer nicht abmelden. Da die bestehende Anmeldung bei der Wirtschaftskammer mit keinen Kosten verbunden ist, dürfte dies öfters der Fall sein.

absolut am stärksten an, wobei der Anstieg unter türkischen StaatsbürgerInnen um (gegenüber dem Jahr 2000) 7,8 Prozentpunkte der höchste ist.⁴¹⁾ Mit Arbeitslosenquoten von über 18,6% (bei einer Gesamtarbeitslosenquote in Österreich von 5,9%) unter den türkischen StaatsbürgerInnen im Jahr 2008 und einer Arbeitslosenquote von 9,0% unter den StaatsbürgerInnen des ehemaligen Jugoslawien wird es am österreichischen Arbeitsmarkt daher aus mittelfristiger Perspektive zunehmend schwieriger diese traditionellen ZuwanderInnengruppen dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Abbildung 4.2: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten in % der unselbständigen Erwerbspersonen



Q: HV, WIFO-Berechnungen.

Bei den nicht traditionellen ZuwanderInnengruppen ist die Arbeitslosigkeit hingegen deutlich geringer. So liegt die Arbeitslosenquote der ungarischen ArbeitnehmerInnen in Österreich mit zuletzt 3,9% traditionellerweise unter dem österreichischen Durchschnitt und bei den TschechInnen und SlowakInnen (mit 6,4%) nur leicht darüber. Einzig unter den RumänInnen (10,5%) und PolInnen (9,7%), die allerdings in Österreich aufgrund der Zuwanderung in den späten achtziger Jahren ebenfalls schon zu den traditionellen GastarbeiterInnengruppen gehören, ist die Arbeitslosigkeit bereits seit längerem deutlich höher als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Dies deutet auf eine Substitution zwischen alteingesessenen ausländischen Arbeitskräften und neu zuwandernden Gruppen am österreichischen Arbeitsmarkt hin.⁴²⁾

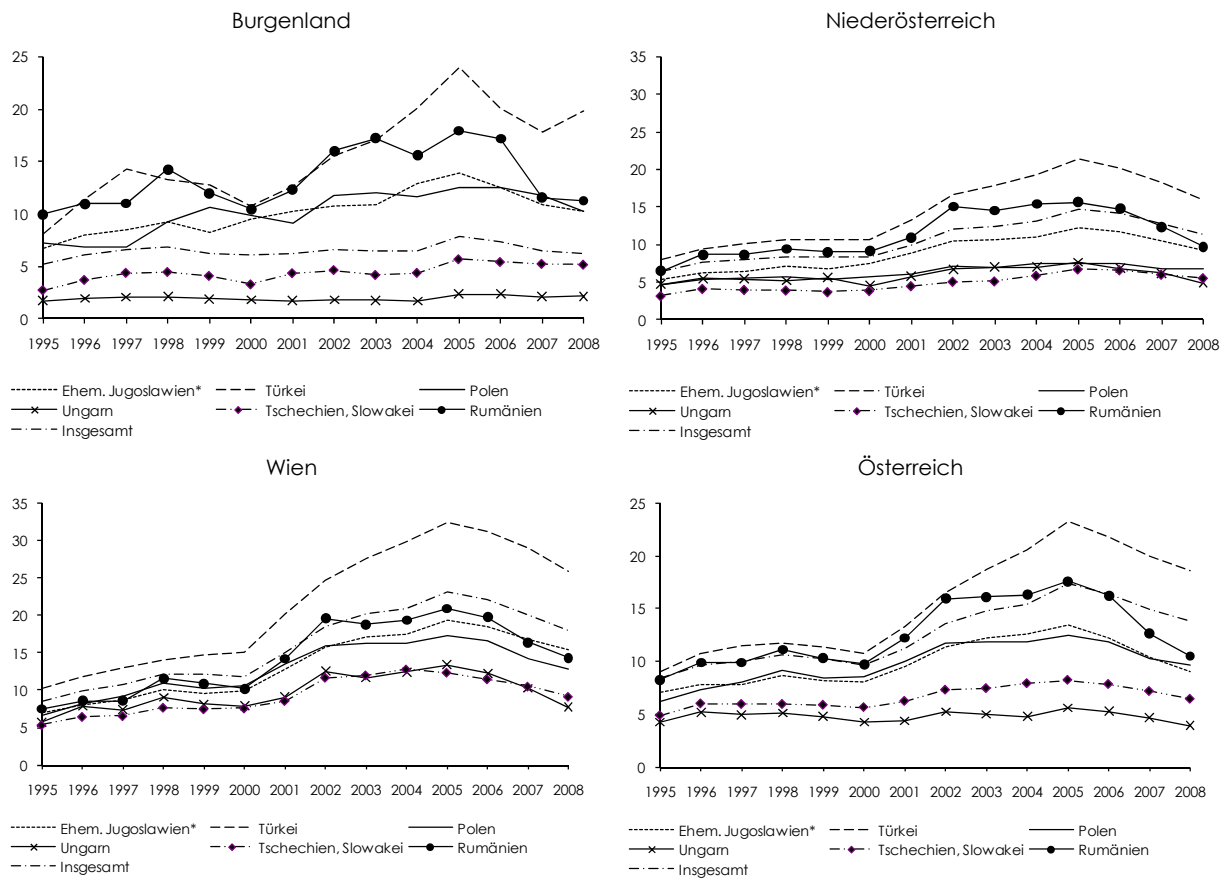
⁴¹⁾ Die höheren Arbeitslosenquoten unter den "alteingesessenen" Gruppen ausländischer Arbeitskräfte zeigt sich auch anhand der Polen, deren Zuwanderung – im Gegensatz zu den Gruppen aus den übrigen neuen EU-Mitgliedstaaten – bereits in den achtziger Jahren begann.

⁴²⁾ Die Zuwanderung der letzten Jahre verschärft auch die Konkurrenzsituation zwischen den niedergelassenen und den neu zuwandernden Arbeitskräften, die oftmals nur mit befristeten Titeln auf den Arbeitsmarkt kommen. Eine Per-

Insgesamt gelingt es in Österreich daher nur unzureichend ZuwanderInnen zu integrieren. Dies betrifft nicht nur die Arbeitsmarktintegration, sondern auch die schulische und gesellschaftliche Integration. So zeigen eine Reihe von Studien (Bock-Schappelwein, 2004, Fritz et al., 2006), dass die schulische Integration ausländischer Kinder und österreichischer Kinder der zweiten Generation gering ist, und überdies ausländische Arbeitskräfte deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt werden (siehe hierzu auch Bock-Schappelwein et al., 2008).

Abbildung 4.3: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten Im Burgenland und in Österreich

Arbeitslose in % der bewilligungspflichtigen AusländerInnen



Q: AMS, HV, WIFO-Berechnungen.

Diese integrationspolitischen Probleme unterscheiden sich dabei in regionaler Hinsicht deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern des österreichischen Teils der CENTROPE:

- Besonders gravierend erscheinen die Probleme der Integration der ausländischen Arbeitskräfte in Wien. Die Arbeitslosenquote unter türkischen Staatsangehörigen lag hier im Jahr

sonengruppe, die dabei besonders unter Druck gerät, sind Drittstaatsangehörige, deren Arbeitslaubnis infolge von Arbeitslosigkeit entzogen wird und die keine Schlüsselqualifikationen aufweisen. Sie sind von Abschiebung bedroht, sobald die Niederlassungsbewilligung ausläuft (Biffl - Bock-Schappelwein, 2004).

2008 bei 25,9% und mit Ausnahme der tschechischen und slowakischen (9,2%) und der ungarischen Staatsangehörigen (7,8%) weisen alle Zuwandergruppen Arbeitslosenquoten auf, die im zweistelligen Bereich liegen.

- Deutlich besser ist hingegen die Lage in Niederösterreich. Hier liegt die Arbeitslosenquote insgesamt unter dem Durchschnitt der Ostregion und unter den Gruppen der ausländischen Beschäftigten weisen nur mehr die türkischen Staatsangehörigen (mit 15,9%) eine zweistellige Arbeitslosenquote auf. Überdies liegen die Arbeitslosenquoten der Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der RumänInnen (9,7%) und der PolInnen (6,8%) unter der niederösterreichischen Gesamtarbeitslosenquote von 5,9%.
- Das Burgenland profitiert hingegen bei der Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte stark von den Grenzgängerabkommen mit Ungarn. Da es sich bei diesen Arbeitskräften um Pendler handelt, die am (ungarischen) Wohnort und nicht im Burgenland arbeitslos werden, liegt die Arbeitslosenquote der ungarischen Staatsangehörigen im Burgenland nur bei 2,1%. Ansonsten liegen allerdings, mit Ausnahme der tschechischen und slowakischen Arbeitskräfte, die Arbeitslosenquoten der ausländischen Arbeitskräfte durchwegs über dem Durchschnitt des Bundeslandes.

4.3 Zusammenfassung

Insgesamt zeigt eine Analyse der europäischen Arbeitskräfteerhebung somit, dass die CENTROPE-Region gerade bei der Bewegung der Arbeitskräfte zwischen ihren einzelnen Teilregionen immer noch eine schwach integrierte Region ist. Einzig zwischen der tschechischen und slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen, die aber wohl eher auf die historischen Verbindungen dieser Länder zurück zu führen sind, denn auf die Integrationspolitik der letzten Jahre.

Überdies weist diese Analyse die österreichische CENTROPE (und hier vor allem die Stadt Wien) eindeutig als das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung, sowohl innerhalb als auch außerhalb der CENTROPE, aus, wobei aber hier die immer noch bestehenden Barrieren der Zuwanderung für die neuen Mitgliedstaaten gepaart mit der längeren (Nachkriegs-)Geschichte der Zuwanderung aus anderen Ländern, dazu geführt haben, dass die Zuwanderung aus anderen Regionen als den CENTROPE-Ländern deutlich wichtiger ist.

Für die Region insgesamt ist dabei aufgrund der Emigration aus den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten die Emigration in andere europäische Regionen quantitativ bedeutsamer als die zwischen den CENTROPE-Regionen. Durch diese Emigration verloren dabei sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile in den neuen Mitgliedstaaten oftmals hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die insbesondere gegen Ende der Hochkonjunktur 2008, am heimischen Arbeitsmarkt schwer zu finden waren.

Für Österreich zeigt sich überdies, dass die Übergangsfristen zumindest relativ zu den ex-ante Prognosen ohne Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung bewirkt haben dürften. Diese führten unter anderem auch dazu, dass der Großteil der Zuwanderung nach Österreich

(auch) in den Jahren seit 2004 aus alten Mitglieds- und Drittstaaten stammt. Gleichzeitig kam es aber auch im Vergleich zu den Jahren vor der Erweiterung zu einer erhöhten Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten. Im Zeitraum 2000 bis 2003 stagnierte die Zahl der unselbständig Beschäftigten aus den neuen Mitgliedsländern (mit einem Zuwachs von 2.700 Beschäftigungsverhältnissen) annähernd. Seit dem Jahr 2003 (bis 2008) kam es zu einem Zuwachs von insgesamt etwa 23.900 Beschäftigungsverhältnissen, etwas mehr als ein Viertel des Anstiegs ausländischer Beschäftigung in Österreich (rund 85.000). Regional verteilte sich die Zuwanderung dabei etwas stärker als zu erwarten auf Bundesländer außerhalb des österreichischen Teils der CENTROPE.

Des Weiteren zeigen sich nur schwache Anzeichen einer zumindest teilweisen Nutzung der Umgehungsmöglichkeiten der Übergangsbestimmungen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die sich nur auf die ersten Jahren nach der Erweiterung und einzelne Teilregionen der österreichischen CENTROPE (insbesondere Wien) beschränkten.

Auffällig war auch die Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte seit der Erweiterung. Während die Arbeitslosenquoten der ZuwanderInnen aus den neuen Mitgliedstaaten in Österreich zumeist unter oder nur leicht über dem nationalen Durchschnitt liegen, erreicht die Arbeitslosigkeit unter den traditionellen ZuwanderInnengruppen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zum Teil über 10%. Dies deutet auf zunehmende integrationspolitische Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt hin, wobei sich diese in regionaler Hinsicht zwischen den einzelnen Bundesländern des österreichischen Teils der CENTROPE deutlich unterscheiden. Vor allem in Wien scheinen die Probleme der Integration der ausländischen Arbeitskräfte gravierend.

Dementsprechend wichtig ist es, eine möglichst nachhaltige Integration ausländischer Arbeitskräfte in das Erwerbsleben sicherzustellen. Ausländische Arbeitskräfte sind dabei auf mehreren Ebenen benachteiligt. So sind im Ausland geborene in stärkerem Ausmaß armutsgefährdet, haben – vor allem im Haupterwerbsalter – eine geringere Erwerbsquote und eine deutlich höhere Arbeitslosenquote. Überdies sind AusländerInnen schlechter ins Bildungssystem integriert, und auch am Wohnungsmarkt bestehen Anzeichen einer Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger. Die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt sind demnach Konsequenz einer weit breiteren gesamtgesellschaftlichen Integrationsproblematik. Daher sollte auf regionaler Ebene – zumindest im österreichischen Teil der CENTROPE – eine umfassende Integrationspolitik formuliert werden, die sich auf eine verbesserte Integration von AusländerInnen (bzw. Personen mit Migrationshintergrund) der zweiten Generation in die Erstausbildung, verstärkte Anstrengungen in der Integration ausländischer Arbeitskräfte in die Aus- und Weiterbildung und eine Verringerung der Benachteiligung ausländischer Staatangehöriger am Wohnungs- und Arbeitsmarkt konzentriert.

5. Zusammenfassung und Politikempfehlungen

Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten im Mai 2004 wurde in Österreich ausgesprochen kontrovers diskutiert. Dabei wurde von den Befürwortern dieser Erweiterungsrunde – abgesehen von der außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung – immer wieder betont, dass Österreich insgesamt zu den größten wirtschaftlichen Profiteuren der Erweiterung unter den alten EU-Mitgliedsländern zählt. Von Kritikern wurden hingegen vor allem die potenziellen negativen Verteilungswirkungen angesprochen. Dabei standen die möglichen Auswirkungen von Migration und Pendeln, der Dienstleistungsfreiheit und regionale Auswirkungen im Mittelpunkt des Interesses.

Ex-ante Evaluierungen zur EU-Erweiterung beurteilten dabei die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die regionalen Chancen und Gefahren der EU-Erweiterung durchaus differenziert. Insbesondere wurde erwartet, dass die Auswirkungen der Erweiterung auf die Regionen des österreichischen Teils der CENTROPE unterschiedlich verlaufen würden. Wie auch für Österreich insgesamt kommen Studien (*Palme - Mayerhofer, 2001*) zu dem Ergebnis, dass die großen Städte der Region (insbesondere Wien) aufgrund einer günstigen Spezialisierung zwar Wettbewerbsvorteile hätten, aber auch besonders viel von der zu erwartenden Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern erhalten würden, während die ländlichen Regionen aufgrund ihrer sektoralen Spezialisierung einen Wettbewerbsnachteil hätten, aber nur einen geringen Teil der Migration erhalten würden.

Die internationale Literatur zur ex-post-Bewertung der EU-Erweiterung findet hingegen allenfalls in Großbritannien, Irland und einigen der bedeutenderen Sendeländer (die baltischen Staaten, Slowakei und Polen) nennenswerte makro-ökonomische Effekte der EU-Erweiterung, selbst hier scheinen die Effekte jedoch zumeist gering gewesen zu sein. Insgesamt kam es somit seit der EU-Erweiterung weder in den neuen noch in den alten EU-Mitgliedsländern der EU zu starken Verwerfungen am Arbeitsmarkt oder der wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings dürften die Gewinne auch nicht exorbitant gewesen sein. Dies war angesichts der Übergangsfristen in den meisten Bereichen, in denen es zu substantiellen Änderungen hätte kommen können, allerdings auch zu erwarten.

Die vorliegende Studie, welche eine Teilstudie des transnationalen Projektes "Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in den Grenzregionen zu Österreich (FAMO)" ist und auf vorangegangenen Studien im Rahmen des LAMO-Projektes (*Huber et al., 2007*) aufbaut, stellt die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE-Region seit dem Zeitpunkt der Erweiterung dar. Zentrale Fragestellung ist dabei – vor dem Hintergrund der Erwartungen vor der Erweiterung, nach denen die CENTROPE-Region zu den am stärksten betroffenen Regionen Europas gehören würde – inwiefern es hier seit der Erweiterung sichtbare Impulse auf Wertschöpfungs- und Beschäftigungswachstum gab, und ob es in diesem Zeitraum in Teilregionen von CENTROPE zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt kam.

5.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region

Betrachtet man dabei zunächst die Entwicklung der CENTROPE-Länder und der -Regionen seit dem Jahr 2004, zeigt sich, dass die Phase seit der Erweiterung bis ins Jahr 2008 durchwegs durch ein hohes Wachstum und eine sich deutlich bessernde Arbeitsmarktlage geprägt war, sodass auch für diese Region nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Erweiterung bisher zu massiven negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten geführt hat.

Gleichzeitig hat sich seit dem Jahr 2004 der Aufholprozess der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten fortgesetzt und zum Teil auch beschleunigt. Das spektakulärste Beispiel hierfür sind dabei die slowakischen CENTROPE-Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit in den 2000er Jahren rapide zurückgegangen und die Beschäftigungsquote deutlich gestiegen ist, und die auch über den gesamten Zeitraum seit der Erweiterung die wachstumsstärksten Regionen in der CENTROPE waren. Eine Ausnahme ist hingegen Westtransdanubien. Hier stagnierten aufgrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage Ungarns und erheblichen regionsinternen Restrukturierungsprozessen, die Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten und auch das Wachstum war in dieser Region deutlich geringer als in den anderen Teilen der CENTROPE.

Strukturell blieb die CENTROPE aber auch während der Hochkonjunktur eine sehr heterogene Region mit einem deutlich stärker tertiärisierten österreichischen Teil. Allerdings lassen sich die "Bruchlinien" innerhalb der CENTROPE-Region nicht immer eindeutig an nationalen Grenzen festmachen. So ist die CENTROPE-Region neben der "Ost-West-Bruchlinie" auch durch strukturelle Unterschiede, wie jene zwischen städtischen Regionen (z. B. Wien-Bratislava), Industrie-regionen (z. B. der Großteil der CENTROPE-Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten) und eher ländlichen-agrarischen Gebieten (wie z. B. dem Burgenland) geprägt.

Während die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE somit für den Großteil des Zeitraums seit der Erweiterung aufgrund der guten Konjunkturlage ausgesprochen positiv verlief, traten gegen Ende des Jahres 2008 alle Wirtschaften der CENTROPE – ebenso wie annähernd alle Wirtschaften der Welt – in eine massive Rezession ein. Diese wird sich, aufgrund der stärkeren Abhängigkeit der neuen EU-Mitgliedstaaten von ausländischen Investoren und Krediten und der in einigen Ländern eingeschränkten budgetären Spielräume, in den neuen EU-Mitgliedstaaten noch stärker auswirken als in Österreich.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren dabei durchaus dramatisch. Im I. Quartal 2009 kam es in den meisten Ländern der CENTROPE – so wie in der Weltwirtschaft – zu einem deutlichen Rückgang des Außenhandels, wobei die Rückgänge bei den Exporten im I. Quartal 2009 in Ungarn ein Maximum von -30,5% gegenüber dem Vorjahr erreichten und in keinem der CENTROPE-Länder unter 20% lagen. Ähnlich sank die Industrieproduktion im I. Quartal 2009 um durchwegs mehr als 20% und erreichte in der Slowakei ein Minus von 29,6%. Für die Zukunft sind die Prognosen für das Wirtschaftswachstum ebenfalls eher pessimistisch. So prognostizierte zum Beispiel das WIIW im Mai 2009 (Astrov - Pöschl, 2009) einen Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes für 2009 von -6% in Ungarn, -2% in der Slowakei und

-1,5% in Tschechien und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung geht in seiner Septemberprognose von einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes Österreichs von -3,4% aus. Nächstes Jahr (2010) sollten die Wirtschaften der neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE im Wesentlichen stagnieren (wobei in Ungarn ein weiterer Rückgang des BIP erwartet wird und in Tschechien ein positives Wachstum prognostiziert wird), während für Österreich von einem Anstieg des Wachstums auf 1% ausgegangen wird. Für die Gesamtregion wird erst ab 2011 wieder mit einem deutlicheren Wachstum zu rechnen sein, und auf den Arbeitsmärkten ist noch bis ins Jahr 2011 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Überwindung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ist daher sicherlich das zentrale gemeinsame Problem aller wirtschaftspolitischen Akteure der Region. Daneben zeigen sich allerdings auch einige andere potentielle Ansatzpunkte. So sind zum Beispiel die Forschungsressourcen und auch die Infrastruktur- und Humankapitalausstattung im europäischen Vergleich in der CENTROPE immer noch gering. Dies wird sich – angesichts der knappen öffentlichen Budgets – wohl auch nicht so rasch ändern. Hier könnte aber versucht werden über engere Kooperationsbeziehungen innerhalb der Region verstärkt Synergien in den Bereichen der Forschung und Bildung zu nutzen.

Die gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Probleme der Region sind dabei vor allem die – trotz erheblicher Fortschritte bei der Beschäftigung der Älteren – immer noch geringe Erwerbsquote der Älteren, eine selbst in den Hochkonjunkturjahren immer noch steigende Jugendarbeitslosigkeit und in den Regionen der neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Dies legt nahe, dass grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Initiativen gerade in diesen Bereichen auf ein gemeinsames Interesse stoßen könnten.

Überdies zeigt sich, dass der Aufholprozess der CENTROPE-Regionen in den neuen Mitgliedstaaten Männer deutlich bevorzugt. Frauen profitierten vom starken Beschäftigungswachstum und der sinkenden Arbeitslosigkeit weniger stark. Hier ist zu befürchten, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise diese Tendenzen wohl eher noch verstärken wird, sodass zielgruppengerechte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen in diesen Regionen in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen sollten. Für den österreichischen Teil der CENTROPE zeigt sich hingegen, dass selbst in Hochkonjunkturjahren ein erheblicher Teil der Beschäftigung in niedriger qualifizierten, Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen geschaffen wird. Hier ist zu erwarten, dass diese Tendenz der Atypisierung des Arbeitssystems in der Krise noch verstärkt wird. Ein Ziel der Arbeitsmarktpolitik könnte es hier sein (zum Beispiel über spezielle Weiterbildungsangebote an Teilzeitbeschäftigte) den Wechsel von Voll- in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse nach der Krise – wenn wieder mehr Vollzeitbeschäftigte benötigt werden – möglichst unproblematisch zu gestalten.

5.2 Analyse für Migrationsbewegungen

Die CENTROPE-Region ist – trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahren – immer noch wirtschaftlich schwächer integriert als andere Grenzregionen der EU, die bereits eine längere

Tradition der offenen Grenzen haben. Dies betrifft vor allem die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte. Einzig zwischen der Tschechischen und Slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen, die aber wohl eher auf die historischen Verbindungen dieser Länder zurück zu führen sind, denn auf die Integrationspolitik der letzten Jahre. Für die Region insgesamt ist dabei aufgrund der Emigration aus den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten die Emigration in andere europäische Regionen quantitativ bedeutsamer als die Wanderung zwischen den CENTROPE-Regionen. Durch diese Emigration verloren dabei sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile in den neuen Mitgliedstaaten überwiegend hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die, insbesondere gegen Ende der Hochkonjunktur 2008, am heimischen Arbeitsmarkt schwer zu finden waren.

Innerhalb der CENTROPE ist der österreichische Regionsteil (und hier vor allem die Stadt Wien) dabei eindeutig das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung sowohl aus anderen CENTROPE-Regionen als auch von außerhalb der CENTROPE. Allerdings führen aber auch hier die immer noch bestehenden Barrieren der Zuwanderung für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten gepaart mit der längeren (Nachkriegs-)Geschichte der Zuwanderung aus anderen Ländern, dazu, dass die Zuwanderung aus anderen Regionen immer noch wichtiger ist als jene aus den CENTROPE-Ländern.

Wirtschaftspolitisch erscheint – gerade angesichts der im hochqualifizierten Bereich immer wieder auftretenden Personalknappheiten bei hoch qualifizierten Arbeitskräften – diese starke Außenorientierung der Arbeitskräftewanderung (sowohl der Emigration als auch der Immigration) bei gleichzeitiger starker Restriktion der grenzüberschreitenden internen Arbeitskräftewanderung (sowohl bei Migration als auch Pendeln) gerade bei höher qualifizierten Arbeitskräften nicht wünschenswert. Sie trägt dazu bei, dass einerseits höher qualifizierte Arbeitskräfte aus der unmittelbaren Umgebung an andere (weiter entfernte) Länder abgegeben werden, während gleichzeitig die Migrations- und Wirtschaftspolitik immer stärkere Anstrengungen unternimmt, um aus (denselben oder anderen) weiter entfernten Ländern ebenfalls hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen.

Für den weiteren Verlauf der ohnehin nur mehr kurz bestehenden Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte wäre es daher für die Gesamtregion zumindest im Bereich der Hochqualifizierten überlegenswert de-facto Freizügigkeit herzustellen, wobei hier als Instrumente die in Österreich gut erprobten bilateralen Abkommen (wie sie zum Beispiel im Burgenland für GrenzgängerInnen bestehen) für Hochqualifizierte entsprechend ausgebaut werden könnten, oder aber auch unilaterale Maßnahmen, wie sie zum Beispiel im Rahmen des österreichischen Stufenplanes vorgesehen sind, eingesetzt werden könnten.

Für Österreich zeigt sich überdies, dass die Übergangsfristen zumindest relativ zu den ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung bewirkt haben dürften. Diese führten unter anderem auch dazu, dass der Großteil der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren seit 2004 aus alten Mitglieds- und Drittstaaten stammt. Gleichzeitig kam es aber auch im Vergleich zu den Jahren vor der Erweiterung zu einer erhöhten Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten. Im Zeitraum 2000 bis 2003 stagnierte die Zahl der unselbständig

Beschäftigten aus den neuen Mitgliedsländern (mit einem Zuwachs von 2.700 Beschäftigungsverhältnissen) annähernd. Seit dem Jahr 2003 (bis 2008) kam es zu einem Zuwachs von insgesamt etwa 23.900 Beschäftigungsverhältnissen, etwas mehr als ein Viertel des Anstiegs ausländischer Beschäftigung in Österreich (rund 85.000). Regional verteilte sich die Zuwanderung dabei etwas stärker als vor der Erweiterung auf Bundesländer außerhalb des österreichischen Teils der CENTROPE.

Des Weiteren zeigen sich nur schwache Anzeichen einer zumindest teilweisen Nutzung der Umgehungsmöglichkeiten der Übergangsbestimmungen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die sich überdies nur auf die ersten Jahren nach der Erweiterung und einzelne Teilregionen der österreichischen CENTROPE (insbesondere Wien) beschränkten.

Auffällig war auch die Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte seit der Erweiterung. Während die Arbeitslosenquoten der ZuwanderInnen aus den neuen Mitgliedstaaten in Österreich zumeist unter oder nur leicht über dem nationalen Durchschnitt liegen, erreicht die Arbeitslosigkeit unter den traditionellen ZuwanderInnengruppen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zum Teil über 10%. Dies deutet auf zunehmende integrationspolitische Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt hin, wobei sich diese in regionaler Hinsicht zwischen den einzelnen Bundesländern des österreichischen Teils der CENTROPE deutlich unterscheiden. Vor allem in Wien scheinen die Probleme der Integration der ausländischen Arbeitskräfte gravierend.

Dementsprechend wichtig ist es, eine möglichst nachhaltige Integration ausländischer Arbeitskräfte in das Erwerbsleben sicherzustellen. Ausländische Arbeitskräfte sind dabei auf mehreren Ebenen benachteiligt. So sind im Ausland Geborene in stärkerem Ausmaß armutsgefährdet, haben – vor allem im Haupterwerbsalter – eine geringere Erwerbsquote und eine deutlich höhere Arbeitslosenquote. Überdies sind AusländerInnen schlechter ins Bildungssystem integriert, und auch am Wohnungsmarkt bestehen Anzeichen einer Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger. Die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt sind demnach Konsequenz einer weit breiteren gesamtgesellschaftlichen Integrationsproblematik. Daher sollte auf regionaler Ebene – zumindest im österreichischen Teil der CENTROPE – eine umfassende Integrationspolitik formuliert werden, die sich auf eine verbesserte Integration von AusländerInnen (bzw. Personen mit Migrationshintergrund) der zweiten Generation in die Erstausbildung, verstärkte Anstrengungen in der Integration ausländischer Arbeitskräfte in die Aus- und Weiterbildung und eine Verringerung der Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger am Wohnungs- und Arbeitsmarkt konzentriert.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., "Europe's Position in Quality Competition", Working Paper and Background Report for "The European Competitiveness Report 2000", DG Enterprise, Brussels, 2000.
- Altzinger, W., "Grenzüberschreitende Direktinvestitionen" in BMWA, Österreichs Außenwirtschaft, Jahrbuch 2003/2004, BMWA, 2004.
- Altzinger, W., On the Earnings of Austrian Affiliates in the New EU Member Countries, University of Economics and BA, Vienna; Department of Economics, presented at the NOEG Annual Meeting May 5 – 6 2006, 2006.
- Arbeiterkammer Österreich, Ein Jahr EU-Erweiterung: Trends und Fakten – Eine umfassende Analyse aus Sicht der Bundesarbeiterkammer, AK, Wien, 2005.
- Astrov, V., Pöschl, J., "MOEL im Sog der Krise", wiiw research papers No. 2009-05, 2009.
- Astrov, Vasily, Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt, WIFO Monatsberichte, Jg. 77, Heft 5, 2004.
- Astrov, Vasily, Unterschiedliche Einflüsse beschleunigen Wachstum in den MOEL, WIFO Monatsberichte, Jg. 78, Heft 5, 2005.
- Astrov Vasily, Wirtschaftswachstum hält in den MOEL an, WIFO Monatsberichte, Jg. 79, Heft 5, 2006.
- Baas, T., et al., The macroeconomic consequences of labour mobility, in Brücker H. et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Beer, E. et al., Die Erweiterung der Europäischen Union mit 1. Mai 2004: Was wird sich für uns ändern, Kommentar zu Beitrittsvertrag aus Sicht der österreichischen ArbeitnehmerInnen, Arbeiterkammer Österreich, Wien, 2003.
- Biffi, G., SOPEMI Report on Labour Migration, Austria, mehrere Jahrgänge.
- Biffi, G., et al., Ökonomische und strukturelle Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Österreich, Studie im Auftrag des AMS, WIFO, Wien, 1997.
- Biffi, G., Huber, P., Walterskirchen, E., Auswirkungen der Übergangsregelungen im Bereich der Freizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit, WIFO, Wien 2006.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich, WIFO, mehrere Jahrgänge.
- Birner, A., Huber, P., Winkler, P., Schätzung des Potentials an Einpendlern und Arbeitsmigranten aus den MOEL und regionale Arbeitsmarktwirkungen in Palme, G., et al., 1999.
- Blonigen, B., A Review of the Empirical Literature on FDI Determinants, NBER Working Paper, April 2005, (11299).
- Bock-Schappelwein, J., Bremberger, C., Hierländer, R., Huber, R., Knittler, K., Berger, J., Hofer, H., Miess, M., Strohner, L., Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989–2007, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO und des Instituts für höhere Studien (IHS) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2009.
- Boeri, T., Brücker, H., (Hrsg.) The Impact of Eastern Enlargement on Employment und Wages in the EU Member States, Manuskript, European Integration Consortium, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, 1999.
- Brandel, F., Hofer, H., Pichelmann, K., "Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt", Institut für Höhere Studien Forschungsbericht No. 345, 1994.
- Breuss, F., (2002a), Die Kosten der Nicht-Erweiterung der EU, WIFO,-Studie, WIFO, Wien, März 2002.
- Breuss, F., (2002b), Benefits and dangers of EU-Enlargement, *Empirica*, 29(3), 2002, S. 245-247.
- Breuss, F., Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder, , WIFO-Monatsberichte 74(11), 2001, S. 655-666.
- Breuss, F., Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich, WIFO Working Papers, 2006, (270).
- Breuss, F., Fink, G., Haiss, P., How Well Prepared Are the New Member States for the European Union?, *Journal of Policy Modeling*, 2004, (26).

- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte, WIFO-Monatsberichte, 8/2004, S. 627-643.
- Breuss, F., Schebeck, F., Kosten und Nutzen der EU Osterweiterung für Österreich, WIFO-Monatsberichte, 71(11), 1998, S. 741-750.
- Breuss, F., Schratzenstaller, M., Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen, WIFO-Monatsberichte, 8/2004, S. 645-653.
- Brücker, H., Boeri, T., The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report, Europäische Kommission, Brüssel, 2000.
- Brücker, H., Damelang A. Analysis of the scale, direction and structure of labour mobility, in Brücker H. et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Brücker, H., Damelang A., Wolf K. Forecasting potential migration from the New Member States into the EU-15: Review off he Literature, Evaluation of Forecasting Methods and Forecast results, in Brücker H. et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Brücker, H., et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Burda, M., Migration and the option value of waiting, *Economic and Social Review* 27(1), 1995, S. 1-19.
- Cameron, G., Muellbauer, J., The housing market and regional commuting and migration choices, *Scottish Journal of Political Economy* 45(4), 1998, S. 420-446.
- Casella, 1996.
- DaVanzo, J., Repeat migration in the United States: who moves back and who moves on?, *Review of Economics and Statistics* 65(4), S. 552-559.
- Egger, P., Außenhandel im erweiterten Integrationsraum, Preparity Teilprojekt 4, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2001.
- Egger, P., "Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern: Entwicklungen der letzten Jahre und Versuch einer Prognose", Teilprojekt 4 des Forschungsprogramms PREPARITY, WIFO, Wien, 2000.
- Egger, P., Außenhandelsbeziehungen zwischen Österreich und den 5 MOEL, in ÖROK, Regionale Auswirkungen der EU-Integration der Mittel- und Osteuropäischen Länder, ÖROK Schriftenreihe Nr. 146/I, S. 67 – 131.
- Eliasson, K., Lindgren, U., Westerlund, O., Geographical labour mobility: migration or commuting?, *Regional Studies* 37(8), 2003, S. 827-837.
- Europäische Kommission, Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen, Mitteilung der Kommission an den Rat das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, 2006.
- European Commission, Enlargement two years after: An economic Evaluation, European Economy, Occasional Papers, Brüssel, 2006.
- Fassmann, H., Hintermann, C., Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn, ISR-Forschungsbericht 15, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien, 1997, S. 12.
- Fassmann, H., Hintermann, C., Migrationspotential Ostmitteleuropa, ISR-Forschungsberichte 15, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien, 1997.
- Feldkircher, M., Regional Convergence within the EU-25: a Spatial Econometric Analysis, Workshops: Proceedings of OeNB Workshops, New regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE, 2006, S. 101-120.
- Fidrmuc, J., Labor mobility during transition: evidence from the Czech Republic, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 73(4), 2004, S. 437-450.
- Fidrmuc, J., Huber, P., The Willingness to Migrate in the CEECs: Evidence from the Czech Republic, *Empirica* 34(4), 2007, S. 351-369.

- Fischer, P., Holm, E., Malmberg, G., Straubhaar, T., Why do people stay? Insider advantages and immobility, HWWA Discussion Paper 112, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg, 2000.
- Fritz, O., et al., Case study of West-Transdanubia, WIFO-Projekt, WIFO, 2005.
- Gann, D. M., "Innovation in the Construction Sector", in Dodgson, M., Rothwell, R. (eds.), The Handbook of Industrial Innovation, Aldershot, 1994, S. 202-212.
- Grandner, Th., The Impact of an EU Enlargement on Austria's Labor Market, in Karl Pichelmann (Hrsg.) The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View, IHS, März, 1998.
- Helmstedt, K., Ausländische Direktinvestitionen in den Oststaaten, Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, 1997.
- Hofer, H., The Impact of Emigration on Host Country's Wages und Unemployment, in Pichelmann, Karl (Hrsg.) The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View, IHS, März, 1998.
- Hofer, H., Huber, P., Wage and Mobility Effects of Trade on the Austrian Labor Market, Institut für höhere Studien und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 1999.
- Hofer, H., Pichelmann, K., Schuh, A. U., Price and Quantity Adjustments in the Austrian Labor Market, Institute for Advanced Studies, Economic Series 57, Vienna, 1998.
- Huber, P., Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Preparity Teilprojekt 9, WIFO, Wien, 2001.
- Huber, P., (2001a), Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union auf das Arbeitskräfteangebot, Preparity Teilprojekt 10, WIFO, Wien, 2001.
- Huber, P., "Intra-national Labour Market Adjustment in the Candidate Countries", Journal of Comparative Economics, vol. 32, no. 2, 2004, S. 248-264.
- Huber, P., Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Burgenland 1995 bis 2003, WIFO Studie, Wien, 2005.
- Huber, P., Brückner, H., Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2003.
- Huber, P., Hofer, H., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, in: Peter Mayerhofer, Gerhard Palme (Koord.), PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO und des Instituts für höhere Studien (IHS) im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, Wien, 2001.
- Huber, P., Mayerhofer, P., "Structural Change in the CENTROPE-Region", in OeNB (ed.), New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE, Proceedings of OeNB Workshops, No.9, Wien, 2006, S. 146-179.
- Huber, P., Palme, G., Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL, Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, WIFO, Wien, 2000.
- Huber, P., Pichelmann, K., "Osterweiterung, struktureller Wandel und Arbeitsmärkte", Wirtschaftspolitische Blätter, 1998, (4) S. 339-349.
- Huber, P., Mayerhofer, P., Nowotny, K., Palme, G., (LAMO II) Labour Market Monitoring II – Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung, WIFO Studie im Rahmen der Interreg-IIIa-Programme, Wien, 2007.
- Huber, P., et al., Wiener Wirtschaftsaktivitäten, WIFO, Wien, 2002.
- Huber, P., et al., Analyse der Niederösterreichischen Wirtschaftsaktivitäten. Teil I: Analyse, WIFO, Wien, 2003.
- Hudler-Seitzberger, M., Bittner, M., Labourmarkte Monitoring (LAMO)-Arbeitsmarktmonitoring. Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Mointoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung. Zusammenfassende Projektdarstellung, Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung, Wien, 2005.
- Hunya, G., wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe: Increasing Significance of Repatriated and Reinvested Earnings, wiiw, May 2006.
- Hunya, G., Stankovsky, J., WIIW-WIFO Database, Foreign Direct Investment in Central, and Eastern Europe with Special Attention to Austrian FDI Activities in this Region, WIFO, July 2004.

- Institute for Public Policy Research, EU Enlargement: Bulgaria and Romania – migration implications for the UK, IPPR, London, 2006.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., "Eastern Enlargement of the EU: How Much Is It Worth For Austria?", CEPR Working Paper, London, 1998, (1786).
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States – Final Report, The Case of Austria, Study XIX/B1/9801, Manuscript, Brüssel, 1999.
- Knoll, N., International orientierte Unternehmen in Österreich, Rahmenbedingungen für Steuerungsfunktionen und Forschungskompetenz, WIFO, April 2004.
- Kohler, W., "Trade and wages: What Can Faktor Contents Tell Us?", Working Paper, Universität Linz, Linz, 1999, (9906).
- Krajasits, C., Neunteufl, G., Wach, I., "Raumstrukturelle Hintergrundanalyse und Auswahlverfahren für Gemeinden, Städte und Unternehmen in der LAMO-Region", Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung, Wien, 2005.
- Krajasits, C., Neunteufl, G., Steiner, R., Regional Analysis of the CENTROPE-Region, ÖIR, Wien 2003.
- Landesmann, et al., Competitiveness of CEE Industries: Evidence From Foreign Trade Specialisation and Quality Indicators (with P. Havlik and R. Stehrer); The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw), Research Report no 278, July 2001.
- Lutz, H., Walterskirchen, E., Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO, Wien, 2004.
- Mayerhofer, P., Wien in einer erweiterten Union. Ökonomische Effekte der Ostintegration auf die Wiener Stadtwirtschaft", LIT-Verlag, Wien, 2006.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen", Teilprojekt 6/1 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G. (2001a), "Aspekte der regionalen Wettbewerbsfähigkeit", Teilprojekt 8 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G. (2001b), "Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse", Teilprojekt 15 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mincer, J., Family migration decisions, *Journal of Political Economy* 86(5), 1978.
- Nowotny, K., Palme, G., "Twin-City" Wien-Bratislava, Teil 1: Individuelle Anpassungsstrategien von Unternehmen und Haushalten im Raum Wien-Bratislava – Eine Individualdatenanalyse, WIFO, Wien, 2007.
- OeNB, Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 2003", Sonderheft Statistiken, OeNB, 2005.
- OeNB, Pressekonferenz ad Zahlungsbilanz, 2006. http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/2006/pa_zabil_20060425_oesterreich_etabliert_sich_als_auslandsinvestor.jsp#tcm:14-41064.
- Palme, G., et al., Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien, 1999.
- Palme, G., Feldkircher, M., Economic Challenges in the CENTROPE-Region, Workshops: Proceedings of OeNB Workshops, New regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE, Wien, 2006, S. 88-101.
- Peneder, M., Entrepreneurial Competition and Industrial Location, Edward Elgar, Cheltenham, UK, 2001.
- Pfaffermayr, M., Ownership Advantages, foreign Production and Productivity – Evidence form Austrian Manufacturing, *The Review of Industrial Organisation*, 1999, 15(4).
- Pfaffermayr, M., Stankovsky, J., Internationalisierung Österreichs durch Direktinvestitionen, WIFO, 1999.
- Pichelmann, K., (Hrsg.) *The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View*, IHS, März, 1998.
- Pollan, W., "Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung von Arbeitskräften", WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(2).
- Portes, J., French, S., The Impact of free movement of workers from central and eastern Europe on the UK labour market: early evidence, Department of Work and Pensions, Working Paper No. 18, London, 2005.

- Prettner, K., Stiglbauer, A., "Auswirkungen der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber den Eu 8 Staaten, Geldpolitik und Wirtschaft." 4/07, 2007, S. 53-71.
- Punpuing, S., Correlates of commuting patterns: a case-study of Bangkok, Thailand, *Urban Studies* 30(3), 1993, S. 527-546.
- Romaní, J., Suriñach, J., Artís, M., Are commuting and residential mobility decisions simultaneous?: the case of Catalonia, Spain, *Regional Studies* 37(8), 2003, S. 813-826.
- Schuh, N. "Ein erster Überblick über die mögliche Bedeutung der Finanzmärkte für die Entwicklung der CENTROPE-Region", Manuskript, Österreichische Nationalbank, Wien, 2006.
- Sieber, S., Aussenhandel 2005, WIFO-Monatsberichte, 5/2006.
- Sieber, S., Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in Ost-Mitteuropa, WIFO-Monatsberichte, 8/2006.
- Smith, A., Restructuring the Regional Economy – Industrial and Regional Development in Slovakia, *Studies of Communism in Transition*, Edward Elgar, Cheltenham, UK, 1998.
- Stankovsky, J., "Österreichs Direktinvestitionen in Osteuropa", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(2).
- Stankovsky, J., "Direktinvestitionen in Osteuropa" in Puwein et al., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs, WIFO-Studie, Februar 2002.
- Stankovsky, J., Wolfmayr-Schnitzer, Y., Österreich als Standort für Ostzentralen, WIFO, Wien, 1996.
- Statistical Office of the Slovak Republic, *Regional Statistical Yearbook of Slovakia*, Bratislava, 2006.
- Straubhaar, T., Internationale Migration. Gehen oder Bleiben: Warum gehen so wenige und bleiben die meisten?, HWWA Discussion Paper 111, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg, 2000, S. 20.
- The Economist Intelligence Unit, "Vienna and CENTROPE-Region: an international business perspective, Studie im Auftrag der Österreichischen Nationalbank, Wien, 2005.
- UNCTAD, *World Investment Report 2005*.
- Untied, G. et al., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Manuskript, Gefra, Münster, 2006.
- Van Ommeren, J., Rietveld, P. und P. Nijkamp, Spatial moving behavior of two-earner households, *Journal of Regional Science* 38(1), 1998, S. 23-41.
- Walterskirchen, E., Dietz, R., Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, Studie des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien, 1998.
- Winter-Ebmer, R., Zimmermann, K. F., East-West Trade and Migration: The Austro German Case, IZA DP No. 2, Bonn, 1998.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., Internal Labor Markets and Firm-Specific Determination of Earnings in the Presence of Immigrant Workers, Linz, 1994.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "Die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf den österreichischen Arbeitsmarkt 1988 bis 1991", in Holzmann, R., Neck, R., (Hrsg.) *Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich*, Manz, Wien, 1996, S. 55-102.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., (1996a), "Immigration and the Earnings of Young Native Workers", *Oxford Economic Papers-New Series*, 1996.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., (1996b), *Immigration, Trade and Austrian Unemployment*, CEPR Discussion Paper No. 1.346, 1996b.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "Do Immigrants Displace Native Workers? The Austrian Experience", *Journal of Population Economics*, 1999.
- Wolfmayr-Schnitzer, Y., (Coordination), *The Competitiveness of Transition Countries*, OECD-Proceedings, 1998.
- Wolfmayr, Y., *Economic Integration, Specialisation and the Location of Industries. A Survey of the Theoretical Literature*, WIFO Working Papers, 120/1999.
- Wolfmayr, Y., (2004a), "Außenhandelsstruktur der österreichischen Industrie", in *Österreichs Außenwirtschaft, Jahrbuch 2003/2004*, BMWA, 2004.
- Wolfmayr, Y., (2004b) "Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie", WIFO Monatsberichte, 2004, 77(06), S. 473-490.

Wolfmayr, Y., (2004c), "Österreichs Außenhandel mit den EU Beitrittsländern", WIFO Monatsbericht, 2004, 77(04), S. 231-249.

Wolfmayr, Y., et al., Auswirkungen der neuen Strukturfondsverordnungen auf Österreichs Wirtschaftsstandort und Exporte, WIFO, Wien, März 2006.